

674 ZEITSCHRIFT FÜR

Zeitschriften
Kardex-Kontrolle

27. FEB. 1956

Hamburgisches
Welt-Wirtschafts-Archiv

GEO POLITIK

202
6. FEB. 1956

IN

GEMEINSCHAFT UND POLITIK

XXVII. JAHRGANG 2 FEBRUAR 1956

Amerika und Wiedervereinigung
Geopolitik oder Imperialismus?

Brüchiger Balkan-Pakt

Das hessische Zonenrandgebiet

Atompanik - Atomignoranz

HERAUSGEGEBEN VOM INSTITUT FÜR GEOSOZIOLOGIE
UND POLITIK / BAD GODESBERG / VERTRIEB DURCH
KURT VOWINCKEL VERLAG HEIDELBERG

ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

IN

GEMEINSCHAFT UND POLITIK

XXVII. JAHRGANG · HEFT 2 · 1956

INHALT

Volk und Welt

| | | |
|---------------------|--|----|
| Charles Foster: | Amerikanische Außenpolitik und deutsche Wiedervereinigung — Eine Minderheits-Ansicht | 1 |
| | Bericht zur inneramerikanischen Lage | 3 |
| Carl G. Wingenroth: | Brüchiger Balkan-Pakt | 4 |
| Günter Decker: | Weltpolitische Umschau | 9 |
| | Literatur zur internationalen Politik | 13 |
| | Literatur zur Geschichte der Politik und des Krieges | 14 |

Selbstbehauptung und Sicherheit

| | | |
|--|---|----|
| | Strategie im Zeichen der Wasserstoffbombe | 15 |
| | 3. Das Weltbild der Atomkolosse | 15 |
| | 4. Anbruch der Raketenphase | 16 |
| | 5. Illusion der Sicherheit | 17 |

Gemeinschaft und Verfassung

| | | |
|-----------------|--|----|
| Ernst van Loen: | Geopolitik oder Imperialismus? — Vom planetarischen Macht-denken zum raumgesetzlichen Ordnungsdenken | 19 |
|-----------------|--|----|

Mensch und Raum

| | | |
|------------------|--|----|
| Wilhelm Ziegler: | Das hessische Zonengrenzgebiet — Im Schatten der Konjunktur | 25 |
| Eduard Stieler: | Regionale Förderung im Zonengrenzkreis Fulda | 33 |
| Heinz Brunnée: | Randgebiet Werrabogen — Wandlungen der Räume Eschwege und Sontra | 40 |
| Curt Winter: | Ein deutsches Institut für tropische und subtropische Landwirtschaft | 47 |

Blick in die Öffentlichkeit

| | | |
|--------------------|---|----|
| Werner Picht: | Zum Problem des Atomsoldaten — Eine Zuschrift | 49 |
| | Der Krieg ist nicht mehr zu retten — Unsere Antwort | 52 |
| zu Franz Borkenau: | Atompanik — Atomignoranz | 54 |

AUTOREN-VERZEICHNIS

| | |
|---------------------|---|
| Brunnée, Heinz | Dr. rer. pol., Wiesbaden, Landeshaus |
| Foster, Charles | M. A., Dozent, Indiana University, Bloomington, Indiana (Government Department) |
| Picht, Werner | Dr. phil., Hinterzarten/Schwarzwald, Altbirklehof |
| Stieler, Eduard | Dr. jur., Landrat, Fulda |
| Wingenroth, Carl G. | Dr. phil., Stellv. Chefredakteur beim Südwestfunk, Baden-Baden, Prinz-Weimar-Straße 4 |
| Winter, Curt | Dr. rer. pol., Reichslandwirtschaftsrat a. D., Witzenhausen, Zollamtsplatz |
| Ziegler, Wilhelm | Prof. Dr., Staatskommissar für die hessischen Notstandsgebiete und Zonengrenzkreise, Wiesbaden, Hessische Staatskanzlei |

Preis des Einzelheftes: DM 2.30. Vierteljahresbezug: DM 6.50.

Postcheck: Kurt Vowinckel Verlag Ludwigshafen 124 61 / Bank: Süddeutsche Bank, Heidelberg

VERTRIEB: KURT VOWINCKEL VERLAG · HEIDELBERG · SCHMEILWEG 3

Amerikanische Außenpolitik und deutsche Wiedervereinigung

Eine Minderheits-Ansicht

CHARLES FOSTER

In den Monaten seit der Genfer Konferenz ist — ungeachtet des Zweiparteien-Charakters der amerikanischen Außenpolitik — von Personen innerhalb wie außerhalb der Regierung in wachsendem Maße die gegenwärtige Politik von Washington und Bonn in Zweifel gezogen worden, „von Situationen der Stärke aus zu handeln“.

Eine alternative Politik der Verhandlung und Neutralisierung befürwortet hauptsächlich eine kleine Gruppe junger demokratischer Kongreßmitglieder unter Führung des Abgeordneten Reuss von Wisconsin. Er verlangte kürzlich „eine Neubelebung der Außenpolitik, die etwas politisches, soziales und wirtschaftliches Fleisch auf die blanken Knochen unserer gegenwärtigen militärischen Maßnahmen gegen den Kommunismus bringen würde“.

Außerhalb des Kongresses hat auch James P. Warburg (Bankier, ehemaliger Regierungsbeamter und seit langem ausgesprochener Kritiker der amerikanischen Außenpolitik) eine Broschüre veröffentlicht, in der er eine umfassende Alternativ-Außenpolitik entwickelt.¹⁾ Diese Broschüre fand weite Verbreitung in den Vereinigten Staaten und enthält eine gedankenreiche Kritik der Zweiparteien-„Containment“-Politik, einer Politik, die für jede Nachkriegskrise die Schuld auf die Existenz einer aggressiven Sowjetunion schiebt und dabei solche grundlegenden Faktoren vernachlässigt wie die Erfindung der Atomwaffen, das Verschwinden des Gleichgewichts der Mächte und die Revolte gegen den Kolo-nialismus.

Warburgs Vorschlag hinsichtlich Deutschlands — zeitweilige Neutralisierung als Grundlage einer Regelung des deutschen Problems durch Verhandlungen — wird mit mehr Interesse geprüft, als dies früher der Fall war, weil zunehmend erkannt wird, daß die tatsächliche Schaffung einer westdeutschen Armee die Verhandlungsposition des Westens gegenüber der Sowjetunion nicht gestärkt hat. Zusätzlich besteht in manchen Kreisen Furcht vor einseitigen deutschen Verhandlungen mit Rußland, und diese Furcht, zusammen mit gewissen Ressentiments gegen ein Wiederaufleben des deutschen „Militarismus“, bildet ein Argument für erneutes Erwägen des gegenwärtigen Stillstandes. Eine Anzahl Beobachter beginnen zu erkennen, daß die deutschen Divisionen nicht nur die Russen kaum zum Ausgleich geneigter machen werden, sondern daß sie das Ergebnis eines zukünftigen Krieges nicht effektiv entscheiden und die europäische Solidarität unterminieren könnten. Die letztere Erwägung ist gegründet auf die Entscheidung von Shape, daß im Falle eines Angriffs Atom- und thermonukleare Waffen eingesetzt würden, so daß der deutsche Beitrag, vom Standpunkt der Kriegsverhinderung aus gesehen, mehr ein Reiz- als ein Abschreckungsmittel wäre. Schließlich

¹⁾ Turning Point Toward Peace, New York, Current Affairs Press, December 1955, 56 S. — James P. Warburg schrieb früher u. a.: How to Coexist without playing the Kremlin's Game, 1953; Germany, Key to Peace, 1953; und: The United States in a Changing World, 1956.

haben die italienischen und französischen Wahlen manchem gezeigt, daß die gegenwärtige NATO-Struktur nicht über die feste Unterstützung der europäischen Volksmeinung verfügt.

Die Genfer Konferenzen regten die Diskussion des Problems der deutschen Wiedervereinigung an durch Klärung der gegensätzlichen, durch Verhandlungen auszugleichenden Positionen, selbst wenn diese Klärung für die deutsche Öffentlichkeit entmutigend war. Die drei Westmächte setzten die Teilnahme Gesamtdeutschlands an der NATO, von der sie wußten, daß die Russen sie nicht annehmen würden, als Vorbedingung der Wiedervereinigung fest. Die Russen verlangten für die Wiedervereinigung gleichfalls einen Preis, von dem sie wußten, daß der Westen ihn nicht zahlen könne: die Liquidation der NATO. Sowohl der Westen wie die Russen nahmen an, die Zeit sei auf ihrer Seite. Der Westen nahm an, die Russen würden der Wiedervereinigung zustimmen, nachdem die NATO mit deutschem Beistand aufgebaut ist, während die Russen mit der Möglichkeit zukünftiger zweiseitiger Verhandlungen spielten im Hinblick auf die wachsende Forderung nach Wiedervereinigung in Deutschland.

Wir wollen zur Prüfung des heute mancherorts diskutierten Warburg-Plans übergehen. Er erkennt an, daß die permanente Verweigerung der Wiederbewaffnung Deutschlands und des Eintritts in militärische Allianzen so unmöglich und gefährlich ist wie Deutschlands dauernde Teilung. Daher fordert der Plan den Vorschlag eines mit einer frei gewählten gesamtdeutschen Regierung auszuhandelnden Friedensvertrages, der vorsieht, daß Deutschland für eine Anzahl von Jahren neutral sein und daß diese Neutralität von allen Mächten garantiert werden soll. Der Vertrag solle den Abzug aller ausländischen Truppen aus Deutschland vorsehen. Eine Kommission der Vereinten Nationen solle die deutschen Streitkräfte und die Waffenproduktion ordnen. Ähnliche Kommissionen sollten in anderen europäischen Ländern errichtet werden, um für die Begrenzung und schließliche Abschaffung der nationalen Rüstungen mit Ausnahme der für die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit erforderlichen zu arbeiten. Weiterhin würde der vorgeschlagene Friedensvertrag eine erneute polnisch-deutsche Unterhandlung über die streitige Oder-Neiße-Linie vorsehen, unter unparteiischen Schiedsrichtern der Vereinten Nationen. Solche Verhandlungen könnten eine Formel entwickeln, unter der eine gewisse Form eines Kondominiums eingerichtet werden könnte. Auf jeden Fall könne die Frage der Oder-Neiße-Linie bei keiner Verhandlung mit den Russen ignoriert werden, denn andernfalls würden die Russen immer in der Lage sein, den Köder der Grenzrevision vor deutschen Augen zu schlenkern.

Warburg gibt zu, daß solch ein Vertrag Risiken und Schwierigkeiten mit sich bringen würde. Er argumentiert jedoch, daß, wenn nicht die Vereinigten Staaten die Initiative zu einem Vorschlag an die Russen ergreifen, der den Verzicht auf ein deutsches NATO-Kontingent umschließt, die Russen früher oder später einen Vorschlag direkt den Deutschen machen würden — einen Vorschlag, zu dessen Annahme die Westmächte nicht in der Lage sein würden, ohne der Gefahr eines schließlichen Verlusts Deutschlands an eine östliche Allianz ins Auge zu sehen. Andererseits könnten sie einen solchen russischen Vorschlag nicht zurückweisen, ohne sich die Mehrheit des deutschen Volkes zu entfremden. Schließlich: wenn die Russen Warburgs Plan zurückweisen würden, so würden sie dem Westen den großen Vorteil geben, der unbestrittene Verteidiger der deutschen Wiedervereinigung zu sein.

Es ist unwahrscheinlich, daß die westlichen Außenminister in naher Zukunft ernstlich versuchen werden, den toten Punkt zu überwinden. Wichtig ist, daran zu erinnern, daß die amerikanische Diplomatie sich auf Asien konzentriert, wie aus den gegenwärtigen sporadischen Verhandlungen mit Rotchina in Genf und aus dem etwas günstigeren amerikanischen Klima in der Frage der Zulassung Rotchinas zu den Vereinten Nationen geschlossen werden kann. Asien wird auch Vorrang bei jedem neuen Vorstoß der amerikanischen Außenpolitik haben.

Die Spannungen in Asien erscheinen daher selbst der kritischen Gruppe um Warburg und Reuss bedenklicher als die in Europa. Beachtlich ist, daß hier zum ersten Mal seit 1948 die amerikanische Politik in Europa in Zweifel gezogen wird. Die Zweifler sind jedoch weit besser darin, der amerikanischen Öffentlichkeit die Tatsache klar zu machen, daß unsere Außenpolitik nicht so erfolgreich gewesen ist, wie Dulles dies in Anspruch nimmt, als darin, ausführbare Alternativ-Lösungen zu bieten. Es wird interessant sein, in diesem Wahljahr zu beobachten, welchen Gebrauch demokratische Kandidaten von diesem Material machen werden. Die amerikanische Nation sowohl wie Europa können von solch einer nüchternen und leidenschaftslosen Analyse der amerikanischen Außenpolitik in Mitteleuropa nur profitieren.

Bericht zur inneramerikanischen Lage

Eisenhower hat seine Vorschläge für direkte Subventionierung zur Anbaubeschränkung in der Landwirtschaft bekannt gegeben. Man will eine weitere Senkung der Kaufkraft bei den Landwirten um 5% verhindern (im Jahre 1955 um 10% gegenüber 1954). Im Mittelpunkt steht ein Programm zur Abtragung der gewaltigen Agrarüberschüsse, die auf die Landwirtschaftspreise drücken, während die Preise für Industrieprodukte steigen. Die vorgesehene Anbaufläche für Weizen und Baumwolle soll freiwillig um 20% gekürzt werden. Bereits angebaute Weizenfelder sollen umgepflügt werden. Als Kompensation werden die Farmer, die sich an diesem Plan beteiligen, Zertifikate von der Regierung erhalten, die zum Bezug eines Teiles derjenigen Ernte rechtfertigen, auf die sie verzichten, in natura — aus den Überschüssen — oder in bar. Die Farmer sollen sich verpflichten, den Teil ihrer Anbaufläche, welcher der „Auffrischung“ bedarf, brachzulegen und zur Baum- und Graspflanzung zu verwenden. Dafür werden sie durch direkte Subventionen entschädigt. Vorhandene landwirtschaftliche Überschüsse sollen auf dem inneramerikanischen Markt zu niedrigeren Preisen verkauft bzw. in Länder auch hinter dem Eisernen Vorhang exportiert werden. Das Bild der Wirtschaftslage in den USA wird durch die anlaufende Wahlpropaganda von den parteipolitischen Fronten verzerrt. Während die Demokraten die Regierung Eisenhower für alle Schwierigkeiten verantwortlich machen, schieben die Republi-

kaner alle Mißstände der demokratischen Mehrheit im Kongreß zu.

Die Entwicklung der steigenden Preise in den USA nimmt weiter zu. Stahlpreise sollen erhöht werden, Heizöl und Dieselöl wurden um 2—2,5% heraufgesetzt, die Frachtsätze der Küstenschifffahrt wie der Eisenbahnen sollen um 7% erhöht werden. In den USA fragen sich viele, ob diese Hochkonjunktur ewig andauern wird? Praktiker der Wirtschaft glauben, daß bei jährlicher Zunahme der Bevölkerung um 3%, der Produktion um 7—8% und der Löhne um 3—5% sich zwar der Geldwert langsam vermindern werde, aber der allgemeine Standard halten lasse.

Der Substanzverlust durch den letzten Weltkrieg ist noch nicht ausgeglichen. Die Kapitalbildung nach dem Kriege schaffte den Ausgleich nicht. Durch die unproduktiven Militärausgaben nimmt die Staatsverschuldung ständig zu. Die USA erkaufte ihren Aufschwung durch innere Abwertung des Geldes. Europa ist dabei, diesem Beispiel zu folgen, vor allem mit England und der Bundesrepublik.

Die Geschäftswelt in den USA steht einer steigenden Überschuldung der Konsumenten gegenüber. 12% des persönlichen Einkommens müssen jetzt für Abzahlungsraten aufgewendet werden. Man sagt, das bedeute nicht viel, solange die Einkommen steigen. Das laufende US-Militärbudget ist um 500 Millionen Dollar auf 34,5 Milliarden Dollar erhöht worden. Keine Vergrößerung der Truppenzahl.

Brüchiger Balkan-Pakt

CARL G. WINGENROTH

„Ich liebe keine Pakte militärischer Art“, sagte der jugoslawische Staatschef Marshall Tito in seiner ersten öffentlichen Ansprache, die er nach der Rückkehr von seiner Nahost-Reise in Belgrad vor den Massen in Anwesenheit der Regierungsmitglieder und des diplomatischen Korps gehalten hat. Diese Erklärung zielte zwar offensichtlich auf den Bagdad-Pakt, zu dem der wichtigste Gastgeber Titos während seiner Nahost-Reise, nämlich die ägyptische Regierung, in Opposition steht, aber man kann diesen Ausspruch auch auf einen Pakt beziehen, dem Jugoslawien selbst als Vertragspartner angehört, den Balkan-Pakt. Das war nicht immer so.

Es gab eine Zeit, in der sich Tito heftig um einen Pakt militärischer Art bemüht hat, damals nämlich, als Jugoslawien aus dem Kominform ausgeschlossen wurde und niemand mit Sicherheit zu sagen wußte, ob und wann der Kreml etwa zu offenen Feindseligkeiten gegen den ungetreuen Vasallen schreiten würde. Zu jener Zeit betrieb Tito mit großem Nachdruck Besprechungen mit Griechenland und der Türkei, um eine Art kollektiver Sicherheit für den Balkan (das heißt für sich selbst) zu schaffen. Daneben waren die amerikanischen Militärlieferungen entscheidend für das Gefühl der Sicherheit, das Tito instand setzte, seine eigenwillige Politik gegenüber Moskau bis zu jenem denkwürdigen Tage weiterzuverfolgen, da es dem Kreml nützlich erschien, selbst wieder um die Gunst des Abtrünnigen zu werben.

Die Verträge von Ankara und Bled

Der Freundschaftspakt zwischen der Türkei, Griechenland und Jugoslawien, der sogenannte Balkan-Pakt, ist am 28. Februar 1953 in Ankara unterzeichnet worden. Da zwei Partner dieses Paktes, die Türkei und Griechenland, gleichzeitig Mitglieder des Nordatlantikpakts waren, schien es so, als ob sich Tito mit seiner seiltänzerischen Politik zwischen den beiden Blöcken mehr dem Westen zugeneigt habe. In der Tat hat noch im Frühjahr 1954 der jugoslawische Außenminister Popowitsch während des Staatsbesuchs Titos in Ankara eindeutige Wendungen in dieser Richtung gefunden. Er stellte ein Militärbündnis zwischen den Vertragspartnern des Balkan-Pakts und dessen notwendige Koppelung mit der NATO in Aussicht.

Dieses Militärbündnis, wörtlich der „Bündnisvertrag für politische Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung“, wurde in der Tat am 9. August 1954 von den Außenministern Jugoslawiens, Griechenlands und der Türkei in Bled unterzeichnet. Der Vertrag stellt, in Ergänzung des Paktes von Ankara, eine echte Militär-Allianz dar, deren wichtigster Artikel II folgendermaßen lautet:

„Die vertragschließenden Parteien sind übereingekommen, jede bewaffnete Aggression gegen eine oder mehrere von ihnen auf gleich welchem Teil ihres Gebietes als Aggression gegen alle drei vertragschließenden Parteien anzusehen, die dann in Ausübung des Rechts zur legitimen individuellen oder kollektiven Verteidigung, wie es in Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt ist, der angegriffenen Partei oder den angegriffenen Parteien individuell oder kollektiv Hilfe leisten und nach gemeinsamer Absprache sofort alle Maßnahmen, worunter auch der Einsatz bewaffneter Macht zu verstehen ist, treffen werden, die sie für eine wirksame Verteidigung für notwendig erachten.“

Außerdem steht im Artikel X, daß die Bestimmungen dieses Vertrages in keiner Weise die Rechte und Pflichten beeinflussen, die sich für Griechenland und die Türkei aus dem Nordatlantik-Vertrag ergeben. Diese Klausel konnte damals von interessierten Kreisen so interpretiert werden, als ob sie ein unausgesprochenes Hinüberschwenken der jugoslawischen Politik zu der westlichen Verteidigungsorganisation der NATO darstelle.

Mißtrauen statt kollektive Sicherheit

In Wirklichkeit aber zeigte sich hier bereits der Keim des Widernatürlichen, der dem Balkan-Pakt schon damals innewohnte und der durch die weiteren Ereignisse schließlich so anwuchs, daß er zumindest den militärischen Inhalt des Pakts inzwischen gesprengt hat. Da die griechischen und türkischen Defensivpläne mit der NATO abgestimmt sind, und zwar gerade für Landesteile, zu deren Verteidigung gemäß der Allianz von Bled auch eine militärische Abstimmung mit Belgrad zu erfolgen hätte, werden die Schwierigkeiten offenkundig. Angenommen, Jugoslawien geriete mit Italien in Streit, sollen sich dann die Griechen und Türken auf ihre atlantischen oder auf ihre balkanischen Verpflichtungen besinnen? Angenommen, die Jugoslawen gerieten mit einem sowjetischen Balkan-Satelliten in Streit, sollen dann die beiden NATO-Partner mit ihrem Eingreifen bewirken, daß wieder einmal infolge eines Familienstreites auf dem Balkan Mechanismen ausgelöst werden, die zu einem neuen Weltenbrand führen?

Aber auch andere Umstände zeigen, wie brüchig das Gebilde des Balkan-Paktes von jeher war, besonders wenn man es unter dem Gesichtspunkt einer Stärkung der südöstlichen NATO-Flanke betrachtet. Allzudeutlich erwies der Zeitpunkt des Vertragsabschlusses, wie sehr nicht nur Jugoslawien unter dem Druck der amerikanischen Auslandshilfe handelte, sondern wie sehr auch die griechisch-türkische Annäherung nur unter dem Zwang der slawischen Bedrohung erfolgte. Denn zwischen Griechen und Türken schwelt die Erinnerung an die Auseinandersetzung in den zwanziger Jahren und an die Ergebnisse des Friedens von Lausanne. Hinzu kommen die latente Feindschaft in der Zypernfrage und der Kleinkrieg an der kleinasiatischen Küste wegen der Fischereirechte. Wie schnell diese Spannungen zwischen den beiden Vertragspartnern zum offenen Feuer angefacht werden konnten, haben zuletzt im September 1955 die türkischen Ausschreitungen gegen die griechischen Minderheiten in Istanbul und Izmir deutlich bewiesen. Sie haben nicht nur der Festigkeit des Balkan-Paktes, sondern auch der Festigkeit der NATO in jenem Teil der Erde starken Schaden zugefügt.

Aber die Dinge entwickelten sich auch in anderer Weise zum Negativen. Um zu erkennen, welches Maß an gegenseitigem Mißtrauen zwischen den Vertragspartnern bestand, genügt als Beispiel der Besuch des türkischen Ministerpräsidenten in Belgrad im Mai 1955. Bei diesem Anlaß wurde dem Besucher über den weit fortgeschrittenen Stand der jugoslawisch-sowjetischen Verhandlungen, die kurz darauf zum sensationellen Besuch Bulganins und Chruschtschows in Belgrad führten, kein Wort mitgeteilt. Der Gang der Dinge hat seit diesem Besuch erwiesen, daß Tito zwar nicht reumütig in den Schoß des Kreml zurückgekehrt ist, daß er aber seine einmalige politische Stellung zwischen den beiden Blöcken mit Meisterschaft weiter auszunutzen verstand. Während noch die Vorbereitungen zur ersten Zusammenkunft des ständigen Rats des Balkan-Paktes getroffen wurden — wobei es übrigens zur Unterzeichnung eines Abkommens über die Schaffung

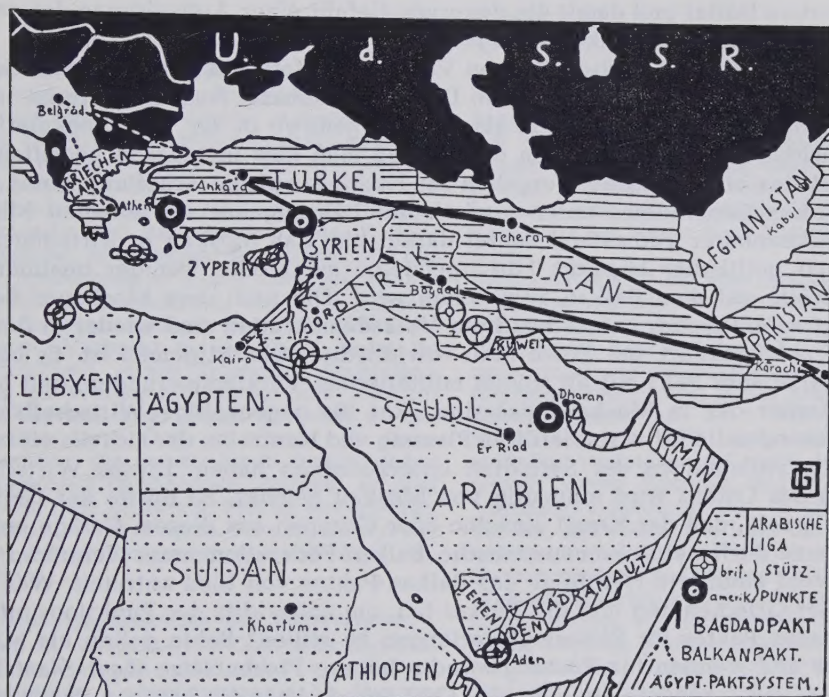
einer beratenden Balkan-Versammlung kam — eröffnete Tito als erster den Reigen der Indien-Reisen, der bisher kaum eine Unterbrechung erfahren hat, und kehrte als ein überzeugter Verfechter des Gedankens der politischen Koexistenz nach Belgrad zurück. Öffentlich erklärte er damals seinen betroffenen Bewunderern im Westen kaum etwas anderes als das, was er später als Ergebnis seiner zweiten großen Reise nach dem Nahen Osten verkündete: „Ich liebe keine Pakte militärischer Art“. Er sagte schon damals, daß der Balkan-Pakt für ihn kein Militärbündnis mehr sei, sondern höchstens noch ein regionales Instrument für kulturelle und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Dies wurde am 19. Januar in einem *Borba*-Artikel mit folgenden Worten wiederholt: „Für uns war die Balkan-Zusammenarbeit niemals Ergebnis irgendeiner augenblicklichen militärisch-strategischen Kombination, sondern ein natürlicher Weg zum Zusammenschluß der Völker in diesem Gebiet.“

In der Folgezeit war für den westlichen Beobachter nicht zu übersehen, daß sich die ideellen und materiellen Kontaktnahmen zwischen Belgrad und Moskau vertieften. Die Wirtschaftsdelegationen folgten einander auf dem Fuße, und zuletzt wurde über einen Kredit von 24 Millionen Dollar für den Ankauf sowjetischer Rohstoffe sowie eine Gold- und Devisenanleihe in Höhe von 30 Millionen Dollar verhandelt. Es mußten Sonderzüge eingelegt werden, um den Touristenverkehr zwischen beiden Ländern bewältigen zu können, und es wurde über eine Lizenz für den Bau von sowjetischen MIG-15-Jägern sowie über die sowjetische Hilfe bei der Errichtung eines Atom-Meilers in Jugoslawien verhandelt. Die offizielle wissenschaftliche Zeitschrift der kommunistischen Partei der Sowjetunion, *Der Kommunist*, veröffentlichte einen Artikel Marschall Titos über die wirtschaftlichen Probleme Jugoslawiens. Im Obersten Sowjet wurden die Führer Jugoslawiens für ihren „hartnäckigen Widerstand“ gegen die Versuche der Westmächte „Jugoslawien seiner Unabhängigkeit zu berauben“ gelobt, und zum 32. Todestag Lenins durfte das Zentralorgan der jugoslawischen KP, „*Borba*“, vom Kreml ungestraft schreiben, daß Tito das Leninsche Gedankengut folgerichtig in seine Revolution übernommen und an seinem Inhalt nichts verändert habe.

Also doch eine Rückorientierung zur sowjetischen Politik? Ein Ja hierauf wäre angesichts der deutlichen Vorteile, die sich Jugoslawien aus seiner Zwischenstellung verschaffen kann, eine Vereinfachung der Tatsachen. Dagegen kann die Verwirklichung des politischen Koexistenz-Gedankens, wobei Jugoslawien heute schon in der weitgespannten „Koexistenz-Achse“ zwischen Indien und Ägypten eine Art Schlüsselstellung besitzt, als ein ernsthaftes und ehrliches Anliegen Titos betrachtet werden. Die Balkanzusammenarbeit ist die erste organisatorische Form der aktiven Koexistenz, — verkündete jüngst „*Borba*“ in einem Artikel, der den „Stillstand in der normalen Entwicklung der Dreimächte-Zusammenarbeit auf dem Balkan“ zu begründen und gleichzeitig zu verharmlosen suchte.

Kommunistische Balkan-Föderation?

Ist es etwa Titos Absicht, jene alten Pläne einer kommunistischen Balkan-Föderation wieder hervorzuholen, die von ihm früher einmal zusammen mit Ungarn und Bulgarien ausgedacht worden sind und die damals an der Entschiedenheit der sowjetischen Gegnerschaft gegen jede Art eines Zusammenschlusses von Satelliten-Staaten scheiterten? Mit der Abwicklung der Affairen Kostoff, Rajk und schließlich auch Dimitroff war seinerzeit die Verwirklichung einer poli-



Der Mittlere Osten birgt 60% der bisher bekannten Erdölreserven der Welt. Die Erdölproduktion hat sich in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt; im letzten Jahr stieg sie um 20%; gleichfalls um 20% erhöhten sich die bekannten Reserven. An der Spitze der bekannten Reserven standen noch vor zwei Jahren die USA, jetzt liegen das kleine Kuwait und Saudi-Arabien an der Spitze. Ein Drittel der Produktion entfällt schon heute auf den Mittleren Osten. Kuwait steht an erster Stelle, es folgen Saudi-Arabien, Irak, Iran. Mit der erhöhten Produktion steigen die Einnahmen der mittelöstlichen Staaten aus den Abgaben der Gesellschaften von Jahr zu Jahr. Es steigert sich das Ringen der Gesellschaften um neue Konzessionen, Absatz und Verteilung, und es wächst schließlich die politische Bedeutung dieses spannungsreichen Raumes, dessen politische Kräfte die Karte zeigt.

tischen Gemeinschaft zwischen Jugoslawien, Bulgarien und Ungarn erledigt. Damals stellten solche Ideen, von Moskau her gesehen, eine titoistische Verschwörung dar. Wenn man sich heute überlegt, ob Tito diese alten Pläne wieder zu neuem Leben erwecken will, um an die Stelle des brühigen Balkan-Paktes eine festgefügte kommunistische Föderation aller Balkanstaaten, vielleicht sogar unter Einschluß Griechenlands zu setzen — Spekulationen auf einen Linksrutsch nach den griechischen Parlamentswahlen am 19. Februar sind zumindest nicht unrealistisch — dann muß man gleichzeitig fragen, ob die Wünsche Moskaus ebenfalls in diese Richtung gehen. Immerhin hat sich das sowjetische Denken gegenüber Tito gewandelt, und eine unter sowjetischer Kontrolle und jugoslawischer Führung stehende rötliche Balkan-Föderation, sei sie selbst nur von koexistentialistischer Wesensart, würde für den Kreml vermutlich immer noch annehmbarer sein als eine fortgesetzte Anfälligkeit der Balkan-Satelliten gegenüber dem ame-

rikanischen Dollar und damit die dauernde Gefahr einer Aufweichung des ganzen sowjetisch gelenkten Balkan-Gefüges.

Aber gerade die wirtschaftlichen Vorgänge liefern das entscheidende Gegenargument zu solchen Überlegungen. Die amerikanische Auslandshilfe ist in der Tat für den Kreml zu gefährlich, als daß er irgendwo in der Welt Spekulationen mit unsicherem Ausgang wagen dürfte. Daß man dies in Moskau begriffen hat, beweist das entschlossene Vorgehen im Hinblick auf die Schaffung eines wirtschaftlichen Großraumes unter sowjetischer Führung mit sowjetischen Mitteln. Kein erkennbarer Tatbestand deutet darauf hin, daß Moskau in wirtschaftlicher oder gar politischer Hinsicht Tito irgendeine mehr oder weniger unabhängige Führerrolle auf dem Balkan zugestehen wird. Die nach dem Moskauer Besuch in Belgrad anfänglich aufgeschreckten Volksdemokratien sind wieder in den Zustand zurückgekehrt, der ihnen nach sowjetischer Ansicht gemäß ist. Es besteht der Warschauer Pakt mit all seinen militärischen Verklammerungen, und es besteht ferner der in Moskau ansässige „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“, eine Zentralstelle für wirtschaftliche Planung und Kontrolle, der sich die einzelnen Wirtschaftsplanungen der Satelliten unterzuordnen haben. Dieses Wirtschaftssystem des Ostens wird eindeutig von Moskau gelenkt. So dürfte der Gedanke abwegig sein, daß der Kreml einzelne oder Gruppen aus diesem Gefüge entläßt.

Somit dürfte eine kommunistische Balkan-Föderation unter Belgrader Führung wohl kaum die Nachfolge des Balkan-Paktes von Bled antreten. Was werden aber Griechenland und die Türkei tun, um angesichts der Funktionsunfähigkeit dieses Paktes ihr Sicherheitsverlangen zu stillen? Beide gelten als NATO-Partner und wenden für Rüstungszwecke höhere Prozentsätze ihrer Staatshaushalte auf, als irgendein anderes NATO-Mitglied. Aber die heftigen Spannungen, die jüngst auch wieder auf Zypern Blut forderten, lassen immerhin die Möglichkeit offen, daß sich ihre Wege in Zukunft noch sichtbarer trennen werden als bisher. Griechenlands Weg wird weitgehend durch die Ergebnisse der Februarwahlen bestimmt werden. Die griechische innenpolitische Entwicklung in den letzten Wochen zeigt deutlich, daß die „westliche“ Seele dieses Landes im Kampf mit politischen Gewalten steht, die Griechenland möglicherweise in das Lager der Koexistenzstaaten bugsieren werden. Der Weg der Türkei ist eindeutiger. Zwar hat erst kürzlich wieder Radio Moskau deutlich um die Türken geworben und daran erinnert, daß sich einst das türkische Volk „unter dem Einfluß der Freiheits-Ideen der großen sozialistischen Oktoberrevolution zum Kampf gegen die fremdländischen Okkupanten erhoben habe und daß die patriotischen Kräfte, vom Sowjetstaat unterstützt, damals einen entscheidenden Sieg errungen hätten.“ Radio Moskau ließ erklären, daß die türkischen Militärausgaben die türkische Wirtschaft untergraben und daß infolgedessen der Ausbau einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Moskau und Ankara sehr vorteilhaft für die Türken sei. Aber all diese Sirengesänge dürften die geschichtlich verankerte Feindschaft zwischen beiden Staaten kaum zugunsten der sowjetischen Absichten ändern. Die Türkei war es denn auch, die zusammen mit dem Irak einen politischen Weg beschritten hat, der zur Bildung des sogenannten Bagdad-Paktes führte, dessen Funktion in der Stärkung der westlichen Verteidigungskraft durch Ausfüllung der Lücke zwischen der Ostflanke der NATO und der Westflanke der SEATO besteht.

Das Wissen um Glanz und Elend des Balkan-Paktes ist eine Vorbedingung für das Verstehen von Glanz — und Elend? — des Bagdad-Paktes.

Weltpolitische Umschau

GUNTER DECKER

Der chinesische Außenminister Tschu En-lai sagte, wie ein indischer Diplomat berichtet, nach der Genfer Asienkonferenz von 1954, „Kolumbus hat Amerika entdeckt, John Foster Dulles entdeckte die Grenzen Amerikas.“ Dieses bissige Bonmot ist gewiß nicht nur auf die Festlegung der Demarkationslinie in Vietnam längs des 17. Breitengrades zu beziehen, die seitdem, wie der 38. Breitengrad in Korea oder die Zonen-grenze in Deutschland, ein Volk zerreißt und Interessensphären der Weltmächte abgrenzt. Vielmehr wollte Tschu En-lai im Bewußtsein seines Triumphes feststellen, daß die Weltmacht USA in Genf 1954 auf die Grenzen ihrer Macht gestoßen sei gegenüber ihren Gegnern sowohl wie ihren Freunden, die damals einen demütigenden Kompromiß durchsetzten. Seitdem, so mag es sich noch heute von Peking aus ansehen, haben die Vereinigten Staaten ein System von Pakten aufgebaut, das die Welt umspannt.

Unzulänglichkeiten des Paktsystems

Nach der Niederlage in Genf 1954 flog Dulles nach Manila und schloß den südost-asiatischen Verteidigungspakt ab. Ihm gehören außer den USA und den bereits durch den ANZUS-Pakt verbundenen Australien und Neuseeland noch Großbritannien, Frankreich, Thailand, Pakistan und die Philippinen an. Durch Pakistan ist die SEATO mit dem 1955 vervollständigten Bagdad-Pakt (Pakistan, Türkei, Irak, Iran, Großbritannien) verbunden. Die Türkei bildet das Bindeglied zum Balkan-Pakt (Türkei, Griechenland, Jugoslawien). Griechenland und die Türkei gehören der NATO an, die 1955 durch den Beitritt der west-deutschen Bundesrepublik eine Ergänzung erfuhr. Aber dieses Paktsystem, das die Zahl der auf amerikanische Hilfe angewiesenen Staaten vergrößert, die Zahl der Neutralen verringert und daher besonders in Indien Unbehagen hervorgerufen hat, nimmt sich nur auf Karten geschlossen aus. Die SEATO besitzt kein Oberkommando mit ihm unterstehenden Streitkräften. Ob es auf der Tagung in Karachi (die am 6. März beginnt) geschaffen wird, ist durchaus offen. Nach philippinischen Angaben sollen die Militärberater auf ihrer letzten Tagung in Melbourne dies vorgeschlagen haben, gegen den britischen Widerstand. Der Ausbau des Bagdad-Paktes, einer britischen Schöpfung, wurde durch die Rebel-

lion der Bevölkerung Jordaniens, besonders der palästinensischen Flüchtlinge, Halt geboten. Die arabische Welt steht ihm feindlich gegenüber. Die Vereinigten Staaten zeigen keine Neigung zu mehr als moralischer Unterstützung. Der Balkan-Pakt befindet sich seit längerer Zeit in einer Krise, aus der bisher kein Ausweg sichtbar wird.

Allein die NATO hat eine festgefügte Verteidigungsorganisation entwickelt. Dieser hat die Sowjetunion mit dem System des Warschauer Paktes (vom 14.5.1955) eine noch geschlossenere militärische Organisation gegenübergestellt, deren gemeinsamem Oberkommando am 29. 1. 1956 auch die Streitkräfte der DDR unterstellt worden sind. Der Verteidigungsbereich der SEATO umfaßt weder Formosa noch Korea, der Verteidigungsbereich des Bagdad-Paktes nur den Südwesten des Iran. Die Vereinigten Staaten haben außerdem mit zahlreichen Staaten zweiseitige Beistands-, Schutz- oder Waffenhilfsverträge abgeschlossen, von denen einige, wie der amerikanisch-japanische Vertrag, größere militärische Bedeutung besitzen. Japans Streitkräfte umfassen 180 000 Mann und sollen schnell ausgebaut werden, wobei sich zunehmend eine amerikanisch-japanische Interessengemeinschaft entwickelt. Die anderen Abkommen, wie das spanisch-amerikanische, das koreanisch-amerikanische oder das zwischen den USA und Formosa, gestatten den Vereinigten Staaten zwar die Anlage oder Unterhaltung von Stützpunkten, sind aber aus verschiedenen Gründen problematisch. Denn sie gründen sich auf die militärische Sicherung der Vertragsländer. Sie bilden keine Sicherung gegen die politischen Methoden des kommunistischen Imperialismus, der in den kommunistischen Parteien und Untergrundorganisationen aller Länder über Verbündete verfügt. Außerdem sind die meisten amerikanischen Bundesgenossen ohne nennenswerte eigene Streitkräfte. Deren Aufbau erfordert Zeit und materielle Hilfe, die, um richtig, das heißt im Interesse der Verteidigung angewandt zu werden, Kontrolle der Verteilung erfordert. Bei dieser Kontrolle ergeben sich notwendig Reibungspunkte, weil gerade diejenigen Staaten, die erst seit einigen Jahren ihre Unabhängigkeit gewonnen haben, eifersüchtig auf die Wahrung ihrer Souveränität bedacht sind, und auch deshalb, weil manche von ihnen so regiert werden,

daß ein wesentlicher Teil der Hilfe spurlos in den Taschen von Geschäftemachern verschwindet. Tschiang Kai-schek, Syngman Rhee, Diem und die mit dem Ausnahmezustand regierenden Lateinamerikaner sind weder bequeme noch bei der öffentlichen Meinung geschätzte Bundesgenossen.

Diktatur der Weltmächte

Im letzten Jahr hat die sowjetische Politik auf den Genfer Konferenzen mit der Parole der Koexistenz den Vereinigten Staaten eine Abgrenzung der Einflußsphären vorgeschlagen. Das ist auch der eigentliche Sinn der Vorschläge, die in dem Angebot Bulganins an Eisenhower vom Januar 1956 ihren Ausdruck fanden. Ein zweiseitiger Freundschaftspakt soll die Möglichkeit eröffnen, die Interessen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion auf der Grundlage des status quo vorzunehmen; auf der Grundlage gleicher Rechte, gegenseitigen Respekts der Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten. Im günstigsten Falle und für eine beschränkte Zeit würde dies zu einer Diktatur der beiden Weltmächte führen und dem sowjetischen Block eine Periode der inneren Stabilisierung ermöglichen. Es ist kaum anzunehmen, daß der sowjetische Vorschlag, dem der Entwurf eines Vertragstextes beigelegt war, nicht ernst gemeint ist. Auch ist er nicht der Ausdruck von Schwäche.

Seit dem 1. Januar dieses Jahres sind die Wirtschaftspläne aller Staaten im sowjetisch-chinesischen Herrschaftsbereich aufeinander abgestimmt und werden in einem arbeitsteiligen System von Moskau aus dirigiert. Ungeachtet aller Schwierigkeiten bürokratischer Planung und der Überforderung menschlicher Leistungskraft muß mit einer Steigerung der wirtschaftlichen und militärischen Kraft des kommunistischen Staatensystems in den nächsten zehn Jahren gerechnet werden. Die sowjetische Industrieproduktion stieg im vergangenen Jahr um 12% (in der Bundesrepublik um 16%). Nach Abschluß des bekanntgegebenen neuen sowjetischen Fünfjahresplanes will die Sowjetunion 1960 drei Viertel der amerikanischen Produktion des Jahres 1955 erreichen, wobei besonders die hohen Ziele für Energieerzeugung (einschl. Atomenergie) und Erdölproduktion auffallen. Nach Abschluß des gegenwärtigen Planes wird die Sowjetunion in ganz anderem Maße als bisher als Konkurrent der amerikanischen und europäischen Industriestaaten auf dem Weltmarkt auftreten, wobei die Krisenempfindlichkeit viel gerin-

ger ist. Bis 1959, so gab Mao Tse-tung im Januar 1956 bekannt, wird in China die sozialistische Revolution mit der Sozialisierung der Landwirtschaft und des Gewerbes abgeschlossen sein, wobei den osteuropäischen Satelliten-Staaten im System der kommunistischen Arbeitsteilung ein hoher Anteil an der industriellen Entwicklung Chinas zugesichert ist (einschließlich der mitteldeutschen DDR), während die Sowjetunion selbst die Möglichkeit behält, in dem auf der Asienreise Bulganins und Chruschtschows angekündigten Ausmaß Wirtschaftshilfe an asiatische Staaten wie Indien, Afghanistan und Birma zu leisten und wirtschaftlich in Afrika und Lateinamerika vorzudringen. Diese in der Zukunft liegende „Bedrohung“ ist für die Weltmacht USA bedeutsamer als die sowjetische Ankündigung, daß die Sowjetunion in der nuklearen Forschung und der Entwicklung nuklearer Waffen die Vereinigten Staaten bereits überholt habe. (Sowjetmarschall Tschuikow am 26. 1. 1956).

Interessenabgrenzung

Die Ablehnung des Bulganin-Vorschlages durch Eisenhower erfolgte ohne Hinzuziehung der Bundesgenossen und fand die uneingeschränkte Zustimmung der amerikanischen Opposition, des Senators George und auch des früheren Präsidenten Truman, unter dessen Präsidentschaft Staatssekretär Acheson die Politik des „Containment“ einleitete. Eisenhower setzte dem sowjetischen Programm einer Interessenabgrenzung ein eigenes Programm gegenüber, das von den Verpflichtungen ausgeht, die beide Mächte durch die Charta der Vereinten Nationen übernommen haben. Besonders hob er dabei hervor: die Gleichheit der Rechte und das Selbstbestimmungsrecht der Völker, freie Entscheidung aller Völker über ihre Regierungsform, Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen im Rahmen eines Sicherheitssystems, friedliche Regelung internationaler Konflikte, Herabsetzung der Rüstungen. Die Verbündeten der Vereinigten Staaten stimmten dieser Antwort zu. Die westdeutsche Bundesregierung unterstrich in einer Erklärung besonders die Forderung nach der Wiedervereinigung Deutschlands und der Herstellung des freien Selbstbestimmungsrechts der Völker.

Wenn die Vereinigten Staaten auch das sowjetische Angebot einer zweiseitigen Interessenabgrenzung abgelehnt haben, so bleibt doch das Problem, das die amerikanische Öffentlichkeit seit dem Ende des Isolationismus beschäftigt, die Grenzen der

amerikanischen Interessensphäre festzulegen. John Foster Dulles hat dazu einiges gesagt. Seine Erklärungen wurden Anfang Januar in der amerikanischen Zeitschrift „Life“ veröffentlicht. Sie sind sicher nicht als Unbesonnenheit zu werten. Dulles selbst hat wesentliche Teile des Berichts bestätigt. Der amerikanische Präsident hat seinen Staatssekretär gegen amerikanische wie außeramerikanische Kritiker in Schutz genommen.

Bis an den Rand des Krieges

Staatssekretär Dulles behauptete: „Man muß die Chancen für den Frieden wahrnehmen, genau wie man im Kriege die Chancen für den Frieden wahrnehmen muß. Manche sagen, wir wären bis an den Rand des Krieges gebracht worden (nämlich in Korea im Juni 1953, in Indochina im April 1954, in der Meerenge von Formosa im Januar 1955). Natürlich wurden wir bis an den Rand des Krieges gebracht. Die Fähigkeit, bis zum Rand des Krieges zu gehen, ohne in den Krieg zu geraten, ist eine notwendige Kunst. Wer sie nicht meistern kann, gerät unweigerlich in den Krieg. Wenn man versucht, vor dieser Gefahr wegzulaufen, wenn man sich scheut, bis an die Grenze zu gehen, ist man verloren.“ Über die Weisheit dieser politischen Philosophie, die Dulles schon in seinem Buche „War or Peace“ (1950) niedergelegt hat, mag man streiten, noch mehr darüber, ob es für einen handelnden Staatsmann weise ist, dies in der Öffentlichkeit auszusprechen. Wichtiger erscheint jedoch, daß in dem Bericht, von amerikanischen offiziellen Stellen unbestritten, gesagt wurde, die drei erwähnten Fälle hätten, falls die von der amerikanischen Entschlossenheit unterrichteten Russen und Chinesen nicht zurückgewichen wären, den Anlaß für einen Krieg gegeben, der sich kaum hätte lokalisieren lassen. Es ist bezweifelt worden, daß wirklich alles auf des Messers Schneide stand, daß die Vereinigten Staaten zum Kriege bereit waren oder (wegen der Opposition des amerikanischen Kongresses bzw. des britischen Verbündeten) hätten schreiten können. Fest steht, daß es amerikanische Interessengrenzen gibt, die nicht überschritten werden dürfen. Es fragt sich allerdings, ob die Verbündeten der Vereinigten Staaten, die durch eine amerikanische Aktion in einen Weltkonflikt mit hineingezogen würden, die amerikanischen Festlegungen gutheißen und ob die bestehenden Instrumente der Konsultation zur Festlegung einer einheitlichen Politik des amerikanischengeführten Bündnissystems ausreichen.

Mißverständnisse und Differenzen

Einer Klärung amerikanisch-britischer Mißverständnisse diene der Besuch Ministerpräsident Edens und Außenminister Lloyds in Washington. Hinsichtlich zweier Punkte blieb man verschiedener Meinung: hinsichtlich des Mittleren Ostens und Chinas. Der kanadische Außenminister Pearson, stets außergewöhnlich gut unterrichtet und mit einem fähigen von hemmenden Traditionen unbelasteten Auswärtigen Amt hinter sich, hatte sich dafür eingesetzt, die Tatsache anzuerkennen, daß Peking heute China repräsentiert, nicht Taipeh. Daraus sei die Konsequenz zu ziehen: Anerkennung der Regierung Mao Tse-tung und ihre Zulassung zu den Vereinten Nationen, wo heute noch Tschiang Kai-schek China vertritt. Höflich aber bestimmt hatten dies die Amerikaner abgelehnt, da im Wahljahr es weder Republikaner noch Demokraten mit der immer noch mächtigen „China-Lobby“ aufnehmen möchten. Eden wollte zunächst weniger: Erleichterung der im Korea-Krieg gegen China beschlossenen Handelskriegsmaßnahmen, die schon heute vielfach durchlöchert sind. Großbritannien steht, obgleich es das gesamte britische, in China investierte Kapital verlor, heute im Chinahandel schon wieder an erster Stelle. Eisenhower lehnte ab. Die Briten erreichten nur, daß diese Frage von Zeit zu Zeit überprüft wird. Auf Zypern tritt Harding für einen Kompromiß ein, der die britische Position seiner Meinung nach besser sichern könnte als die Berufung Londons auf ererbte Rechte, und außerdem geeignet wäre (wenn er noch vor den griechischen Wahlen im Februar käme), Griechenland bei der NATO zu halten. In der letzten Zeit sind die britischen Truppen auf Zypern durch Luftlande- und Bomber-einheiten verstärkt worden. Der Bereich des britischen Luftwaffenkommandos für den Mittleren Osten wurde beträchtlich erweitert. Nach britischer Meinung wäre nun die britische Luftwaffe (mit Stützpunkten auf Zypern, in Libyen, noch im Suezkanal, in Jordanien, im Irak) zusammen mit den britischen Luftlandetruppen auf Zypern, den britischen Erdtruppen (noch) in der Kanalzone, in Jordanien (Arabische Legion), unterstützt durch die (auf italienische und griechische Basen gestützte) starke 6. amerikanische Flotte und die von Kreta, Libyen und Saudi-Arabien aus operierende amerikanische Luftwaffe, in der Lage, jede Ausweitung einer Verletzung des Waffenstillstandes zwischen Israel und den arabischen Ländern zu verhindern. Grundlage dafür würde die berühmt/berüch-

tigte Dreimächteerklärung von 1950 sein, in der die USA, das UK und Frankreich — von sich aus — die Garantie des status quo im Mittleren Osten übernahmen. Für die Araber ist diese Erklärung ein Zeichen fortdauernden Kolonialimperialismus. Das veranlaßt die Amerikaner zur Vorsicht.

Noch vorsichtiger sind die Amerikaner gegenüber britischen Anregungen, den Bagdad-Pakt durch amerikanischen Beitritt oder amerikanische Wirtschaftshilfe zu unterstützen, nachdem die Unruhen in Jordanien (nach britischer Meinung durch die Dollars König Sauds hervorgerufen) die arabische Ablehnung des Paktes ebenso unterstrichen haben, wie der Abschluß von Pakten Ägypten-Syrien, Ägypten-Saudi-Arabien und neuerlich Syrien-Libanon.

Wiedervereinigung im Repertoire

Einig war man sich in der Forderung nach der deutschen Wiedervereinigung. Diese Forderung gehört neuerdings zum ständigen Repertoire aller westlichen Regierungen, ohne daß ein Fortschritt zu verzeichnen wäre. Auch die Warschauer-Pakt-Konferenz in Prag nahm dazu Stellung. Dort wurden die Schaffung einer beide Teile Deutschlands einschließenden Zone mit vertraglich festgelegter und kontrollierter Rüstungsbeschränkung, Abmachungen über Reduzierung oder Abzug ausländischer Truppen in Deutschland und ein Sicherheitssystem für einen Teil der europäischen Staaten gefordert, unter Einschuß der vier Großmächte USA, Großbritannien, Frankreich und Sowjetunion.

Obleich seit der Botschafterkonferenz im Dezember 1955 eine verstärkte diplomatische Initiative der Bundesrepublik sich abzeichnet, die durch den Blücher-Besuch in Indien und verschiedene angekündigte Besuche und Reisen des Außenministers v. Brentano gekennzeichnet wird, ging die einzige Initiative in der Frage der Wiedervereinigung nicht von der Bundesregierung, sondern von den Parteien an der Saar aus, die einmütig die Zugehörigkeit der Saar zu Gesamtdeutschland proklamierten und die Angliederung an die Bundesrepublik forderten. Über sie muß die Bundesregierung mit der neuen Regierung Frankreichs verhandeln, eines Frankreich, in dem am 2. Januar 1956 ein Viertel der Wähler kommunistisch gewählt hat.

Die Regierung dieses „neuen“ Frankreich scheut sich nicht, NATO-Truppen zur Unterdrückung des Freiheitskampfes der Araber und Berber in Nordafrika zu ver-

wenden und dafür marokkanische Söldner in die Bundesrepublik zu verlegen, zumal diese in Frankreich nicht mehr zuverlässig erscheinen. (Von einem offiziellen Protest der Bundesregierung ist bisher nichts bekannt geworden). In ihrer Regierungserklärung tritt die neue französische Regierung für die Wiedervereinigung Deutschlands ein. Sie beruft sich aber gegenüber der Saarbevölkerung auf „Rechte“, die sie durch Gewalt der Sieger (d. h. anderer Sieger) gewann. Gleichzeitig tritt sie für ein Neuaufleben der europäischen Integrationsbestrebungen ein, die offenbar wie bisher auf Deutschlands Kosten erfolgen sollen.

Satellit der NATO ohne Initiative

Franz Blücher hat in Neu Delhi seinen Besuch mit der Erklärung eingeleitet, daß Deutschland in Indien, ganz Asien und Afrika keine politischen Ziele verfolgen könne. Die Quittung auf eine solche Erklärung ist die in indischen politischen Kreisen wie in anderen asiatischen und afrikanischen Ländern unverhüllt ausgesprochene Überzeugung, daß die Bundesrepublik ein Satellit der NATO sei. Von Indien bei solcher Einstellung eine Unterstützung der deutschen Belange zu erwarten, heißt dem Geiste Gandhis zu viel abzuverlangen. Deutschland, und als sein Sprecher die Bundesrepublik, hat ganz gewiß in Indien, in Asien und Afrika politische Interessen, denn zwischen den Interessen des deutschen Volkes, seinem Anspruch auf das Selbstbestimmungsrecht und den Ansprüchen anderer Völker der Welt besteht ein untrennbarer Zusammenhang.

Ende Februar wird der westdeutsche Botschafter Haas nach Moskau reisen. Sollte er auch nicht gleich eine solche Aktivität entfalten wie sein russischer Kollege Sorin in Bonn, so wird er doch bald Gelegenheit haben, den Standpunkt der sowjetischen Regierung zu vielen Fragen kennen zu lernen, die die deutsch-sowjetischen Beziehungen betreffen. Wir wollen hoffen, daß seine Berichte in Bonn gründlicher gelesen und stärker beachtet werden, als offensichtlich viele Berichte deutscher Botschafter und Gesandter in anderen Ländern außerhalb der NATO. Dann würden der deutschen Politik Enttäuschungen erspart, wie sie sich in letzter Zeit häufiger ergaben. Dann wäre es auch nicht nötig, befreundete Länder mit dem „Abbruch der diplomatischen Beziehungen“ zu bedrohen, weil man dann wüßte, wer die deutschen Interessen in der Welt vertritt.

Literatur zur internationalen Politik

K. H. Pfeffer, Handwörterbuch der Politik. (C. W. Leske-Verlag, Darmstadt 1955, 275 S.) Der Versuch, auf knappem Raum politische Begriffe zu definieren und zu erläutern, gelingt selten. In diesem ansprechend ausgestatteten Büchlein ist er gelungen; vielleicht gerade, weil der Verfasser der letzte Dekan der auslandswissenschaftlichen Fakultät der Universität Berlin, dabei trotz lexikalischer Ordnung der Begriffe nicht auf Systematik verzichtet hat. Die Begriffsgruppen werden in ihrem Zusammenhang in einer überzeugenden Einleitung, die zugleich eine Anleitung zum Lesen darstellt, aufgeführt. Wer dieser Anleitung folgt, wird nicht enttäuscht. Dem Buch ist als einem wertvollen Hilfsmittel der politischen Bildung weiteste Verbreitung zu wünschen. Für den Herbst 1956 hat der Verlag ein Handwörterbuch der Diplomatie und des Völkerrechts angekündigt.

Hautmann-Münch, Kleines Staatslexikon für Jedermann. (Hornung-Verlag, München, 350 S.)

Dieses von zwei Juristen zusammengestellte und von der Bundeszentrale für Heimatdienst geförderte Lexikon enthält eine große Zahl von Begriffen aus dem Staats- und Völkerrecht, aus Politik und politischer Geschichte, Wirtschaft, Verwaltung und Rechtswesen. Die einzelnen Stichworte sind viel zu knapp und weder für „Jedermann“ noch für den kritisch prüfenden Fachmann auf einem der behandelten Gebiete befriedigend erklärt. Vor allem mit den Kurzdefinitionen juristischer Begriffe vermag der Laie kaum etwas anzufangen. Die häufigen Verweisungen helfen nicht weiter. Jedes der vielen kleinen deutschen allgemeinen Lexika bietet mehr.

Ernst Gagel, Die sieben Meere. Ihre Erforschung und Erschließung. (Georg Westermann, Braunschweig, 1955, 236 S. Index, Illustr., Karten, Tabellen.)

Seit Rachel Carsons „The Sea around us“ ein Welt-Bestseller wurde, ist das internationale Interesse an der Meereskunde immer weiter gewachsen. So wird auch dieses hervorragend mit Karten, Schaubildern und Photos ausgestattete Buch einen weiten Leserkreis finden, da es zuverlässig und unter Berücksichtigung der neuesten Forschungsergebnisse in einfacher und klarer Sprache über Größe und Gliederung des Meeres, die Landschaft der Tiefsee, die Eigenschaften des Meerwassers, das Meer

in Bewegung, das Leben im Weltmeer unterrichtet. Der Verfasser weiß, daß er sich vorwiegend an Landratten wendet, und verzichtet daher glücklicherweise nicht darauf, über die Methoden und Mittel der Meeresforschung anschaulich zu unterrichten. Die graphischen Darstellungen und Photos sind hervorragend in den Text eingegliedert. Etwas kurz sind die Abschnitte über den modernen Seeverkehr geraten.

Karl Krüger, Ingenieure bauen die Welt. Erdumfassende natürliche Raumplanung. (Safari-Verlag, Berlin, 1955, 456 S., Sachregister, Bibliographie, Karten, Illustr.)

Der Obertitel des Buches verrät nicht, daß es sich hier um eine zwar sehr anschaulich, aber vor allem sehr gründlich geschriebene Technogeographie handelt. Besonders ist auf den Anhang zu verweisen; wo der Bereich der Geographie und der Technik in der naturgemäßen Erdraumplanung abgegrenzt wird und eine Technogeographie der Rohstoffe gegeben wird. Der Hauptteil der Arbeit beschäftigt sich mit den Planungsräumen der Regionaltechnik, führt allerneueste Beispiele von Großplanungen an, behandelt regionale Verkehrstechnik und die Regionaltechnik der Energie. In kaum einem anderen Buch wird die Diskrepanz zwischen den Erfordernissen und Notwendigkeiten einer weltweiten Planung und dem gegenwärtigen Zustand der politischen Organisation der Erde so deutlich.

Hans Zeissig, Neuer Geschichts- und Kulturatlas. Von der Urzeit bis zur Gegenwart. (Atlantik-Verlag Paul List, Frankfurt, 2. Aufl. 1954).

Die zweite Auflage von Harms „Neuer Geschichts- und Kulturatlas“ zeigt eine Verbesserung des Kartenbildes durch farbenreichere Karten und besser lesbare Schrift, sowie die Einfügung doppelseitiger Karten, so daß sich der Wert dieses Kartenwerkes, das nicht nur die politische, sondern auch die Kultur- und Geistesgeschichte zu berücksichtigen versucht, weiter erhöht hat. Leider ist „Außereuropa“ auch in diesem Kartenwerk noch zu wenig berücksichtigt. Das gilt insbesondere von der Neuzeit. Das wohl entscheidendste politische Ereignis der Nachkriegszeit, die politische Emanzipation der ehemaligen Kolonialgebiete, findet keine Darstellung. Die Karte der östlichen und westlichen Mächtegruppierung ist mangelhaft.

Literatur zur Geschichte der Politik und des Krieges

Henry Cord Meyer, *Mitteleuropa in German Thought and Action 1815—1945*. (Martinus Nijhoff, Den Haag, 1955, 378 S., Index).

Aus einer Dissertation für die Yale-Universität entwickelt der amerikanische Verfasser in jahrelanger Arbeit unter Auswertung vieler (aber nicht aller) Quellen und Befragung vieler (aber nicht aller) wichtigen noch lebenden Beteiligten eine Darstellung der deutschen Mitteleuropakonzeptionen, wobei er insbesondere auf die Strömungen während des Ersten Weltkrieges eingeht. Die Zeit zwischen den Weltkriegen ist dagegen nur kurz behandelt. Die Arbeit konzentriert sich auf die deutschen Pläne und Konzeptionen; die Politik und Haltung der Mächte gegenüber diesen Konzeptionen wird leider kaum dargestellt. Die Arbeit ist geeignet, deutsche Forschungen über die behandelten Fragen anzuregen.

Georg von Rauch, *Geschichte des bolschewistischen Rußland*. (Rheinische Verlags-Anstalt, Wiesbaden, 1955, 606 S., Index, Karten, Zeittafel, bibliographische Hinweise).

Die erste geschlossene deutsche Darstellung der Geschichte der Sowjetunion von der Revolution bis zu Stalins Tod ist in 9 Kapitel gegliedert: Die Revolution, Der Bürgerkrieg, die Epoche der Neuen Ökonomischen Politik, Stalins Aufstieg und der Kampf mit der Opposition, Die sowjetische Außenpolitik 1922—1932, Die innere Entwicklung vom Zweiten Fünfjahresplan bis zum Ausbruch des Krieges, Die Schaukelpolitik der Sowjetunion in den Jahren 1934—1941, Der „Große Vaterländische Krieg“ der Sowjetunion, Die Sowjetunion nach dem Kriege. — In vorsichtiger, abgewogener Darstellung und auf Grund russischer und internationaler Literatur werden die hauptsächlichsten Entwicklungslinien aufgezeigt. Ein Buch, das zur ersten Orientierung für weiteste Kreise geeignet ist und durch zahlreiche Verweisungen an das Quellenmaterial und die Literatur zu Spezialproblemen heranzuführt.

Erich von Manstein, *Verlorene Siege*, Athenäum-Verlag, Bonn 1955, 664 S., Ganzleinen 22,— DM.

Man bezeichnet den Feldmarschall von Manstein als einen der bedeutendsten operativen Köpfe des Zweiten Weltkrieges. Als solchen hat ihn auch der Schöpfer der modernen deutschen Panzerwaffe, Guderian, anerkannt. Gerade deshalb ist das Memoirenwerk des Feldmarschalls von Man-

stein von besonderem Interesse für diejenigen, der sich mit der Frage beschäftigt, wieso es Menschen dieses geistigen Formats an der Seite jenes „Gefreiten aus dem Ersten Weltkrieg“ fast bis zum letzten Tage aushalten konnten.“

Der militärpolitische Mitarbeiter der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Adelbert Weinstein, macht sich die Antwort leicht. Aus dem Buche von Mansteins leitet er eine Gegenüberstellung von einem militärischen Genius (von Manstein) und einem Wahnsinnigen (Hitler) her. Der Genius erficht für den Wahnsinnigen fortgesetzt gewaltige Siege, die dieser jedoch als tumber Tor verfälscht und zernichtet, wodurch aus den Siegen „verlorene Siege“ werden. In solcher Perlen-vor-die-Säue-Theorie erscheint dann Hitler als „der größte Feind der Wehrmacht“ und, dem kritischen Betrachter wenigstens, der Feldmarschall von Manstein als ein Narr, der es sich beinahe bis zum bitteren Ende nicht hat verkneifen können, die Perlen vor die Säue zu werfen.

Lesen wir das Buch des Feldmarschalls aufmerksam durch, dann kommen wir freilich zu anderen Ergebnissen. Ganz im Geiste des großen Clausewitz weiß von Manstein um die hintergrundigen politischen Entscheidungen, die auf die Operationspläne Einfluß nehmen mußten, weil, wie eh und je, der Krieg eben nur die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist.

Aber trotz der Vorzüge an Objektivität und trotz der historisch wertvollen und bis ins einzelne gehenden Darstellung bleibt nach Durcharbeiten des Werkes von Mansteins ein bitterer Nachgeschmack. Er rührt von der Tiefe der Resignation her, in der auch das Werk dieses bedeutenden militärischen Führers endet, der die politische Stunde seiner großen Zeit sicher nicht voll erfaßt hat und die militärisch-strategische nach seiner großen Zeit kaum mehr erfüllen kann. Es fehlt in dem Buch etwas von der Kraft des Glaubens und von der schöpferischen Sinnverknüpfung zwischen Vergangenheit und Zukunft. Der bürgerliche Fachverstand allein triumphiert. Dürfte aber der Feldmarschall so karg an Sinndeutung vor seine Soldaten von einst treten? Es scheint, als gebe die fortschreitende Technisierung und Spezialisierung in Kriegs- und Waffenwesen der wissenschaftlich-objektivistischen Teilnahmslosigkeit recht. Allein, die verwandelte Zeit läßt den Soldaten heute mehr denn je nach der Sinnhaftigkeit und Sinngeborgenheit deutschen Kämpfertums fragen. Von Manstein weiß keine Antwort darauf.

Strategie im Zeichen der Wasserstoffbombe

3. Das Weltbild der Atomkolosse *)

Im Ergebnis ihrer Untersuchung über das Zeitalter der Wasserstoffbombe erklären die amerikanischen Publizisten James Shepley und Clay Blair: „Der Besitz der Wasserstoffbombe ist keine Antwort auf die Fragen, die uns bedrängen. Er zeigt uns auch keinen Weg in eine annehmbare Zukunft. Er verhindert lediglich, daß diese Zukunft schon morgen zu Ende ist. Die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten befinden sich in einer Zwickmühle, darüber besteht kaum ein Zweifel.“ Zwei Atomkolosse seien dazu verurteilt, sich über einer zitternden Welt Auge in Auge anzustarren. Ein anderer Weg sei in nächster Zeit nicht möglich. Nur auf diese Weise sei das Schlimmste zu verhüten. Aber wir müßten uns damit trösten, daß dieser Zustand immer noch besser ist, als die Aussicht, daß nur ein Atomkolosß die zitternde Welt anstarrt.

Als der Zweite Weltkrieg in Europa seinen Höhepunkt erreicht hatte, lag die höchste Geschwindigkeit der Propeller-Flugzeuge bei 480 km/st. Die größte Explosivkraft war die der 5 t schweren TNT-Häuserblock-Knacker. Als der Krieg zu Ende ging, war die Sprengkraft durch die Atombombe auf die unvorstellbare Größe von 20 000 t TNT angewachsen. Die Geschwindigkeit betrug dank der Entwicklung der ersten Düsenjäger 800 km/st. Abermals ein paar Jahre später standen Waffen mit einer Sprengkraft von 45 Millionen TNT und Maschinen mit Überschallgeschwindigkeit zur Verfügung. Es ist unwahrscheinlich, daß die Entwicklung der Bomben in den Jahren, die jetzt vor uns liegen, noch einmal einen ähnlichen „Quantensprung“ machen wird. Aber es ist ziemlich sicher, daß dies in der Entwicklung der Träger der Fall sein wird. Die bemannten Flugzeuge stehen dicht vor der Grenze des Veraltens. Die unbemannten Flugzeuge oder ferngelenkten Geschosse werden sie morgen schon überholt haben und ablösen.

Allerdings, das geben auch die amerikanischen Publizisten zu, sei es unwahrscheinlich, daß ein Volk die physische und psychische Erschütterung eines Abwurfs von 1 000 „veralteten“ Atombomben mit einer Sprengkraft von 500 000 t TNT überleben kann. Das Überleben sei ausgeschlossen, wenn man

Wasserstoffbomben mit einer Sprengwirkung von 45 Millionen t TNT einsetzt.

Wenn die Offensivwaffe einer Nation vernichtet oder so angeschlagen sei, daß sie aktionsunfähig wird, wäre der Krieg im Wasserstoffbomben-Zeitalter zu Ende. Doch die Frage ist: ob der Krieg im Wasserstoffbomben-Zeitalter erst dann zu Ende ist, wenn die Atomoffensivwaffe einer Nation aktionsunfähig wird. Ob der Krieg nicht vielmehr durch die Aktionsfähigkeit der atomaren Offensivwaffen als Krieg aufgehoben und ad absurdum geführt ist, ohne daß noch die Probe des vernichtenden Schlagwechsels stattgefunden hat.

Fast alle militärischen Experten stimmten darin überein, „daß eine allmähliche Mobilisierung der materiellen und personellen Reserven im Falle eines Krieges der Vergangenheit angehört.“ Die angreifenden sowohl wie die verteidigenden Streitkräfte würden in keinem Augenblick des Krieges stärker sein, „als sie es am Tage X zur Stunde 0 sind“. Wenn die Dinge aber so liegen, warum hat man dann nicht den Mut, den Völkern mitzuteilen, daß man nicht mehr in der Lage ist, sie effektiv zu verteidigen. Die Unsicherheit sei ein Element der Kriegführung. Keine Schlacht der Kriegsgeschichte sei bisher nach dem Plan verlaufen, nach dem sie begonnen wurde. Dieses allgemeine Gesetz werde auch für die Atombombenangriffe gelten. Element der Kriegführung? Unsicherheit? Schlacht? Kriegsgeschichte? Seit wann gelten solche Begriffe unter den Vorzeichen von Massenmord und Massenselbstmord?

Überraschung sei zum wichtigsten Bestandteil der Strategie geworden. Ein Angreifer, der das Moment der Überraschung voll ausnützt, könne hoffen, mit dem ersten Schläge die feindliche Vergeltungswaffe und das feindliche Industriepotential zu vernichten — und den Krieg zu entscheiden. Hoffen? Entscheiden? Nichts kann er entscheiden als sein eigenes Ende. Mit der Möglichkeit eines schnellen Erfolges wachse allerdings auch der Unsicherheitsfaktor. Wenn die Offensivwaffe des Angegriffenen den ersten Schlag durch Zufall oder kluge Vorsorge überlebe, werde sich das Blatt gegen den Angreifer wenden. Hoffentlich, damit auch dieser nicht ungestraft in die Geschichte eingeht . . .

*) Die ersten beiden Teile vgl. *Gemeinschaft und Politik* Nr. 1/1956, S. 9 ff.

Das Strategische Bomberkommando der USA sei im Jahre 1954 zu jeder Tages- und Nachtzeit in der Lage gewesen und sei es noch, auf einen Befehl des Präsidenten der USA innerhalb von wenigen Stunden einen vernichtenden Schlag gegen die großen Städte der Sowjetunion zu führen. Zwei Stunden, nachdem das sowjetische Warnsystem den ersten Bomber aufgefaßt habe, würden tausend Atombomben von je 500 000 t TNT-Sprengkraft auf sowjetische Ziele fallen. Die Bomber würden zu gleicher Zeit in einem Bereich von 27 000 km einfliegen und einen Luftraum von einigen 100 Millionen Kubikkilometern in weitausinander gezogenem Verband berühren. Nach 1955 würden die Bomben bei einem solchen Angriff nicht mehr die alten 500 000-t-Bomben sein sondern Wasserstoffbomben mit einer Sprengwirkung von 15 Millionen t TNT. 1000 dieser Bomben würden wenig übrig lassen selbst in einem so weitläufigen Land wie Rußland. Man solle sich indessen nicht in Sicherheit wiegen; denn bald würde die gleiche Statistik für einen Angriff der Sowjets auf die USA gelten.

Ohne das Gleichgewicht der Kräfte nach altem Rezept, sagt man, könne die Welt nicht mehr existieren. Mystische Erneuerungs-ideen vermöchten die Tatsache nicht zu ändern, daß diese Welt noch immer die alte sei und sich nach den alten Rezepten bewege. Es gebe daher auch keinen Ausweg aus dem monströsen Gleichgewicht des Schreckens durch geistige Erneuerung. Wollte man solche reaktionäre und restaurative Abdankung unterschreiben, so wäre unser Zeitalter schon verloren. So haben in der Sicht der Manager des Westens die bar-

barischen Planungen den einzigen Zweck zu garantieren, daß sich diese Welt auch in Zukunft nicht ändert, sondern die alte bleibt. Im Westen nichts Neues, so könnte man sagen: Alles soll beim alten bleiben. Nicht nur als Bilanz der Atomrevolution, sondern sogar als Prognose für morgen.

Kriege sind unvermeidlich, so sagt man, und danach müßten wir uns gegenwärtig noch einrichten. Inzwischen wird sich die Menschheit auf diesen Irrsinn nicht mehr einrichten. Die Völker werden zu dem Schluß kommen, daß die Kriege sich selber vermeiden müssen, wenn Behauptung im Bestande möglich bleiben soll. Weiter als bis zu dem Schluß Churchills, daß der künftige Friede „nur ein Friede der Furcht“ sein könne und alle Sicherheit sich auf die nackte Reagenz der Angst und des Schreckens gründe, scheint man nicht zu gelangen. Jeder Versuch, zu einer Ablösung der an ihrem Ende angelangten alten Welt durch eine neue Ordnung des Zusammenlebens der Völker zu kommen, wird als geistiger Mystizismus abgetan. Dabei wagen es die Atomstrategen noch von Tyrannei zu sprechen, wo sie bereit sind, Hunderte Millionen von Menschen in den Verbrennungsofen zu schicken, „wenn es darauf ankommt“. Wenn sich die westlichen Völker der Tyrannei einer Wasserstoffbomben-Furcht beugen, erklären sie, werde ihre Freiheit sterben, wie sie selbst in einem Wasserstoffbomben-Krieg getötet würden.

Aber die westlichen Völker haben sich längst der Furcht gebeugt, seit man sie unter das Fallbeil der Atom- und Wasserstoffbomben getrieben hat. Seitdem ist die Freiheit tot.

4. Anbruch der Raketenphase

Das erwartete Ereignis ist eingetreten: im Wettlauf um die Entwicklung transkontinentaler Waffenträger hat die Sowjetunion einen Vorsprung vor dem Westen gewonnen. Die Sowjetunion ist dem Stande der Entwicklung in den USA mindestens um ein halbes Jahr voraus. NATO-Oberbefehlshaber General Gruenther hat diese Tatsache auf der letzten Konferenz der Atlantikpakt-Mächte bestätigt. Ministerpräsident Bulganin erklärte Ende vergangenen Jahres, die Sowjetunion sei im Besitz interkontinentaler Raketenwaffen.

Einem Bericht des *Spiegel* zufolge hat die Sowjetunion im europäischen Rußland Abschußrampen für Raketen mit einer Reichweite von 2000 Kilometern errichtet. Die Sowjets seien damit in der Lage, alle

europäischen NATO-Basen auszuschalten. Bald werden sie Raketen mit einer Reichweite von 8000 Kilometern herstellen. Demgegenüber seien die USA erst in etwa fünf Jahren in der Lage, solche nicht ferngelenkten Raketen herzustellen. Nach 1945 hätten beide Weltmächte die Produktion ballistischer, d. h. im Fluge nicht lenkbarer Raketen begonnen. Seit 1951 hätten sich die USA jedoch auf ballistische Raketen nur mittlerer Reichweite (bis 1300 Kilometer) spezialisiert. Für größere Entfernungen hätten sie ein düsengetriebenes, elektronisch gesteuertes Geschöß in der Form eines unbemannten Flugzeuges entwickelt. Man habe in den USA angenommen, daß gelenkte Raketen den geschossenen Raketen an Reichweite und Zielsicherheit überlegen

sind. Die gesteuerte Rakete („Snark“) habe eine Reichweite von 6400 km. Sie sei besonders für den Einsatz nuklearer Waffen konstruiert. Die ersten „Snarks“ könnten jedoch frühestens im Sommer 1956 in Dienst gestellt werden, während die Russen bereits heute über ihre einsatzfähigen ballistischen Raketen verfügen.

Die US-Raketen könnten, von den USA aus gestartet, Europa in etwa 3 Stunden erreichen, während die russischen Raketen, von Mittelrußland aus gestartet, Europa in etwa zwei Stunden erreichten. Die US-Raketen hätten den Nachteil, daß sie als elektronisch gesteuerte Raketen aus ihrer Bahn abgelenkt werden können, was auf ballistische Raketen nicht zutrefte. Die Russen hätten bereits Methoden entwickelt, um die elektronisch gelenkten US-Raketen von ihrem Kurs abzulenken. Damit könnten die Russen ihren jetzigen Vorsprung von einem halben Jahr bis zum Einsatz der US-Rakete (Snark) um weitere zwei bis drei Jahre vergrößern. Die USA seien nunmehr gezwungen, ihre 1951 abgebrochene Produktion ballistischer Fernraketen wieder aufzunehmen, zu deren Entwicklung sie bis etwa 1958 brauchten.

Der Berichterstatter kommt zu dem Ergebnis, daß der Anbruch der Raketenphase entscheidende Bedeutung für die strategische Weltlage habe. „Politiker, Diplomaten und Strategen in aller Welt werden im Jahre 1956 einen neuen Faktor in ihre Kalkulationen einbeziehen müssen: Ihre Planungen und Aktionen werden künftig von einer neuen und gewaltigen technischen Chance der beiden Weltmächte bestimmt sein.“

Die „strategischen Reiz-Zonen des Planeten“ müßten neu lokalisiert werden. Die

Sowjets hätten die Welt nach interkontinental-strategischen Gesichtspunkten neu aufgeschlüsselt. Ihre Interessen seien besonders auf das nordatlantisch-arktische Gebiet zwischen Island, Grönland und Spitzbergen gerichtet. Nach Ausbruch eines Krieges planten die Sowjets, Spezialverbände nach Thule, Spitzbergen und Island zu werfen, um den Amerikanern dort die Raketenbasen zu nehmen und ihre Abschußrampen für interkontinentale Geschosse so weit wie möglich an Amerika heranzuschieben. Gelänge den Sowjets dieser Plan, so sei die gesamte Ostküste der USA mit ihren wichtigen Häfen und Industriegebieten bedroht. Eine weitere Bedrohung erwarte die USA von Nordwesten. Die Alaska gegenüberliegende ostsibirische Tschuktschen-Halbinsel sei eines der wichtigsten Aufmarschgebiete der Sowjets gegen die USA.

Der Referent zieht den Schluß, daß angesichts dieser strategischen Lageveränderung „die Frage der Verteidigung Westeuropas an Bedeutung“ verliere. Seit November 1954 rangiere bereits in den Plänen des Pentagon die Europa-Verteidigung hinter dem nordatlantisch-arktischen Raum und hinter Asien. Damit sei der „fundamentale politische Glaubenssatz der NATO“, der von der Vorstellung einer „atlantischen Schicksalsgemeinschaft der Völker Amerikas und Europas“ ausgehe, ins Wanken geraten. Die Russen seien in der Lage, die USA anzugreifen, „ohne Europa zu besetzen oder es sonst in den Konflikt hineinzuziehen“. Europa sei für die Planungen beider Weltmächte drittrangig geworden, während die Europäer jetzt in die Versuchung gerieten, „sich im Falle eines Weltkonfliktes den Verpflichtungen des Atlantikpaktes zu entziehen“.

5. Illusion der Sicherheit

Unter dem Eindruck dieser sensationellen Feststellungen steht ein Interview, das der Militärkritiker Adelbert Weinstein mit dem Oberbefehlshaber der atlantischen Luftstreitkräfte General Norstad führte und dessen Inhalt unter dem Titel: „Können wir im Atomkrieg verteidigt werden?“ drei Tage nach Veröffentlichung obigen Berichtes erschien¹⁾. Weinstein hatte den General um eine Erklärung über das Atommanöver „Carte Blanche“ des letzten Jahres gebeten, bei dem angenommen wurde, daß rund 350 Atombomben zwischen Seine

und Elbe abgeworfen worden seien. Die Mitteilung habe die deutsche Bevölkerung sehr beunruhigt.

Norstad habe daraufhin die „westliche militärische Philosophie“ formuliert. Er habe erklärt: „Für uns gibt es wirklich nur eine strategische Konzeption, das ist die Abschreckung. Jawohl, wir müssen Atombomben haben, und wir sind sehr stark auf diesem Gebiet. Ich betone es, unsere atomare Bewaffnung ist nicht nur im Verhältnis zum Jahre 1945 als groß zu bezeichnen, nein, nehmen Sie die jetzigen Verhältnisse von 1956, dann kann ich nur wiederholen: Unser Atombombenvorrat ist groß.“ Die westliche Abwehr stehe auf zwei Füßen: Einen

¹⁾ „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ Nr.18/1956, S. 10.

entscheidenden Teil der Verteidigungskraft bildeten die Streitkräfte, die zuschlagen können; der andere Teil sei die Organisation zur Abwehr der feindlichen taktischen Luftstreitkräfte. Beide zusammen ergäben das Instrument, „das, wenn es über Atomwaffen verfügt, den anderen von einer Unüberlegtheit abhält“. In Westeuropa müsse nunmehr ein großzügig gedachtes Luftwarnnetz ausgebaut werden. In Westdeutschland habe man die Apparatur bei den beiden taktischen Luftflotten, die hier untergebracht seien, „nach vorwärts zu verlängern“.

Dazu stellt Weinstein fest, daß die Errichtung von Luftwarnnetzen problematisch geworden ist. Radarstrahlen reichten nicht mehr aus, um eine einwandfreie Warnung zu gewährleisten. Das Radar könne von Flugzeugen aus gestört werden. Die Amerikaner nennen das „Jamming“, d. h. Blindmachen des Radargeräts. Zum anderen sei die Lage Europas eine andere als die der USA. Während die Amerikaner in der Lage seien, ihr Radarsystem in mehreren Zäunen gestaffelt, die sich bis in die Arktis vorschieben, hintereinander zu errichten, wobei noch schwimmende und fliegende Warnstationen im Pazifik und Atlantik zur Verfügung stehen, beginne das Warnnetz Europas direkt bei den gefährdeten Gebieten. Damit sei eine rechtzeitige Warnung kaum noch möglich. Die Sowjets benötigten bis in den Raum von London und Paris nur eine Anflugzeit von 7 Minuten, während die westliche Gegenaktion vom Eisernen Vorhang bis Moskau 70 Minuten benötige. Hamburg, Frankfurt, das Ruhrgebiet seien vom Osten in 2 bis 3 Minuten erreichbar. Selbst wenn man unterstelle, daß das Radarsystem ungestört arbeite, müsse bei einer solchen „Zeit-Situation“ ein europäisches Luftwarnsystem illusorisch bleiben. Vor der Linie Brüssel, Reims, Nancy, Besançon könnten im Augenblick überhaupt keine feindlichen Flugzeuge abgewehrt werden. Das östliche Frankreich, die Bundesrepublik und Holland müßten somit ohne jeden Jagdschutz bleiben.

Indessen sei es unmöglich, die Linie des Radarwarnsystems bis an den Eisernen Vorhang vorzuschieben, da nur in militärisch einigermmaßen gesicherten Gebieten solche Stützpunkte aufgebaut werden können. Auch genüge es nicht, etwa im Raume von Hamburg und Frankfurt große Radarzentren aufzubauen. Die Masse Westdeutschlands bliebe selbst bei einer solchen Linie aus der „Sicherheit“ ausgeschlossen. Diese Lage sei für uns unerträglich. Da der Radarstrahl 600 km weit wirkt und die

Geräte auf größeren Höhen aufgebaut sein müßten, schlägt Weinstein ein großangelegtes Warnsystem in Skandinavien und im Alpenmassiv vor. Dadurch sei es möglich, den ganzen sowjetischen Raum radarmäßig zu erfassen, aus dessen Tiefe feindliche Geschwader heranfliegen könnten. Nur so könne die Auffanglinie bis zur Linie Lübeck, Münster i. Westf., Straßburg vorverlegt werden, wobei der Raum um München durch die Aufstellungen im Alpenmassiv abgedeckt würde.

Solange ein Teil Westdeutschlands infolge der jetzigen Auffanglinie ohne Jagdschutz bleibe, müsse unser Gebiet durch Raketenwaffen geschützt werden, etwa durch die Nike-Raketenbatterien, mit denen zahlreiche amerikanische Städte sich bereits umgeben haben. Da diese Abwehrwaffen aber nur magnetisch arbeiten, könnten sie durch einen feindlichen Flugzeugpulk wirkungslos hindurchfliegen, ohne ihr Ziel überhaupt zu treffen. Daraus folgert Weinstein: Die Abschreckung sei nur möglich, und das Gleichgewicht mit einem feindlichen Terror sei erst dann hergestellt, wenn eine vorzügliche Organisation die atomaren Waffen in den Feind hineintrage und außerdem eine ebenso vorzügliche Einrichtung die feindlichen Atomträger hindere, unser Gebiet zu erreichen. Aber bei aller Perfektion würden wir zu einer absoluten Sicherheit niemals kommen. „Zu der militärischen Abschreckungstheorie gehört deshalb die politische Reife unserer Staatsmänner, zu erkennen, daß die atomare Kraft auch eine völlige Verschiebung des bisher gewöhnten politischen Bildes herbeigeführt hat. Unsere moralische und unsere sittliche Haltung werden deshalb in Zukunft darüber bestimmen, ob die Welt sich in das Chaos eines atomaren Krieges stürzt.“

Die Revolutionierung der Waffenträger setzt die Revolutionierung der Waffen fort, wie wir sie mit den beiden aufeinander folgenden atomaren und nuklearen Revolutionen erlebt haben. Die militärischen Überlegungen konzentrieren sich jetzt darauf, die Voraussetzungen für den Vernichtungs-Automatismus des Raketenkrieges zu garantieren. Der „Krieg“ wird um die Sicherung der Startbasen für diesen Automatismus geführt. Von denen aus wird die perfektionierte Raserei über Tausende von Kilometern her in Gang gesetzt. Der Einzelne und die Völker stehen außerhalb des kriegerischen Geschehens und haben nur insoweit Bedeutung, als sie den Vollzug in seinen Voraussetzungen sicherzustellen haben.

Geopolitik oder Imperialismus?

Vom planetarischen Machtdenken zum raumgesetzlichen Ordnungsdenken

ERNST VAN LOEN

Geopolitik ist raumordnende Politik, Imperialismus ist raumvergewaltigende Politik. Ausschlaggebend für die künftige Entwicklung in der Welt ist nach Karl Jaspers die Entscheidung für Welt-Imperium oder Welt-Ordnung¹⁾. Für uns ist die Frage „Imperium oder Ordnung?“ entscheidend für eine sinnvolle Lösung der gegenwärtigen Weltkrise.

Carl Schmitt untersucht die Geschichte der raumeinteilenden Ordnungsprinzipien, die bisher in der Welt wirksam waren und die er Nomoi (Nomos) nennt²⁾. Er gelangt dabei zu folgendem Ergebnis: Das erste große Ordnungsprinzip der Menschheit ist vor 500 Jahren zusammengebrochen. In der langen Periode dieses Ur-Nomos der Erde hatte die Menschheit noch keine klare Vorstellung von dem Planeten. Die Ozeane waren noch keiner menschlichen Machtentfaltung und damit auch keiner politischen Weltmachtbildung zugänglich.

Die Entdeckung Amerikas führte zur Herausbildung eines zweiten Raumordnungsprinzips, das Schmitt als den europazentrischen Nomos der Erde bezeichnet. Mit der Eroberung der neu entdeckten Länder und Meere und dem Übergang Englands zur maritimen Existenz kam es zu einer völkerrechtlichen Raumordnung in Gestalt eines Jus Publicum Europaeum. Damit wurde eine von Europa ausgehende und die Welt nach „Freundschaftslinien“ aufteilende imperialistische Weltepoche eröffnet. Dieser zweite Nomos zerbrach mit dem Ersten Weltkrieg. Seither steht die Welt vor der Aufgabe, ein neues Ordnungsprinzip zu begründen.

Kampf um das neue Weltordnungsprinzip

Noch der Zweite Weltkrieg stand im Zeichen der Auseinandersetzung um das neue Ordnungsbild. Auch er brachte keine Entscheidung. Er warf uns vielmehr in die Auseinandersetzung um den zerbrochenen imperialistischen Nomos zurück. Er brachte noch einmal einen Scheinsieg der kapitalistischen und sozialistischen Mächte, die sich bereits im 19. Jahrhundert mit ihren Weltherrschaftszielen alternativ gegenüberstanden. 1945 wurde das Bewußtsein der Welt über die wirkliche Lage getäuscht.

Die Lage nach dem Zweiten Weltkrieg unterscheidet sich von derjenigen nach dem Ersten Weltkrieg dadurch, daß der Pluralismus der imperialistischen Weltkräfte, wie er die Periode des zweiten Erdnomos bestimmt hatte, abgelöst worden ist durch den Kampf der konkurrierenden Imperialismen um die Vorherrschaft in der Welt, um die monistische Form einer Welthegemonie durch einen einzigen Herrn der Erde. Diese Entwicklung hat im Gegensatz zwischen westlichem und östlichem Imperialismus ihren Ausdruck gefunden.

¹⁾ Karl Jaspers, Ursprung und Ziel der Geschichte: Piper & Co., München 1949.

²⁾ Carl Schmitt, Der Nomos der Erde im Völkerrecht des Jus Publicum Europaeum, Greven Verlag Köln, 1950, sowie: Der neue Nomos der Erde, *Gemeinschaft und Politik* Nr. 1/1955 S. 7 ff.

Mit dem Einbruch des Atomzeitalters ist der imperialistische Nomos der Erde endgültig in Frage gestellt. Die Atomsackgasse ist zugleich die Sackgasse des zweiten Nomos. Seitdem die Atomkolosse sich Auge in Auge gegenüberstehen, hindern sie sich gegenseitig an der Durchsetzung ihrer Weltherrschaftsziele. Nur eine von Grund auf gewandelte Welt wird einen Ausweg aus den Widersprüchen dieser Sackgasse finden. Unter dem Druck der atomaren Tatsachen wird die Wende zu einem neuen Nomos der Erde erzwungen.

Drei Versuche zur Lösung der Weltkrise

Schmitt sieht drei Möglichkeiten tatsächlicher Weiterentwicklung. Erstens sieht er den Versuch, den erstarrten Weltgegensatz durch einseitige Gewaltanwendung zu sprengen. Damit würde an die Stelle imperialistischer Prinzipien eine einzige mechanistisch-materialistische Weltdiktatur treten. Solche Lösung würde kein neues Ordnungsprinzip, sondern das Chaos begründen. Diese „Lösung“ würde die Welt in den atomaren Verbrennungsofen schicken.

Zweitens gebe es den Versuch, das vom Meer aus errichtete atlantische Weltimperium im Übergang der Rolle Englands auf die USA mit den neuen Mitteln wieder herzustellen und zu sichern. Ein solcher Versuch müßte als Hegemonie der angloamerikanischen Weltmächte und des durch sie repräsentierten westlichen Kapitalismus betrachtet werden. Diese Lösung würde die Aufrechterhaltung des imperialistischen Gegensatzes von Ost und West und damit die Verewigung der Weltspaltung sowie der Aufspaltung Europas und Deutschlands zur Folge haben. Aber die Geschichte bleibt nicht stehen.

Drittens bleibe der Versuch, durch die Idee eines neuen Gleichgewichts der Erde eine neue Weltordnung zu begründen in der Weise, daß sich mehrere selbständige Großräume bilden, die unter sich ein neues Gleichgewicht suchen. Diese Lösung ist geschichtlich am Zuge. Sie erzwingt sich im gleichen Maße, wie die anderen Lösungen sich ausschließen. Wenn die Erstarrung des Weltgegensatzes nicht fortsetzbar ist, aber auch eine gegenseitige Überwältigung der imperialistischen Rivalen ausgeschlossen bleibt, werden sich diese auf sich selber zurückziehen müssen und dadurch den nicht unmittelbar an ihrem Gegensatz beteiligten Völkern und Kontinenten die Möglichkeit einer selbständigen Entwicklung eröffnen. Mit dieser Lösung stellt sich ein zwischenkontinentaler Pluralismus von selber her.

Europa in der Welt von morgen

In der neuen zwischenkontinentalen Gleichgewichtsordnung der Welt wäre Europa einer der kommenden Großräume. Dieses Europa reicht von Finnland bis Gibraltar, von Narvik bis zum Schwarzen Meer, vom Atlantik bis zu den westslawischen bzw. ostslawischen Gebieten. Dieser Raum darf von keiner imperialistischen Weltmacht für sich beansprucht, von keiner mechanistischen Weltmolochlösung östlicher oder westlicher Prägung verschluckt und eingeebnet werden. Der Gesamttraum Europa hat in der vor uns liegenden und von allen Seiten sichtbar auf uns zukommenden Weltepoche die Funktion einer Hebelkraft, jetzt zwischen den beiden erstarrten Atomkolossen, morgen zwischen den asiatischen und afrikanischen Kontinenten.

Dieses Groß-Europa ist weder nur maritim, noch nur kontinental. Es kann in keinem einseitigen Weltherrschaftssystem politisch oder geistig verortet werden.

Europa wird seine Struktur, seine kontinentale Ordnung und sein interkontinentales Gewicht aus der neuen Sicht einer föderativen Weltordnung erfahren. Es wird weder östlich kollektivistisch noch westlich hybride im Sinne der atlantisch-kapitalistischen Weltreichvorstellung sein. Es wird eben Europa sein, Abendland, eigener, unverzichtbarer, unnachahmlicher Lebensraum seiner Völker. Damit erhält es seine unverlierbare Aufgabe, als gestaltende Kraft in der Welt zu wirken und zu neuen Formen der inneren und äußeren Weltbefriedung beizutragen. Es betrachtet sich weder als russisch-asiatischen Wurmfortsatz noch als atlantischen Satelliten.

Zwei Formen des Weltimperialismus

Ost und West stehen sich als zwei Formen des Imperialismus gegenüber. Wir aber stehen an der Wende des imperialistischen Weltherrschaftsdenkens zum geopolitischen Raumordnungsdenken. Der West-Ost-Gegensatz muß über alle ideologische und machtpolitische Rivalität hinweg als reaktionäre Alternative zu einem neuen Ordnungsdenken gesehen werden. Der territoriale Imperialismus des Kommunismus steht zwar gegen den maritimen und durch atomaren Ausgriff in die dritte Dimension verstärkten Imperialismus der angelsächsischen Welt. Er steht in noch schärferem Gegensatz zu dem Bemühen um ein neues Ordnungsbild. Ebenso steht der anglo-amerikanische Imperialismus nicht nur gegen den territorialen Imperialismus des Ostens, sondern gegen jedes neue Ordnungsbild. Der eigentlich geschichtliche Gegensatz ist also nicht der zwischen östlichem und westlichem Imperialismus, sondern der zwischen einem neuen Ordnungsdenken und dem imperialistischen Weltherrschaftsdenken. In diesem Sinne gilt die Alternative von Geopolitik oder Imperialismus.

Gemeinsam ist Ost und West die Ablehnung jedes substanzhaften und raumbundenen Ordnungsdenkens. Beide sind durch das gemeinsame materialistische Weltbild im Hintergrunde ihres Imperialismus auf Gedeih und Verderb aneinander gekettet. Der rote Imperialismus ist ein territorial-globaler Weltimperialismus, der an die Tradition Dschingis-Chans anknüpft. Er möchte die Welt in ein einziges russisches Imperium verwandeln und im Sinne Dostojewskis „alle Menschen zu Russen“ machen. Der westliche Imperialismus ist ein maritim-globaler Weltimperialismus, der an die Tradition des europäischen Kolonialismus anknüpft. Beide bedienen sich für ihre Ziele jetzt der neuen stratosphärischen Dimension.

Der geopolitische Sinn des Ost-West-Gegensatzes

In der Rivalität der beiden Imperialismen sieht Carl Schmitt den „elementar-geschichtlichen Gegensatz“ der Gegenwart. Er sieht in ihm den „reinen Gegensatz zwischen Land und Meer“, zu dem sich die Geschichte jetzt unter höchsten Spannungen hinaufgesteigert habe. Aber der wirklich elementar-geschichtliche Gegensatz unserer Zeit ist nicht der Gegensatz zwischen Ost und West, wie zwischen Land- und Meer-Imperialismen, sondern zwischen den imperialistischen Kräften der vergangenen zweiten Nomos-Periode der Menschheit und den föderativ-geopolitischen Kräften der kommenden Periode einer neuen Weltordnung.

Die Eroberung der dritten Dimension, der Luft, hat nach Schmitt das Gleichgewicht zwischen den beiden imperialistischen Weltmachtblöcken aufgehoben. Schmitt sieht die Aufhebung in der Tatsache, daß die dritte Dimension sowohl der westlichen wie der östlichen Seite zur Verfügung steht. Indem zwischen beiden

Seiten das Gleichgewicht des Schreckens hergestellt ist, haben sie die Möglichkeit eines Ringens miteinander auf gemeinsamer Ebene und des Messens ihrer Kräfte verloren. Der Gegensatz scheitert am Eintritt in die geopolitisch neue Dimension der Luft, womit der elementare Gegensatz von Land und Meer auch strategisch überholt wird. Die atomare Erstarrung der Imperialismen hat dazu geführt, daß beiden Seiten die Tür zu ihren globalen Zielen zugeschlagen ist. Jede Seite hindert die andere daran, zum Zuge zu kommen.

Die wahre geschichtliche Entscheidung unserer Zeit kommt im Ost-West-Gegensatz nicht mehr zum Ausdruck. Es geht nicht darum, ob die künftige Weltordnung in Form eines vom Lande oder vom Meer aus zu errichtenden Weltimperiums begründet wird, vielmehr um die Entscheidung zwischen Welt Herrschaftsdenken und Weltordnungsdenken. Die Weltreichidee steht in Frage. Der Kampf um die neue Sinngebung der Erde ist in der Weise entbrannt, daß um das terrestrische Schicksal der Menschheit gerungen wird. Hier stehen wir vor der Alternative, ob dieses Schicksal imperialistisch — gleichgültig ob westlicher oder östlicher Prägung — oder geopolitisch-konstruktiv bewältigt wird.

Das terrestrische Ordnungsdenken

Der Begriff des terrestrischen Ordnungsdenkens ist von vornherein gegen imperialistische Mißverständnisse abzugrenzen. Das Schwergewicht verlagert sich in ein Denken von der Erde her. Der Mensch ist weder Fisch noch Vogel, auch kein Amphibium. Der Mensch ist ein erdgebundenes Wesen. Die Abkehr von einseitig-maritim- oder territorial-strategischem Machtdenken ist notwendig. Die Frage kreist um die Lebensordnung der Völker im Raum des ihnen vorbestimmten Schicksals. „Wir suchen das Sinnreich der Erde“, das weder vom Meer, noch aus der Luft, noch im Trieb eines landfressenden Nomadentums gefunden und gestaltet werden kann.

Der westliche Materialismus will über das weltweite System einer strategischen Meer- und Luftherrschaft die Macht über die Landmassen der Erde und der auf ihnen lebenden Völker gewinnen. Selbst dieser maritim-globale Imperialismus kann nur von „Landmächten“ ausgehen, von Völkern, die die Erde bewohnen. Solche Völker sehen die Welt nicht mit den Augen derer, denen es bestimmt ist, ihr Dasein nach den Notwendigkeiten des Zusammenlebens mit anderen im Gravitationsraum der Kontinente zu gestalten. Im Weltbild atmosphärischer Strategen existiert das Land nur als Gestade, als Objekt imperialer Ausgriffe, als Ziel von Eroberung und Ausbeutung.

Terrestrisches Denken bedeutet aber auch existentiellen Gegensatz zu jedem vom Lande selbst ausgehenden Versuch, die Erde als Landmasse unter global-territoriale Übermacht und Diktatur zu zwingen. Territorialer Imperialismus leugnet ebenso wie maritim-globaler die organischen Zusammenhänge von Mensch und Raum und die Wahrheit des terrestrischen Völkerdaseins. Er unterscheidet sich von diesem durch die Methode seiner imperialistischen Durchdringung des Raumes. Der maritime Imperialismus bedient sich der indirekten Macht. Meer und Luft bieten keine Grundlage für direkte Machtausübung. Dagegen stützt sich der territoriale Imperialismus auf direkte Verankerung seiner Macht durch das System offener Unterwerfung. Er ist zentralistisch-terroristisch, hunnisch-barbarisch. Der maritime Imperialismus dagegen ist dezentralistisch, subtil-terroristisch.

Er muß sich verfeinerter Methoden bedienen. Sein Konformismus aber ist für den Einzelnen ebenso unentrinnbar wie der Konformismus der territorialen Globaldiktatur.

Terrestrisch denken heißt: erdhaft denken, erdgemäß, erdgebunden, bodenständig, wurzelhaft, raumgemäß, raumordentlich, landschaftlich, gestalthaft, unterscheidend, begrenzend, seßhaft, befriedend, umfriedend, volkhaft, kulturstrebig, gemeinschaftsbildend, föderativ, polar, plural, transzendent. Der Gegensatz ist: erdfremd, erdfeindlich, ungebunden, umherschweifend, grenzenlos, gestaltlos, nivellierend, Unterschiede verwischend, aufhebend, entwurzelnd, mechanistisch, technizistisch, rein zivilisatorisch, gemeinschaftsauflösend, chaotisch, Leere verbreitend, Leere hinterlassend, zerstörerisch, niederreißend, kriegerisch, Unruhe stiftend, vom Unfrieden lebend, anarchisch, aggressiv, tyrannisch, herrisch, raum- und länderfressend, zentralistisch, monistisch, materialistisch, universalistisch.

Die Merkmale des Gegensatzes — zum terrestrischen Denken — treffen für westlichen Kapitalismus wie für östlichen Kollektivismus zu. Beide sind anarchisch, nomadenhaft, erdzerstörerisch. Mit ihrem atomaren Nihilismus enthüllen sie nur eine Barbarei, die ihnen existentiell gemeinsam ist. Gegen beide steht das sinn- und ordnungsgebundene Denken, das vom Gesetz der Erde ausgeht. Dem System der westlichen Erdfeindschaft entspricht die Anonymisierung der Macht, das System der potestas indirecta, das umherschweifende Kapital, der schizoide Eigentumsbegriff, die mobile Aktie, der subtile Terror durch Strangulierung der materiellen Lebensbasis bei gleichzeitigem Zwang der Einzelnen unter das System einer abstrakten Massengesellschaft. Dem Stil des östlichen Imperialismus entspricht die militante Dampfwalze, die Aggression in Permanenz, planmäßige Entwurzelung der Völker, grober, offener Terrorismus mit Zwangsarbeit und Internierung. Beide sind Formen des Leviathan, der Unfreiheit, der Enterbung der Menschenwürde, der Denaturierung der Erde und des Menschen auf ihr.

Zweierlei Koexistenz

Von daher haben wir die geopolitischen Grundbegriffe auf ihre Substanzmitte zurückzuführen. Dabei stehen die Begriffe der Koexistenz und Koordination im Vordergrund. Unter Koexistenz verstehen wir das elementare Nebeneinander- und Miteinandersein der Völker, ihr Zusammenleben in gegenseitiger Mitverantwortung für Wohlfahrt und Frieden. Als Koordination begreifen wir die Ordnung dieses Zusammenlebens, die Prinzipien einer auf Koexistenz begründeten Völkergemeinschaft. Koexistenz und Koordination sind die grundlegenden Probleme der Völkergemeinschaft im Atomzeitalter. Es geht hier nicht um bloße Formelkompromisse, um Interessenabsprachen und -abgrenzungen, erst recht nicht nur um juristische Zurechnungspunkte einer universalistischen Weltrechtskonzeption. Es geht um Substanzgemeinschaft und Raumgemeinschaft der Völker.

Die Zeit der universalistischen Selbstentfremdung der Völker und des gigantischen Mißbrauchs rechtlicher Begriffe ist zu Ende. Die völkerrechtlichen Vorstellungen werden wieder vor ihren natürlichen Hintergrund gerückt. Völker, Lebensraum, der Großraum als kontinentale Ordnung, Kontinent und interkontinentale Weltordnung als Weltgemeinschaft der Völker sind Schwerpunkte eines künftigen Völkerrechtsdenkens und einer ihm zugeordneten föderativen Weltverfassung.

Der Begriff der Koexistenz ist durch die Propaganda des Ostens belastet. Er wurde zur Formel imperialistischer Strategie. Die leninistisch-stalinistische Dialektik hat sich des Begriffes bemächtigt und braucht ihn als taktische Brücke für ihr sogenanntes „Völkerrecht der Übergangszeit.“ Der Westen sieht darin eine Betrugsformel zur Einschläferung der kapitalistischen Umwelt. Der Westen glaubt an keine „Koexistenz“ zwischen östlichem und westlichem Materialismus. Er sieht in der östlichen Koexistenz-Parole nur den Versuch, das Verhältnis des Mörders zu seinem Opfer zu verschleiern. Aber für den Westen gilt „die Mörder sind unter uns“ ... in dem tieferen Sinne, daß die Feindschaft zwischen den beiden Materialismen auf die mörderische Identität eines gemeinsamen lebensfeindlichen Nihilismus hinweist.

Der Ost-West-Gegensatz ist ein Klassenkampf im Weltmaßstab. Dieser Klassenkampf hat die Staats- und Verfassungslage der Demokratie gesprengt, indem er auf internationaler Ebene zwischenstaatliche Form angenommen hat. Koexistenz im Sinne des Ostens wäre daher die Formel für vorübergehende taktische Ausnutzung der Klassenkampflage. Sie kennzeichnet den status quo der gegenwärtigen weltpolitischen Sackgasse, in die Ost und West geraten sind. Koexistenz im geopolitischen Sinne dagegen ist die Kernfrage jeder völkerrechtlichen Neuordnung der Welt. Sie ist die Strukturfrage einer kommenden föderativen Weltverfassung.

Geopolitik als Möglichkeit der Weltbefriedung

Die Erde besinnt sich auf ihr wahres Lebensgesetz. Die aufbrechenden Bewegungen Asiens, Afrikas und Europas klingen in ihrem Bekenntnis zur geopolitischen Weltwende zusammen. Die Völker sind auf dem Wege in ein neues terrestrisches Zeitalter, das eine Weltgerechtigkeit jenseits von Materialismus, Imperialismus, Kolonialismus und Terrorismus herbeiführen wird. Geschichte wird wieder als Schicksal echter Koexistenz erlebt, der Raum als Auftrag und Wagnis einer Koordination von Völkern begriffen.

Damit steht Geopolitik in klarem Gegensatz zu jeder Form mechanistischen und substanzlosen Macht- und Herrschaftsdenkens. Sie steht in definitivem Gegensatz zu allen hegemonialen und imperialen Theorien der Macht. Geopolitik ist existentieller Antimaterialismus, im Atomzeitalter konstruktiver Antinihilismus und revolutionärer Humanismus.

Geopolitik steht gegen den territorial-stratosphärischen Imperialismus des Ostens wie den stratosphärisch-maritimen Imperialismus des Westens. Sie ist der Ausdruck eines organischen und schöpferischen Raumordnungsdenkens. Sie ist zuinnerst gebunden an das Freiheitsgesetz der Völker, an das ewige und unantastbare Recht des Menschen, sein Schicksal auf dieser Erde im Rahmen seiner natürlichen und geistigen Bindungen zu bestimmen.

Im Zeichen dieser Sinndeutung des gegenwärtigen Weltgeschehens hat die Stunde einer neuen Geopolitik geschlagen. Sie ist der entscheidende Denkversuch, ja der entscheidende geistige Vorstoß aller verantwortungsbewußten Kräfte der Erde, die Sackgasse des Imperialismus abzubauen und die in ihr zu Ende gehende Epoche mechanistischen und materialistischen Machtdenkens zu überwinden.

Das hessische Zonengrenzgebiet

Im Schatten der Konjunktur

WILHELM ZIEGLER

Hessen war niemals Grenzland, vielmehr immer ein typisches Durchgangsland und eine Art Schwelle zwischen Nord und Süd, Ost und West. Dieser geopolitische Grundcharakter des Landes Hessen hat seit der Aufteilung Deutschlands in verschiedene Besatzungsgebiete und besonders seit dem hermetischen Herablassen des „Eisernen Vorhanges“ im Mai 1952 eine einschneidende Änderung erfahren.

Hessen grenzt heute in einer Länge von 268 km unmittelbar an die mitteldeutsche demokratische Republik. Es teilt dieses Schicksal mit den Bundesländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern. Doch ist die hessische Zonengrenze, wie schon ein flüchtiger Blick auf die Karte zeigt, die am meisten verschlungene und ausgezackte. Sie weist mehrere leicht verwundbare Punkte auf, insbesondere in der Nähe der beiden Kalischächte Heringen (Wintershall) und Philippstal (Salzdetfurth) infolge deren exponierter Lage, wie sich im Mai 1952 alsbald herausgestellt hat, außerdem im Südzipfel des Ringgaues um Herleshausen und in dem Zipfel des Ulstertales in der Rhön um Tann. Überhaupt schiebt sich die Zonengrenze im hessischen Bereich am weitesten nach Westen vor. So liegt die Stadt Kassel jetzt nur noch rd. 30 km von der Zonengrenze entfernt, Fulda 25 km, Witzenhausen 5 km, Bad Soden-Allendorf 1 km, Eschwege 3 km und Hünfeld etwa 8 km.

Die willkürliche und plötzliche Grenzziehung hat nicht nur für die unmittelbar betroffenen Kreise, sondern für ganz Nordhessen und damit für das Land Hessen insgesamt zu ernststen Komplikationen geführt. Sie hat organisch Zusammengehöriges und historisch zusammengewachsenes zerschnitten. Hierzu trat seit 1946 das Einströmen Hunderttausender von Heimatvertriebenen (bis 30. September 1955 807 000) und das unaufhörliche Eintreffen von Zuwanderern aus der sowjetischen Besatzungszone bzw. DDR (bis 30. September 1955: insgesamt 271 000, darunter rd. 32 000 Ausländer) — also zusammen 1 110 000 Personen.

Zonenrandgebiet und Sanierungsgebiet

Es gibt in Hessen, entsprechend der Einteilung durch die Bundesregierung, zwei Gruppen von hilfsbedürftigen Gebieten:

1. Das **Zonenrandgebiet**, wie es heute im amtlichen Sprachgebrauch heißt. In diesem liegen die Stadt- und Landkreise, deren Fläche und Bevölkerung zu einem überwiegenden Teil innerhalb eines 40-km-Streifens längs der Zonengrenze liegt. Es sind dies die Kreise: Hofgeismar, Kassel-Stadt, Kassel-Land, Melsungen, Witzenhausen, Eschwege, Rotenburg, Hersfeld, Hünfeld, Fulda-Stadt, Fulda-Land, Schlüchtern und Lauterbach. Das Gebiet umfaßt rd. 20% der Bevölkerung und rd. 28% der Fläche des Landes Hessen.

2. Die Sanierungsgebiete. Hierunter fallen gewerblich ausgerichtete Gebiete mit mindestens 100 000 Einwohnern, in denen im Durchschnitt mindestens 19% der unselbständigen Erwerbspersonen arbeitslos sind, und landwirtschaftlich ausgerichtete Gebiete von mindestens der Größe eines Landkreises, in denen auf 100 000 DM landwirtschaftliches Betriebsvermögen 80 landwirtschaftliche Berufsangehörige ohne Erwerbsmöglichkeit fallen. Zu den Sanierungsgebieten gehören die Kreise: Eschwege, Rotenburg, Ziegenhain und Teile der Kreise Wolfhagen, Waldeck, Witzenhausen, Melsungen, Fritzlar-Homberg, Marburg-Land, Frankenberg, Alsfeld, Lauterbach, Fulda-Land, Hünfeld, Schlüchtern, Büdingen Gelnhausen. Diese Bezirke gruppieren sich um die drei Schwerpunkte des Sanierungsprogramms: Kasseler Ring, Hohe Rhön, Vogelsberg.

Die mitteldeutsche Verkehrsordnung ist zerschnitten

Am schlimmsten hat sich das Zerschneiden der Verkehrsverbindungen auf die grenznahen Gebiete ausgewirkt. Zerschnitten sind die drei internationalen Eisenbahnfernstrecken Frankfurt a. M. - Berlin bzw. Leipzig über Bebra; Kassel-Berlin bzw. Leipzig über Eichenberg; Kassel-Bebra, von da Anschluß nach Berlin bzw. Leipzig. Alle drei Strecken waren Hauptdiagonalen im deutschen Verkehrsnetz. Dazu kommen die Nebenstrecken Treysa - Eschwege - Leinefelde; Eschwege-Treffurt - Philippsthal - Eisenach; Herleshausen - Heringen - Philippsthal; Vacha-Tann - Wüstensachsen; Hünfeld - Wenigentaft - Salzungen, sowie zwei Postomnibuslinien im Bezirk Eschwege, die Reichsautobahn Frankfurt a. M. bzw. Kassel-Hersfeld - Eisenach - Halle und fünf ehemalige Reichsstraßen, darunter die historische Reichsstraße Fulda - Eisenach - Weimar - Halle - Leipzig (Berlin), über welche Edwin Redslob sein bekanntes Buch „Des Reiches Straße“ schrieb.

Alle diese Verkehrswege gehörten zu den Hauptverkehrsadern des Reiches. Sie waren die natürlichen Verbindungslinien zwischen der Oberrheinischen Tiefebene bzw. der Rhein-Mainebene und Mittel-, Nieder- und Ostdeutschland sowie zwischen Westfalen und Mitteldeutschland. Von Mainz und Worms über Frankfurt und Fulda lief seit zwei Jahrtausenden die große Völkerstraße nach Thüringen und Sachsen über die Gerstunger oder Vachaer Schwelle ins Werratal und eine weitere Völkerstraße durch die Wetterau und das Lahntal über die Neustädter Schwelle die Fulda abwärts über Kassel zur Weser oder zur Leine nach Niederdeutschland.

In diesem Raume waren früher Kassel und Bebra Hauptknotenpunkte des deutschen und mitteleuropäischen Verkehrsnetzes. Wer heute die Bahnhöfe Kassel und Bebra passiert und den Verkehr mit früher vergleicht, erkennt ohne weiteres den für diesen Grenzraum bedauerlichen Wandel der Zeiten.

Aber auch regional hat die Zonengrenze im nordhessischen Raum die natürliche Einheit von Kassel, Eschwege und Hersfeld mit dem Hinterland im Eichsfeld und in Thüringen zerschnitten. Im Unterschied zu der Verwaltungsgrenze bildeten nämlich der hessische Raum um Kassel und der thüringische Raum um Mühlhausen früher eine wirtschaftliche Einheit. Das gleiche Schicksal hat den Raum um Fulda getroffen. Auch hier ist eine jahrhundertealte Einheit mit den ehemals fuldischen Gebieten der thüringischen Rhön, insbesondere dem Amt Geisa, durch die Zonen-

grenze zerrissen. Die einzige Lücke, die noch nach dem Osten besteht, ist die Bahnübergangsstelle bei Obersuhl und die Straßenübergangsstelle bei Herleshausen.

Zwar weiß jeder Kenner der Verhältnisse, daß das Land Hessen schon vor dem Zweiten Weltkrieg gewisse „Sorgenkinder“ hatte, z. B. die Gebiete des hohen Vogelsberges und des Knülls, und daß im Grenzgebiet der „hohen Rhön“ auch früher die Armut zu Hause war. Aber jeder Blick in die Statistik zeigt, daß die Zonengrenzkreise infolge der Grenzziehung durch die Besatzungsmächte einer besonders ernstlichen Belastungsprobe ausgesetzt worden sind. Hier hat die einseitige Abschnürung von Mitteldeutschland eine besonders schwierige soziale und wirtschaftliche Lage hervorgerufen. Die heutige Produktionskapazität in diesem Gebiet steht nicht mehr in einem angemessenen Verhältnis zu dem Bevölkerungsdruck, dem gerade diese Gebiete durch die erwähnten Erscheinungen ausgesetzt sind.

Die natürliche Folge ist eine Tendenz der Abwanderung aus diesen Gebieten. Zum Teil geht diese auf die „Landflucht“ zurück, zumal die nordhessischen Gebiete trotz großer Anstrengungen für gewerbliche Intensivierung zu sehr agrarischer Natur sind. Aber die Tendenz zur Abwanderung ist ebenso sehr eine Folge des „Eisernen Vorhanges“. Zwar nehmen Industriestädte wie Kassel, Fulda und Hersfeld einen Teil der „Landflüchtigen“ auf, im ganzen ergibt sich jedoch ein Abwanderungsplus. Die Errichtung neuer industrieller Betriebe in den Zonengrenzgebieten hält nicht Schritt mit der Entwicklung im südhessischen Raum. Ähnlich steht es mit dem Zuwachs an neuen Wohnungen. Dementsprechend ist die Konsumkraft der Bevölkerung wesentlich schwächer als im südhessischen Raum.

Das System der regionalen Förderungsmaßnahmen

Der Fall „Zonengrenzgebiete“ liegt allerdings keineswegs hoffnungslos. Die Stadt Kassel und die demolierten ehemaligen Rüstungsanlagen im nordhessischen Raum sind, ebenso wie z. B. die Stadt Fulda, verglichen mit dem Bild der Verwüstung von 1945, nicht wiederzuerkennen. Es herrscht überall eine sichtbare Dynamik der Selbstbehauptung und des Wiederaufbaus. Dies ist zunächst den eigenen Bemühungen der hessischen Verwaltung, Wirtschaft und Landwirtschaft, also der regionalen und lokalen Selbsthilfe zu verdanken, aber auch den tätigen Bemühungen der Bundesregierung, die seit 1953 eingesetzt haben.

Parallel mit den Hilfsmaßnahmen des Landes hat sich im Laufe der letzten drei Jahre ein System von „regionalen Förderungsmaßnahmen“ seitens der Bundesregierung entwickelt. Diese Maßnahmen bestehen aus Steuererleichterungen (Sonderabschreibungen, Investitionsrücklagen), Frachthilfe und Mehrfahrtskosten, Vergebung öffentlicher Aufträge, Vergütung landwirtschaftlicher Nutzungsschäden, Förderung der Industrie und des Handwerks durch Kredite und Zinszuschüsse, Straßenbaumaßnahmen, Förderung der Land- und Forstwirtschaft, Unterstützung beim Bau von Versorgungsanlagen (Gas, Wasser, Energie), Förderung des Fremdenverkehrs, Förderung von Notstandsarbeiten durch die Bundesanstalt, Unterstützung von Schulbauten und Schuleinrichtungen und sonstige Kulurmaßnahmen.

Diese Liste hat sich in der Praxis zu einem wohldurchdachten System entwickelt. Die Verhältnisse liegen in den verschiedenen Bezirken zu verschiedenartig, als daß es mit einem „Allheilmittel“ getan wäre. Wirkliche Hilfe kann nur

gezielter Natur sein, muß also individuell angesetzt und gehandhabt werden. Infolgedessen hat sich auch der Vorschlag einer Senkung der Umsatzsteuer, der auf den ersten Blick bestechend aussah, als nicht sinn- und zweckvoll erwiesen. Mit der Durchführung dieses Hilfsprogramms mag ein gewisser „Bürokratismus“ verbunden sein. Dieser ist unvermeidlich und beschränkt sich nur auf das Allernotwendigste.

Mit den Maßnahmen des Bundes gehen Hand in Hand die zusätzlichen Maßnahmen des Landes Hessen in Form besonderer Berücksichtigung dieser Gebiete im Finanzausgleich (Aufbau- und Ausgleichstock), durch den sog. Hessen-Plan mit seiner Betriebsförderung durch Kredite und Zinsverbilligung, durch die Sonderförderung des Fremdenverkehrs, die Sonderfrachthilfe, den Bau von Dorfgemeinschaftshäusern und die Sonderpflege des Landes. Alle diese Maßnahmen konzentrieren sich auf folgende drei Hauptziele: Ausgleich der Standortnachteile durch volkswirtschaftliche Grundinvestitionen und kulturelle Förderung, Maßnahmen zum Steuer- und Umweltausgleich und Einzelförderung von Industrie und Handwerksbetrieben durch Kredite und Zinsverbilligung.

Durch diese Hilfen ist in den letzten drei Jahren eine merkbare Hebung des Wirtschafts- und Finanzniveaus in den Zonenrand- und Sanierungsgebieten eingetreten, wie sie sich im Rückgang der Arbeitslosigkeit und der Entwicklung des Steueraufkommens bemerkbar macht. Vor allem die Förderung des Sondergebietes Eschwege-Sontra, die zu gleichen Lasten vom Bund und von der Landesregierung getragen wird, wird mit Sicherheit in Kürze einen neuen industriellen Schwerpunkt in der Nähe der hessischen Zonengrenze entwickeln.

Bei allem ist es schwierig, die Wirtschafts- und Sozialstruktur der Kreise umzuwandeln, die von Haus aus landwirtschaftlich geartet sind wie bei einem großen Teil des nordhessischen Zonenrand- und Notstandsgebietes. Noch schwieriger wird es sein, das Nord-Südgefälle und das Ost-Westgefälle im Zonenrandland aus der Welt zu schaffen. Dazu ist die Schwerkraft des Rhein-Main-Bezirks zu stark. Wohl aber ist die hessische Regierung, unterstützt von den Förderungsmaßnahmen der Bundesregierung, mit sichtbarem Erfolg am Werke, um auch in diesem nordhessischen Raum gewisse industrielle Schwerpunkte zu schaffen, so in Gebieten Kassel, Eschwege-Sontra, Hersfeld und Fulda. In den übrigbleibenden Gebieten vorwiegend agrarischer Natur wird neben der Ansiedlung einzelner neuer Industriebetriebe die Förderung des Fremdenverkehrs eine wesentliche Rolle spielen.

Eine endgültige Lösung

Letzten Endes handelt es sich bei dem ganzen Komplex um eine regionale politische Aufgabe, die durch eine politische Tatsache, nämlich die Zonengrenzziehung, herbeigeführt worden ist. Solange diese Grenze bleibt, wird es Aufgabe der Bundes- und der Landesregierung sein, alles zu tun, um die Nachteile dieser Grenzziehung auf ein Mindestmaß herabzuführen. Alle Stellen, die mit dieser Aufgabe betraut sind, können nur den einen Wunsch und die eine Hoffnung haben, daß die kommende Wiedervereinigung möglichst bald die Ursache für die Maßnahmen aus der Welt schaffen möge.



Strick- und Wirkwarenfabrik in Wanfried/Werra

Foto Eberth/Kassel



*Der in Liquidation befindliche Kupferschieferbergbau
Teilansicht der Aufbereitungsanlagen*



Schule Steinwand des Gesamtschulverbandes Poppenhausen, Kreis Fulda. Vorbildlicher Schulneubau. Foto: Hans Retzlaff/Tann



Nebenerwerbssiedlung Großenlöder, Kreis Fulda, 18 Häuser, 36 WE für Heimatvertriebene



*Individualismus oder Kollektivismus?
Verwaltungsgebäude einer Fabrik dicht an der Zonengrenze in Hessen*



Dorfgemeinschaftshaus in Arzell, Kreis Hünfeld.

Foto: Geist/Ffm.

Regionale Förderung

im Zonengrenzkreis Fulda

EDUARD STIELER

Der Landkreis Fulda ist der südlichste Kreis Osthessens und grenzt an die Nachbarländer Thüringen und Bayern. Geographisch ist er dadurch gekennzeichnet, daß er die Hochrhön mit der Wasserkuppe (950 m), aber auch die östlichen Ausläufer des Vogelsberges und das Fuldabecken umfaßt. Der Landkreis Fulda besitzt eine Grundfläche von fast 1000 qkm und ist damit der zweitgrößte hessische Landkreis. Seine Nutzfläche entfällt etwa zu gleichen Teilen auf Wald, Acker und Weiden.

Kommunalpolitisch ist wesentlich, daß mitten im Landkreis Fulda die Stadt Fulda (45 000 Einwohner) liegt, die kreisfrei ist und somit nicht die Funktion einer Kreisstadt ausüben kann. Nicht weniger bedeutungsvoll ist die Tatsache, daß die 94 000 Einwohner des Landkreises in 162 Gemeinden leben, von denen knapp hundert weniger als 500 Einwohner besitzen. Es gibt nur 3 Gemeinden in der Größenordnung zwischen 3000 und 5000 Einwohnern; die beiden Städte Gersfeld und Tann haben eine Einwohnerzahl um 2000. Mit der Zahl von 162 Gemeinden ist der Landkreis Fulda der gemeindereichste Kreis des Landes Hessen.

Die Wirtschaftsstruktur des Landkreises ist dadurch gekennzeichnet, daß größere industrielle Betriebe fehlen. Lediglich in Neuhaus befindet sich ein Kalibergwerk der Wintershall AG mit Fabrikation, das 1954 in Betrieb genommen worden ist. Dieses Werk beschäftigt etwa 700 Arbeitskräfte und ist einer der modernsten Betriebe dieser Art in Europa. Daneben gibt es nur noch ein halbes Dutzend Betriebe. Deren Beschäftigtenzahl liegt jeweils zwischen 100 und 200 Personen (Basaltwerke sowie Betriebe der Holzverarbeitenden und Textil-Industrie). So ist es nicht verwunderlich, daß das Gewerbesteueraufkommen je Einwohner im Landkreis Fulda das geringste aller hessischen Landkreise ist.

Den wirtschaftlichen Mittelpunkt des Kreises bildet die kreisfreie Stadt Fulda, die bei etwa 45 000 Einwohnern über fast 30 000 Arbeitsplätze verfügt, von denen etwa die Hälfte durch Pendelarbeiter besetzt wird. Es sind täglich zwischen 15 000 und 17 000 Personen, die als Tagespendler oder als Schüler nach Fulda fahren. Diese riesige Zahl von Pendlern und Schülern bringt mannigfache Probleme mit sich, von denen der Ausbau der Straßen für den Arbeiterberufs- und Schülerverkehr am schwersten wiegt. Die Unterhaltung der 412 km Landstraßen II. Ordnung (größtes Straßennetz dieser Art im Bundesgebiet!) bereitet anhaltende finanzielle Sorgen.

Der Eiserne Vorhang mit dem Sperrgürtel

Der Landkreis gehört zu den elf im hessischen Zonenrandgebiet gelegenen Landkreisen, zu denen noch die kreisfreien Städte Kassel und Fulda treten. In diesen Landkreisen sind die Verhältnisse durchaus verschieden; sie besitzen jedoch eine Gemeinsamkeit, nämlich den Eisernen Vorhang nach Osten hin. Dieser Eiserne Vorhang besteht zwar schon seit 1945, als die Siegermächte das deutsche Reich, soweit es nicht unter polnische Verwaltung gestellt wurde, in 4 Zonen aufteilten. Die ursprüngliche Verwaltungsgrenze hat sich aber im Verlauf der

Jahre immer mehr verdichtet, bis dann eines Tages die Menschen beiderseits dieser Grenze feststellen mußten, daß sie durch einen Eisernen Vorhang getrennt worden waren. Schmerzlich wurde dies fühlbar, als im Sommer 1952 von der Ostzone her ein Sperrgürtel gezogen und damit die auf vielen Gebieten noch „unterirdisch“ oder geduldet bestehenden Verbindungen endgültig zerschnitten wurden.

Für den Landkreis Fulda wirkte sich dieser Sperrgürtel auf mehreren Gebieten unmittelbar aus:

Den westdeutschen Landwirten, meistens Kleinbauern, ging ihre in Thüringen liegende Wirtschaftsfläche endgültig verloren, während sie bis dahin noch bewirtschaftet werden konnte. Manche Kleinbauern gerieten dadurch in eine wirtschaftliche Notlage, die zunächst durch Ersatzleistungen und später durch einen Härteausgleich für sogenannte grenzdurchschnittene Betriebe aus Bundesmitteln gemildert werden konnte. Der Versuch, einen Ausgleich durch Bereitstellung von Ersatzland zu schaffen, ist nur teilweise gelungen.

Die Stromlieferung durch das Elektrizitätswerk Breitung (Thüringen), das bis dahin Strom zu verhältnismäßig günstigen Bedingungen geliefert hatte, wurde eingestellt. Die Umstellung des Strombezuges für die unmittelbaren Zonenrandgebiete (Ulstertal) des Kreises Fulda auf hessische bzw. bayerische Stromlieferanten bedeutete eine fühlbare Anhebung der Tarife.

Während bis dahin für Arbeiter sowie landwirtschaftliche Fahrzeuge und Holzabfuhr die Zonengrenze kein unüberwindliches Hindernis war, erforderte die Schließung der Zonengrenze als Folge der Sperrgürtelziehung vielfach Umwege oder gar die Schaffung neuer landwirtschaftlicher Verbindungswege. Auch das klassifizierte Straßennetz mußte neu bewertet und mit Querverbindungen entlang der Zonengrenze versehen werden. Im Zonenrandgebiet des Kreises Fulda wurde außerdem der Ausbau eines etwa 8 km langen hessisch-bayerischen Gemeindeweges von Wüstensachsen nach Oberelsbach als Ersatz für die nicht mehr befahrbaren Landstraßen I. Ordnung von Hilders und Seiferts nach Frankenheim-Fladungen notwendig.

Abgeschrieben und abgeschnitten?

Neben diesen materiellen Nachteilen muß vor allem auf die psychologischen Auswirkungen hingewiesen werden. Die Bevölkerung lebte nach dem Zusammenbruch zwar in der bewußten Nachbarschaft der sowjetisch besetzten Zone, jedoch ließen die „Lücken“ im Eisernen Vorhang diese Tatsache nicht als so schwerwiegend und unabwendbar erscheinen. Der Sperrgürtel machte es augenfällig, daß von der östlichen Seite her ein „vorläufig endgültiger“ Zustand geschaffen werden sollte. Jetzt brach immer mehr das Gefühl durch, an einer echten Grenze zu leben, an der das Wirtschaftsleben bei weitem nicht den Aufschwung nahm, wie man es aus Berichten über das sonstige Bundesgebiet erfuhr, und an der man nicht die Hilfe erfuhr, mit der man hätte rechnen dürfen. Bemerkungen wie „wir sind abgeschrieben“ oder „man kümmert sich nicht um uns“ waren an der Tagesordnung. Diese Verhältnisse sind bis heute noch nicht saniert und bedürfen noch vieler Beweise des guten Willens, wenn man sie beseitigen will.

Nicht nur die unmittelbare Wirkung des Sperrgürtels, sondern die seit 1945 fühlbare Abschnürung des wirtschaftlichen Hinterlandes hat sich im Zonengrenzbereich des Kreises Fulda nachteilig ausgewirkt. Der Raum Wüstensachsen-Hil-

ders-Tann, der eine 38 km lange Zonengrenze besitzt, hatte eine starke Besetzung mit handwerklichen Betrieben aller Art, deren Einzugsgebiet nicht nur das westliche Thüringen, sondern auch das westliche Unterfranken war. Der Wegfall dieses Einzugsgebietes (das westliche Unterfranken ist unmittelbar nur über thüringisches Gebiet zu erreichen) brachte eine starke Übersetzung des Handwerks mit sich, das hier schwer um seine Existenz ringt und auch nicht an der Rationalisierung der letzten Jahre teilnehmen konnte. Auch landwirtschaftliche Absatzgebiete gingen verloren, so daß z. B. die Molkerei Hilders im unmittelbaren Zonenrandgebiet ihre Kapazität nur noch zu $\frac{2}{3}$ ausnutzen kann.

Auf dem gewerblichen Sektor hat sich der Wegfall von Arbeitsplätzen im Kaligebiet von Vacha bemerkbar gemacht. Für Hunderte von Arbeitskräften wurde es notwendig, sich eine neue Beschäftigung zu suchen, die man auch überwiegend in Fulda fand. Die täglichen Anfahrtswege jedoch sind so lang (teilweise über 50 km), daß diese Pendler abzuwandern versuchen oder aber ihre Arbeitsfreude und Arbeitsmoral leiden, wenn sie sehen, daß nach Abzug der Fahrtkosten nicht viel mehr übrig bleibt, als die Arbeitslosenunterstützung beträgt. So ist es nicht verwunderlich, daß die Einwohnerzahl des Landkreises, die nach den amtlichen Statistiken am 15. 3. 1950 über 98 000 betrug, innerhalb der letzten 5 Jahre auf weniger als 94 000 zurückgegangen ist. Diese Verluste werden aber nicht etwa durch Wegzug von Renten- oder Wohlfahrtsempfängern verursacht, sondern fast ausschließlich von der arbeitsfähigen und überwiegend jugendlichen Bevölkerung. Der tatsächliche Verlust infolge Abwanderung liegt erheblich über der genannten Zahl, da der Geburtenüberschuß im Landkreis Fulda etwa doppelt so hoch ist wie im übrigen Bundesgebiet und Zuwanderungen aus der sowjetisch besetzten Zone einen ständigen Bevölkerungszuwachs mit sich bringen, so daß diese Komponenten einen Teil des Wanderungsverlustes ausgleichen.

Was ist geschehen, um den besonderen Verhältnissen an der Zonengrenze gerecht zu werden? Es ist einiges an Hilfe geleistet worden; es bleibt jedoch noch sehr viel zu helfen übrig. Einige, wesentliche Teile der Förderung des Zonengrenzgebietes seien herausgegriffen:

Fragwürdigkeit der „Rentabilitätsgrenze“

Für die Förderung der gewerblichen Wirtschaft sind 3 Maßnahmen angelauten. Die Frachthilfe hat einen gewissen Ausgleich der infolge verschlechterter Standortbedingungen überhöhten Transportkosten gebracht; sie müßte weiter ausgedehnt und verfeinert werden, um durch günstige Transporttarife einen verbesserten Ausgleich der Standortbedingungen zu erzielen. Die Möglichkeit von Sonderabschreibungen für Investitionen bei gewerblichen Betrieben im Zonenrandgebiet bedeutet eine echte Hilfe für diejenigen gewerblichen Betriebe, die wesentlich über der Rentabilitätsgrenze liegen und durch Sonderabschreibungen für Investitionen ihre Körperschafts-, Einkommens- und Gewerbesteuer drücken können. Für Betriebe, die an oder unter der Rentabilitätsgrenze arbeiten, sind die steuerlichen Vergünstigungen uninteressant. Auch die begrüßenswerten Zinszuschüsse für Rationalisierungskredite können nur von denjenigen Betrieben ausgeschöpft werden, die in der Lage sind, nennenswerte Rationalisierungen mit Krediten durchzuführen, da trotz der Zinsverbilligung die verbleibende Verzinsung und die Amortisation eine starke Belastung darstellen. Hier können die

schwächeren Betriebe ebenfalls nicht mit. Es erscheint daher erforderlich, Förderungsmöglichkeiten zu schaffen, die auch den handwerklichen Sektor und die zahlreichen Kleinbetriebe stützen. Dazu wäre die Bereitstellung eines gesonderten Kontingents von Kleinkrediten und insbesondere die Übernahme von Bundes- oder Landesbürgschaften in einer etwas großzügigeren Form notwendig.

Möglichkeiten des dezentralen Wohnungsbaus

Eine wesentliche Unterstützung der gewerblichen Wirtschaft würde ein verstärkter Wohnungsbau für Fachkräfte bedeuten. Die Wohnungsbaupolitik im Lande Hessen hat durch starke Unterstützung der industriellen Ballungsräume im Rhein-Main-Gebiet einen fühlbaren Verlust qualifizierter Arbeitskräfte im Zonenrandgebiet mit sich gebracht. Man kann es dem Arbeiter nicht verübeln, wenn er zur Erlangung eines gesicherten Arbeitsplatzes oder zur Vermeidung der langen Anfahrten zur Arbeitsstätte an die industriellen Schwerpunkte strebt. Insbesondere das dezentrale Wohnungsbauprogramm ist für den Landkreis Fulda immer unbefriedigender geworden. Der Bedarf an Landesbaudarlehen wächst ständig, so daß nach jeder Verteilung zugewiesener Mittel der verbleibende Bedarf höher ist als im Vorjahre. Der ungedeckte Bedarf an dezentralen Landesbaudarlehen liegt nach Verteilung der Jahresmittel 1956 in einer Größenordnung von mehr als 2 Millionen DM. Gerade im dezentralen Wohnungsbauprogramm besteht die Möglichkeit, vertriebene und einheimische Arbeiter mit dem Boden zu verwurzeln. Hier gilt die Tatsache, daß mit starker Eigenleistung und Nachbarschaftshilfe mit dem gleichen Volumen Landesbaudarlehen ein wesentlich größerer Effekt als beim Bau durch Wohnungsbaugesellschaften erzielt werden kann. Daher müßte für das Zonenrandgebiet eine besondere Zuteilung von Wohnungsbaumitteln erfolgen. Der Ostrandausschuß des Deutschen Landkreistages hat diese Forderung mit Nachdruck erhoben und vorgeschlagen, den Zonengrenzländern für ihre Zonenrandgebiete ein Vorabkontingent zuzuweisen und die dann verbleibenden Mittel nach dem allgemeinen Schlüssel zu verteilen.

Gegen Auflösung der Arbeitsreserven

Das Problem der industriellen Ballungsräume und die Forderung „Industrie aufs Land“ sind in der letzten Zeit wieder aktuell geworden. Die Chancen, die sich nach dem Zusammenbruch ergaben und deren Ausnutzung der Deutsche Landkreistag anläßlich seiner Versammlung in der Paulskirche zu Frankfurt mit Nachdruck gefordert hatte, sind ungenutzt geblieben. Die Entwicklung der politischen Lage und des Arbeitsmarktes hat dazu geführt, diese Probleme wieder aufzugreifen. Der deutsche Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung hat mit der evangelischen Wirtschaftshilfe und den evangelischen Akademien in Herrenalb im Sommer 1955 eine Aussprache veranstaltet, die zu einer Gründung des „Arbeitskreises Industrielle Standortwahl“ geführt hat. Es muß aber darauf hingewiesen werden, daß mit Aussprachen und mit der Gründung von Arbeitskreisen das Problem nicht gelöst wird, da allmählich die in den Notstandsgebieten befindlichen Reserven an Arbeitskräften verschwinden und die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenfürsorge sehr intensiv an der Auflösung dieser Reserven arbeitet. Noch ist es Zeit, durch die Ansiedlung von Industrien im Zonenrandgebiet ungenutzte Arbeitskräfte zu binden oder un-

günstig eingesetzte Arbeitskräfte besser zu verwenden. Wenn man das Zonenrandgebiet als ein Bollwerk gegen die östlichen Ideologien betrachten will, muß man daraus die Konsequenz ziehen, dieses Gebiet auch in der Quantität und der Qualität seiner Einwohner zu heben und einer Entvölkerung entgegenzuwirken.

Wasserversorgung, Flurbereinigung, Wegebau

Sanierungsprogramm und Zonengrenzprogramm sind seit 1955 zusammengefaßt im „Regionalen Förderungsprogramm“. Die Landwirtschaft ist im Förderungsprogramm des Bundes auf manchen Teilgebieten gestützt worden. Die Mittel für diesen Zweck sind jedoch nicht ausreichend. Neben der Verbesserung der ländlichen Wasserversorgung (im Kreise Fulda sind noch mehr als 50 Gemeinden ohne zentrale Wasserleitung!) ist das Hauptaugenmerk auf eine verstärkte Förderung der Flurbereinigung zu legen. Man müßte dazu kommen, den Landwirten im Zonenrandgebiet einen bestimmten Prozentsatz vom Einheitswert ihres Besitzes als höchstzumutbare Belastung im Flurbereinigungsverfahren aufzuerlegen und alle darüber hinausgehenden Aufwendungen mit Bundes- oder Landesmitteln abzufangen. Bei den zahlreichen Umlegungsverfahren im Landkreis Fulda hat es sich gezeigt, daß die Ausführungskosten für die angesichts der fortschreitenden Technisierung notwendigerweise großzügigen Wege- und Gewässerpläne die Kräfte der Teilnehmergeinschaften häufig übersteigen. Man versucht daher, den Ausbau des Wege- und Gewässernetzes auf die Gemeinden abzuwälzen, die ebensowenig in der Lage sind, diese recht erheblichen Kosten von manchmal einer halben Million DM aufzubringen. Die Folge ist eine Verzögerung in dem Ablauf der Flurbereinigungsverfahren und das Liegenbleiben zahlreicher unausgebauter Wege und Gewässer. Dieser Zustand ist übrigens noch ein besonderes Problem für diejenigen Umlegungsgemeinden, bei denen die Umlegung vor dem Kriege begonnen hatte, als bis zu 90 % der Kosten durch Zuschüsse gedeckt wurden. Entsprechend wurden auch die Wege- und Gewässerpläne großzügig angelegt und können heute nicht mehr verwirklicht werden. Zum Abschluß dieser seit Jahrzehnten in Gang befindlichen Flurbereinigungsverfahren müßte eine besondere Aktion eingeleitet werden.

Gemeinschaftseinrichtungen auf dem Lande

Gemeinschaftseinrichtungen, die über die Finanzkraft einzelner Landwirte hinausgehen, müßten weiterhin in verstärktem Ausmaß angeregt und mitfinanziert werden. Dazu gehören Musterställe für die Vattertierhaltung, Milchkühlstellen, Gemeinschaftshäuser für Maschinen und Geräte, Gemeindedreschhallen und sonstige Einrichtungen auf breiterer Basis.

In diesem Zusammenhang sei auf die Bedeutung der Dorfgemeinschaftshäuser aufmerksam gemacht, die durchaus in der Lage sind, der Landflucht entgegenzuwirken und vor allem die Arbeit der Landfrau wesentlich zu erleichtern. Es soll hier nicht auf die Auseinandersetzungen um die kulturelle Bedeutung des Dorfgemeinschaftshauses eingegangen werden. Es sei jedoch die Bemerkung erlaubt, daß in einer gesunden Gemeinde ein Mißbrauch des Dorfgemeinschaftshauses im Sinne einer Vorstufe des Kollektivs ebenso ausgeschlossen erscheint wie die Gefahr eines Ersatzes der christlichen Kirchen durch diese Gemeinschaftseinrichtung. Wenn die vorhandenen kulturellen Quellen des Dorfes in geeigneter Weise

nutzbar gemacht werden können, wenn die Landfrau durch Erleichterung ihrer Arbeit Zeit für die bauerliche Familie gewinnt, wenn gesundheitsfördernde hygienische Einrichtungen geschaffen werden, wenn Kindergärten die Familie entlasten, dann sind die Vorzüge einer solchen Gemeinschaftseinrichtung in einem gesunden Dorf nicht zu bestreiten.

Verbesserung der Vorbedingungen für den Fremdenverkehr

Der Fremdenverkehr ist inzwischen als ein echter und gewichtiger Zweig der Wirtschaft anerkannt. Gerade in dem industriearmen Landkreis Fulda mit den reizvollen Landschaften des Vogelsberges und insbesondere der Hohen Rhön sind die Voraussetzungen für eine Verbesserung der Vorbedingungen für den Fremdenverkehr gegeben. Die Rhönlandschaft ist eine Oase der Stille und Ruhe geblieben und überrascht den Besucher durch ihre landschaftlichen Reize, die bekannten Kunstschatze (Fulda, Schloß Fasanerie, Schloß Gersfeld), manche unbekannten Kleinodien und die Möglichkeiten zur Ausübung der verschiedensten Sportarten, von denen die bekannteste der Segelflug auf der Wasserkuppe ist. Auf diesem „Berg der Flieger“, der Geburtsstätte des Segelflugs überhaupt, findet wieder ein voller Segelflugbetrieb statt, der an Sonntagen bei einigermaßen gutem Wetter mehrere tausend Menschen anzieht, auch wenn keine Veranstaltungen stattfinden. An den Haupttagen des Segelflugs in der Rhön kommen 20 000 bis 30 000 Menschen auf diesen Berg, der in seiner eigenwilligen Gestalt und mit den lautlos dahinziehenden Segelfliegern einen unvergeßlichen Eindruck hinterläßt.

Es sind in den vergangenen Jahren zur Modernisierung der Gaststätten in der Rhön mehr als 1 Million DM investiert worden, zu denen das Land Hessen und der Bund Zinsverbilligungszuschüsse geleistet haben. Der Straßenbau wurde unter dem Gesichtspunkt des Fremdenverkehrs verstärkt, so daß heute gut ausgebauten Straßen in und durch die Rhön führen. Eine weitere Verbesserung der Voraussetzungen des Fremdenverkehrs, insbesondere die Anlage von Schwimmbädern, Skilifts, Tagungsräumen u. ä. m. wird die Wirtschaftskraft auf breiter Basis heben. Wenn der Fremdenverkehr vom Kalenderjahr 1954 zu 1955 um etwa 30% an Übernachtungen gewonnen hat, wenn in dem Heilbad Salzschlirf die Zahl der Kurgäste von 6500 auf 8500 gestiegen ist, so berechtigt dieser Erfolg zu der Erwartung, daß noch weitere Möglichkeiten geschaffen und ausgenutzt werden.

Jugendpflege und kulturelles Leben

So bedeutungsvoll eine wirtschaftliche Festigung des Zonenrandgebiets erscheint, so darf darüber nicht der weitere Bereich des kulturellen Lebens und der Jugendpflege übersehen werden. Im Landkreis Fulda sind nach der Währungsreform mit einem Kostenaufwand von über 5 Millionen DM 46 Volksschulen neu gebaut oder erweitert worden. Das Berufsschulwesen mit all seinen Zweigen wurde durch Einrichtung von Schulküchen an fünf Schulorten und durch einen Neubau in Hilders ebenso verbessert wie die landwirtschaftliche Fachschulausbildung, für die in Fulda eine Landwirtschaftsschule gebaut wurde. Zahlreiche Jugendheime entstanden insbesondere im unmittelbaren Zonengrenzraum. Bundesjugendplan und Bundesmittel haben hier wesentlich geholfen. Trotzdem sind

noch viele Wünsche unerfüllt, die insbesondere von der Jugend und für den Bau von Kindergärten vorgebracht werden.

Wie die Anforderungen der ländlichen Einwohner an den Ausbau von Versorgungsanlagen und Kanalisationen, an den Zustand der Straßen, an die Straßenbeleuchtung und andere öffentliche Einrichtungen ständig wachsen, so ist auch das Kulturbedürfnis sichtbar stärker geworden. Die Vorführung hochwertiger Filme, Vortragsreihen der Volkshochschule, Theateraufführungen und Konzerte gehören heute zum Winterprogramm der größeren Dörfer, von dem starke Kreise der Bevölkerung Gebrauch machen. Von nicht minderer Bedeutung sind die Gemeindebüchereien und die Büchereien der Kirchen. Hier ist viel nachzuholen, um einen auch qualitativ befriedigenden Bücherbestand zu erhalten. Die Jugendbüchereien sind durch den Bundesjugendplan unterstützt worden. Im Jahre 1955 konnten die kirchlichen und die Gemeindebüchereien im Kreise Fulda mit Hilfe der Kreisverwaltung und des Bundesjugendplanes für etwa 50 000 DM Jugendbücher neu anschaffen. Es erscheint dringend notwendig, diese Aktion auch in dem kommenden Jahr zu wiederholen.

Besuch am Eisernen Vorhang

Wenn man weiß, in welchem starkem Maße die mitteldeutsche DDR vor allem im Zonenrandgebiet den Bau kultureller Einrichtungen betreibt und für Jugend und Sport großzügige Anlagen schafft, dann überkommt einen manchmal ein unheilvolles Gefühl. Auf der westdeutschen Seite geschieht demgegenüber viel zu wenig. Der wünschenswerte Kontakt zwischen der Bevölkerung diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs auf privater, kultureller, sportlicher und ständischer Basis führt gerade auf diesem Gebiet immer wieder zu Vergleichen, die regelmäßig zu Ungunsten Westdeutschlands ausfallen. Wir müssen das dem Eisernen Vorhang zugewandte Gesicht der Bundesrepublik attraktiver gestalten. Wenn jedoch die kommunale Finanzkraft im Zonenrandgebiet Hessens nur etwa 75 % der übrigen Landesteile beträgt, so ergibt sich daraus ein zusätzlicher Finanzbedarf gerade für das Gebiet der Kultur- und Jugendpflege, der nur durch besondere Maßnahmen von Bund und Land gedeckt werden kann.

Förderung der Wirtschaft in all ihren Zweigen, Ausbau der Verkehrsverbindungen, Verstärkung der Kultur- und der Jugendpflege sind Aufgaben von außerordentlicher Bedeutung. Ebenso wichtig ist aber die Festigung des Gefühls der Menschen im Zonenrandgebiet, daß sie von dem übrigen Deutschland nicht vergessen sind. Diese Menschen erfüllen ihre Pflichten im Alltag, ohne viel Aufhebens von ihrer Mission zu machen. Es ist erstaunlich, wie wenig Menschen außerhalb des Zonenrandgebiets sich mit diesen Problemen befassen. Man stellt immer wieder fest, welcher starke Eindruck auf die weiter westlich lebenden Menschen ein Besuch an der Zonengrenze macht. Die Besucher werden still, wenn sie am Sperrgürtel stehen und die Dörfer und Menschen „drüben“ beobachten. Im Angesicht des mitteldeutschen Landes kann man weitaus besser über Probleme der Zonengrenze sprechen und um Verständnis werben, als es sonst möglich ist. Auch aus diesem Grunde freut sich die Bevölkerung an der Zonengrenze, wenn Menschen aus den westlichen Gebieten zur Erholung, auf Geschäftsreisen oder zu Besuch in das Zonengrenzgebiet kommen. Sie werden nie ohne nachhaltige Eindrücke zurückkehren.

Randgebiet Werrabogen

Wandlungen der Räume Eschwege und Sontra

HEINZ BRUNNÉE

Kaum hat die Werra, aus dem Thüringischen kommend, in der Nähe von Philippsthal (Kr. Hersfeld) die Grenze Hessens hinter sich gelassen, wendet sie sich nordostwärts und fließt in einem leichten, nach Osten gerichteten Bogen durch das Grenzgebiet zwischen Hessen und Thüringen. Dieser Bogen umschließt im Norden und im Süden kleine Teile der Kreise Witzenhausen bzw. Hersfeld, in der Mitte den Kreis Eschwege und den Ostteil des Kreises Rotenburg. Die wirtschaftlichen Kernpunkte dieses Gebietes sind Eschwege und Sontra, von größerer Bedeutung außerdem Bad Sooden-Allendorf und Wanfried.

Die Bindungen zu Thüringen

Es ist bemerkenswert und für die Probleme der Nachkriegszeit wichtig, daß die Grenze zwischen Hessen und Thüringen nicht unmittelbar von der Werra gebildet wird, sondern teils ostwärts, teils westlich des Flusses verläuft; dadurch ist es zu einer starken Verzahnung des Grenzverlaufs gekommen, die zeigt, daß es hier im Herzen Deutschlands keine scharf ausgeprägte natürliche Grenze gibt, sondern daß von eh und je die Bevölkerung den Raum als ein zusammenhängendes Ganzes betrachtet.

Wenn man das freundliche Werratal hinauffährt, um ins Thüringische nach Mühlhausen oder Eisenach zu gelangen, hat man niemals das Gefühl, eine geographische oder Volkstumsgrenze zu überschreiten. Kommt man vom Westen über die Autobahn von Hersfeld, ist der Eindruck von der Einheit der Landschaft noch stärker, denn schon bei der Fahrt an den Hängen des Seulingwaldes erblickt man in der Ferne die Berge des Thüringer Waldes als östliche Fortsetzung der durchfahrenen Landschaft.

Ebenso miteinander verwachsen wie die Landschaft der beiden Gebiete sind auch die Bewohner. Verwandtschaften knüpften sich von hüben nach drüben, und der Weg in die nahe gelegenen thüringischen Städte gehörte zu den ständigen Gewohnheiten der Einwohner diesseits der Grenze. Durch Heirat oder Kauf gelangten thüringische Ländereien an hessische Bauern und hessische in thüringischen Besitz. Arbeiter und Angestellte fanden in Mühlhausen und insbesondere in Eisenach mit seinen großen Industriewerken dauernd gute Beschäftigung.

Ineinander verzahnt wie die Länder, eng verbunden wie die Bevölkerung, war auch die Wirtschaft von Hessen und Thüringen. Es war kein Zufall und auch keine widernatürliche Konstruktion, die die Wirtschaft von Kurhessen und dem Eichsfeld in Thüringen zusammenführte und sie zur Vertretung ihrer regionalen Interessen die „Industrie- und Handelskammer Kassel und Mühlhausen“ bilden ließ; es war der natürliche Ausdruck für das Gemeinsame, das Bewußtsein, daß hier ein einheitliches Wirtschaftsgebiet im Herzen Deutschlands bestand, das, auf einer gemeinsamen Grundlage bauend, gleiche Ideen und gleiche Wünsche zu vertreten hatte.

Die enge Verflechtung der Wirtschaft Hessens mit Mitteldeutschland kam auch der Industrie, dem Handwerk und Gewerbe des Werrabogens zugute. Zahlreich

waren in Eschwege die Tuchfabriken, die Zigarrenfabriken und die Gerbereien, von Bedeutung die Möbelindustrie in Bad Sooden-Allendorf, das Druckergewerbe in Eschwege und Wanfried sowie die Schwerspatverarbeitung in Sontra und Richelsdorf. In dem walddreichen Gebiet war die holzbearbeitende Industrie stark vertreten. Besonders wichtig aber war für das Wirtschaftsleben der Kalibergbau, der über oder richtiger gesagt unter den Grenzen weggehend in der Gegend von Heringen und Hattorf weit ins Thüringische vorstieß, wie auch die jenseits der Grenze liegenden Kalischächte ihren Abbau bis ins Hessische vorgetrieben hatten.

Doch nicht nur die Industrie, sondern auch die Landwirtschaft und die Forstwirtschaft haben in diesem Zusammenhang ihr Gewicht. Trotz des stark hügeligen bis bergigen Geländes ist die Hälfte des Raumes landwirtschaftlich genutzt, während 40% von Laub- und Tannenwald bedeckt sind. Das Gebiet verfügt aber leider nicht über größere Flächen wertvollen Bodens, und es bestehen große Unterschiede zwischen den Bodenwerten in den Talauen und den walddreichen Berghängen. Die landwirtschaftlichen Nutzflächen sind weitgehend zerstückelt; nur etwa 1% der landwirtschaftlichen Betriebe verfügen über mehr als 100 ha Nutzfläche, zwischen 40 bis 50% dagegen nur über eine Fläche bis zu 2 ha. Ein großer Teil der bäuerlichen Bevölkerung ist zum Nebenerwerb gezwungen.

So ist es erklärlich, daß das Land nur einen kleinen Teil der Bevölkerung ernähren kann und daß im Jahre 1939 nur etwas mehr als 25% der Bevölkerung von der Land- und Forstwirtschaft abhängig waren, während beinahe 50% von der Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel lebten. Im Jahre 1950 war der Anteil der Landwirtschaft noch weiter gesunken und betrug nur etwa 20%. Die Struktur des Raumes brachte es mit sich, daß die Bevölkerung nicht in Städten oder größeren Orten zusammengeballt war; Eschwege hatte z.B. im Jahre 1933 nur knapp 3 000 Einwohner, während Bad Sooden-Allendorf etwas über 4 000, Sontra und Wanfried je etwa 2 500 Seelen beherbergten.

Fragwürdige Blüte im Werratal und bei Sontra

Eine Änderung bahnte sich in den Dreißiger Jahren an, als neue Betriebe unter dem Gesichtspunkt der Autarkie und der Wehrwirtschaft des Dritten Reiches entstanden, die jedoch dieser Gegend nach einem kurzen, hektischen Aufblühen viel Sorge und Elend brachten.

Westlich von Eschwege im Werratal wurde ein großer Flugplatz gebaut. Wegen seiner Lage zwischen den Bergen nördlich und südlich der Werra war er für den allgemeinen Flugdienst wenig geeignet. So wurde er zum Reparaturfeld ausgebaut. Mehr als 30 Hallen und Gebäude, in dem weiten Gelände verstreut, wurden zur Unterbringung der Werkstätten und als Unterkünfte errichtet, mehr als tausend Personen wurden hier in der Vorkriegszeit und während des Krieges beschäftigt.

In Wanfried wurde ein im wesentlichen mit Reichsmitteln finanziertes Werk zur Herstellung von Seidengarnen und Seidengeweben aufgebaut, die für Fallschirme u. ä. militärische Zwecke benötigt wurden.

Am stärksten wirkte sich der Autarkiegedanke in Sontra aus. Schon in früheren Jahrhunderten wurde im Richelsdorfer Gebirge in der Nähe von Sontra nach Kupfererz gegraben, doch wurde der Abbau wegen seiner geringen Bedeutung eingestellt. Im Jahre 1938 wurde die Erschließung der Vorhaben erneut in

Angriff genommen. Mit Aufwand erheblicher Mittel wurden drei Schächte und eine große Aufbereitungsanlage gebaut, die zur Herstellung von Konzentraten aus dem nur geringe Kupfermengen führenden Gestein diente. In den ersten Kriegsjahren steigerte sich die Belegschaft des Kupferschieferbaues bis auf ca. 3000 Mann. In Sontra, Nentershausen und Cornberg entstanden Siedlungen zur Aufnahme der Bergleute mit ihren Familien, die zum Teil von weither dienstverpflichtet waren. Mit dieser Entwicklung wurde aus der stillen Landschaft ein kleines Bergbau-Revier, das mit den Hauptabbaugebieten von Kupfererz in Thüringen im engen Zusammenhang stand: der thüringische und Sontraer Bergbau wurden von der Mansfeld AG. Betrieben. Auch die gewonnenen Konzentrate wurden nach Eisleben versandt. Dort wurde das Reinkupfer gewonnen.

Diese wirtschaftliche Veränderung bedingte ein starkes Anwachsen der Bevölkerung, und zwar in den Kreisen Eschwege und Rotenburg um 7 bis 10%. Begreiflicherweise wirkte sich diese Industrialisierung besonders in den Städten Eschwege und Sontra selbst aus, deren Bevölkerung von ca. 13 000 auf beinahe 17 000 bzw. von knapp 2500 auf über 4000 anstieg.

Zusammenbruch und Elend

Mit dem Zusammenbruch 1945 riß die Verbindung zwischen Westen und Osten. Die zahlreichen Straßen über die Grenze begannen zu veröden. Die etwa 175 km lange hessisch-thüringische Grenze, noch nie als Trennungslinie empfunden, wurde mit einem Schlage spürbar. Die allgemeine Stagnation des Wirtschaftslebens, die die ersten Jahre nach Kriegsende kennzeichnete, und die Ausschaltung der Rüstungsindustrie, die so viele Menschen in diesen Raum gebracht hatte, wirkten sich nun verheerend aus. Zu diesem Elend, das über die einheimische Bevölkerung hereinbrach, kam das noch größere Elend der Flüchtlinge, die in endlosem Strom auf der Flucht nach dem Westen Tag und Nacht teils in geordneten Transporten, teils in kleinen Gruppen über die Grenze hereinströmten. Viele Heimatvertriebene verblieben ermattet und des Wanderns müde in diesem Grenzraum. Noch fragte keiner nach den Aussichten für die weitere Zukunft, nach einer beruflichen Existenzmöglichkeit; die gehetzten Menschen waren froh, die Grenze des russischen Einflußgebietes hinter sich zu haben, die sich nun für lange Zeit mehr oder weniger hermetisch schloß.

Durch den Flüchtlingsstrom stieg die Bevölkerung sprunghaft; im Kreise Eschwege von 51 000 im Jahre 1939 auf 70 500 im Jahre 1946 und im Kreise Rotenburg von 42 000 auf 61 000 im gleichen Zeitraum. Die Bevölkerungszahl von Eschwege schnellte von beinahe 17 000 auf beinahe 22 000, die von Sontra von 4000 auf ca. 6500, von Wanfried und Bad Sooden-Allendorf etwa im gleichen Verhältnis.

Zu der großen Zahl der Arbeitslosen, die ihre Beschäftigung durch Stilllegung der Kriegsbetriebe oder durch Einschränkung der Fertigung, die sich durch den Rohstoffmangel bei anderen Industrien ergab, verloren hatten, gesellten sich auch die Menschen, die, durch die Grenzziehung gezwungen, ihre früheren Arbeitsplätze in Eisenach oder anderen grenznahen Orten nicht mehr aufsuchen konnten. Das Heer der Arbeitslosen, ständig vergrößert durch den Zustrom der Flüchtlinge und der ehemaligen Soldaten, die nach und nach aus der Gefangenschaft heimkehrten, erreichte ein erschreckendes Ausmaß.

Erst mit der Zeit nahmen immer mehr Betriebe die Produktion wieder auf. Ihnen kam zugute, daß größere Aufräumarbeiten nicht erforderlich waren, denn die Kriegszerstörungen in diesem Gebiet waren gering.

Als wichtige Maßnahme der Zeit vor der Währungsreform sind Vorarbeiten für die Inbetriebnahme des Kupferschieferbergbaues in Sontra zu nennen, die 1947 mit Großversuchen zur Ausbeutung der Schächte begannen, soweit sie nicht durch die Einstellung der Wasserhaltung nach Kriegsende vollgelaufen waren. Damit konnte wenigstens einem kleinen Teil der zahlreichen Arbeitslosen wieder Verdienstmöglichkeit gegeben werden.

Es zeigte sich jedoch sehr schnell, daß die Wirtschaft des Gebietes die Kraft, mit dem Elend fertig zu werden, nicht aufbringen konnte. Sie litt zu sehr unter der Trennung ihres ureigenen Absatzgebietes durch die Sperrung der Zonengrenze, die sie zwang, neue Lieferquellen und neue Absatzwege zu suchen. Die weite Entfernung, die diese früher im Herzen Deutschlands gelegenen Betriebe nun zu überwinden hatten, war ein Hindernis in ihrer Entwicklung.

Der Staat konnte bis zur Währungsreform kaum helfen, denn die Desorganisation in der Wirtschaft war durch den Währungsverfall zu weit fortgeschritten, als daß ein Einsatz staatlicher Mittel von Nutzen gewesen wäre.

Staatliche Hilfe erst nach der Währungsreform

Erst nach der Währungsreform konnte systematisch damit begonnen werden, die trostlose Lage zu bessern, die der unglückliche Ausgang des Krieges mit sich gebracht hatte.

In Eschwege wurde das Flugplatzgelände, auf dem bis 1949 „displaced persons“ untergebracht waren, zur Ansiedlung von Industriebetrieben freigegeben. Eine Anzahl von Flüchtlingsunternehmen begann alsbald mit dem Ausbau neuer Produktionsstätten. Sie wurden vom hessischen Staat durch Gewährung von Staatskrediten und Staatsbürgschaften unterstützt, denn der Mangel an Kapital erwies sich als die größte, kaum zu überwindende Schwierigkeit.

Insbesondere siedelten sich Unternehmen der eisenverarbeitenden Industrie an, die die bisher in Eschwege ansässigen Industriezweige vorteilhaft ergänzten. Der Aufbau der eisenverarbeitenden Industrie machte in den Jahren 1949—1954 so gute Fortschritte, daß die eingeseessene Textilwirtschaft, die bis dahin die größte Zahl an Arbeitnehmern beschäftigt hatte, an die zweite Stelle rückte.

Während sich in Eschwege die Gebäude auf dem Flugplatz für Neugründungen anboten, nutzten andere Unternehmen die Räume der leerstehenden Rüstungswerke in Wanfried aus. Textilunternehmen, die den Mut fanden, diese Räume wieder mit Leben zu erfüllen, konnten im Laufe der Jahre ihre Betriebe beträchtlich ausbauen und mit gutem Erfolg arbeiten, obwohl ihre Lage, nur wenige 100 m von der Zonengrenze entfernt, im Verkehr mit Lieferanten und Abnehmern manche Erschwernis mit sich brachte.

Die Entwicklung der Industrie wurde durch zweckentsprechende Hilfsmaßnahmen von Bund und Land planvoll gefördert. Im Jahre 1950 stellte der Bund im Rahmen des „Arbeitsbeschaffungsprogramms“ namhafte Beträge zur Verfügung. Dieser Aktion folgte im Jahre 1951 das „Sanierungsprogramm“ der Bundesregierung, das auch in den folgenden Jahren durchgeführt wurde. Insbesondere muß auf den „Hessenplan“ hingewiesen werden, den der hessische Minister-

präsident August Zinn Anfang des Jahres 1951 verkündete, der die Eingliederung der nach dem Kriege nach Hessen eingeströmten Heimatvertriebenen zum Ziele hatte und der bei der Ansiedlung neuer Unternehmen und der Stützung und Ausweitung bereits bestehender Betriebe ausgezeichnete und vielfältige Hilfe leistete.

Wie notwendig die Unterstützung von Bund und Land war, beweist am besten die Zahl der Arbeitslosen, die 1949 im Kreise Eschwege 25% der nicht selbständigen Beschäftigten ausmachte, während im Raum Sontra der Prozentsatz der Arbeitsuchenden bei über 30% lag.

Die Landwirtschaft, für die ebenfalls außer der laufenden Förderung durch das Land Mittel aus dem Sanierungsprogramm für Meliorationen wie zur Verbesserung der Betriebe bereitgestellt wurden, konnte zur Entlastung des Arbeitsmarktes kaum beitragen, da die Betriebsgrößen für die Beschäftigung einer größeren Anzahl von Arbeitskräften ungeeignet sind.

Neben Industrie und Landwirtschaft wurde der Straßenbau durch Bereitstellung erheblicher Mittel für den Ausbau des vernachlässigten Wegenetzes gefördert. Einerseits bot der Wegebau im Rahmen von Notstandsarbeiten erhebliche Beschäftigungsmöglichkeiten, andererseits aber mußten die in Grenznähe durch die Zonensperrung abgeschnittenen Verbindungen durch neue Straßen ersetzt werden.

Folgen der hermetischen Absperrung

Langsam begann sich das Leben wieder zu normalisieren, bis sich im Mai des Jahres 1952 neue Schwierigkeiten ergaben, als die Russen die Zonengrenze hermetisch schlossen und die letzten Verbindungen zur sowjetischen Besatzungszone unterbrachen. Durch diese Sperrung wurde die Benutzung der wenigen bisher noch freien Eisenbahnlinien oder Straßen, die infolge der Verzahnung des Grenzverlaufs ein kurzes Stück durch russisches Besatzungsgebiet führten und der Bevölkerung den Weg zur Arbeitsstätte erleichterten, unmöglich gemacht. Dadurch wurden die Bewohner der abgeschnittenen Orte gezwungen, weite und kostspielige Umwege zu machen, um nicht ihre Arbeit zu verlieren, auf die sie so sehr angewiesen waren.

Nicht nur die endgültige Sperrung des Grenzverkehrs war die Folge der russischen Maßnahme von 1952; bei einzelnen kleinen Gemeinden und Höfen unmittelbar an der Grenze kam es auch zu Störungen in der Wasser- und Energieversorgung. Das Land Hessen und der Bund stellten als Gegenmaßnahme alsbald Mittel bereit, um die neuen Erschwernisse soweit wie durchführbar zu beseitigen. Wiederum wurden neue Straßen, die die Zonengrenze umgehen, gebaut, der Berufsverkehr durch Übernahme der Mehrfahrtskosten entlastet, die durch die Umwege und die Benutzung von Omnibussen entstanden, und neue Wasser- und Stromleitungen, wenn erforderlich, gebaut. Außerdem mußte die Landwirtschaft für die Verluste, die sie durch die Absperrung jenseits der Grenze liegender Bebauungsflächen erlitten hatte, entschädigt werden.

Am härtesten wurden die Bewohner des südöstlichen Teiles des Kreises Eschwege, des Ringgaus, betroffen. Früher war die Bevölkerung zu dem nahegelegenen Eisenach orientiert, nach Kriegsende fand sie zum Teil Arbeit in den Kaligruben bei Hattorf und Heringen, die man noch mit der Eisenbahn durch russisch besetztes Gebiet erreichen konnte; nun war auch diese Verbindung ab-

geschnitten und aus einem Weg zur Arbeitsstätte von wenigen Bahnkilometern sind lange Omnibusfahrten geworden.

Trotz der Anstrengungen von Bund und Land gelang es bis 1954 nur im geringen Maße die Beschäftigungsmöglichkeiten im Kreise Eschwege zu verbessern und die Arbeitslosigkeit nachhaltig zu bekämpfen. Während neue Industriebetriebe entstanden und sich günstig entwickelten und die alteingesessenen Textilbetriebe wie die chemische Industrie einen erfreulichen Aufschwung nahmen, erlitten andere Industriezweige, die früher wichtige Faktoren des Wirtschaftslebens gewesen waren, Rückschläge, die sie nicht überwinden konnten. Die Lederindustrie, die vorübergehend vorhandene Schuhindustrie und die Zigarrenindustrie konnten infolge des schärfer werdenden Wettbewerbs mit ihrer Konkurrenz, die im ganzen Bundesgebiet schwer zu kämpfen hatte, nicht mehr Schritt halten; sie mußten ihre Produktion einstellen oder zum mindesten stark einschränken.

Bei dieser Entwicklung konnte es nicht überraschen, daß der Prozentsatz der Arbeitslosen im Kreise Eschwege ständig recht hoch blieb. Der Arbeitsmarkt zeigte zudem ungewöhnlich starke saisonale Schwankungen. Nach den Erhebungen des zuständigen Arbeitsamtes waren z. B. im Jahre 1954 im März ca. 4100 und im September 2260 Arbeitslose gemeldet, im März 1955 hatte das Arbeitsamt wieder 4500, im September 1955 dagegen nur 1250 Menschen zu betreuen. In diesen Zahlen spiegeln sich die Auswirkungen wider, die durch die Saisonarbeit der Landwirtschaft hervorgerufen sind. Sie sind aber auch damit zu erklären, daß von jeher viele Arbeitskräfte dieses Gebietes im Sommer als Bauarbeiter nach auswärts gingen.

Aus den angeführten Daten ergibt sich somit, daß selbst verstärkte Stützungsmaßnahmen, wie sie Bund und Land im Jahre 1954 mit dem Zonenrandprogramm bzw. dem hessischen Schwerpunktprogramm durchführten, nicht ausreichten, das wirtschaftliche Klima grundsätzlich zu ändern. Es ist zwar festzuhalten, daß sowohl die Erhöhung des Steueraufkommens wie auch vor allem der Spareinlagen auf eine Verbesserung der Einkommen und damit der Lebenshaltung hinweisen, aber der Teil der Bevölkerung, dem dieser Fortschritt zugute kam, war zu klein.

Die Folge dieser unerfreulichen wirtschaftlichen Lage war eine ständig steigende Abwanderung von Arbeitswilligen in die Industriezentren, die im Laufe der Jahre 1950 bis 1955 zu einer Verminderung der Bevölkerungszahl von 8% führte. Nicht nur die Heimatvertriebenen neigten zur Übersiedlung in wirtschaftlich bessere Gebiete, auch die Zahl der Einheimischen, die ihre Heimat verließen, war beträchtlich.

Lösung des Sontraer Problems

Die Abwanderungstendenzen machten sich auch im Raum Sontra bemerkbar, obwohl die dortigen Verhältnisse mit denen im Raum Eschwege nicht zu vergleichen sind. Infolge der wesentlich geringeren Zahl der Erwerbsfähigen war hier zwar die absolute Zahl der Erwerbslosen kleiner, ihr prozentualer Anteil hingegen ebenso hoch. Da sich die Belegschaftsstärke des Kupferschieferbergbaues, der die Beschäftigungsgrundlage dieses Gebietes bildete, nicht wesentlich änderte, dürften auch hier die saisonalen Schwankungen auf den Einfluß der Landwirtschaft und des Baugewerbes zurückzuführen sein.

Der für Sontra und viele umliegende Gemeinden so bedeutungsvolle Kupferschieferbergbau war für den Bund, der nach dem Kriege alleiniger Anteilseigner

geworden ist, eine Quelle ständiger Sorge. Der Reichenbergschacht, der als der ergiebigste angesehen und deshalb im Jahre 1949 zuerst in Betrieb genommen wurde, mußte nach einem Wassereinbruch im Jahre 1950 aufgegeben werden. Die Förderung der daraufhin gesümpften Schächte auf dem Wolfsberg und dem Schnepfenbusch wurde zwar soweit gesteigert, daß die Belegschaft des Kupferschieferbergbaues zeitweilig wieder auf 1400 Mann stieg, die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens konnte aber nicht erreicht werden, da infolge der zu geringen Mächtigkeit der Flöze der Abbau unrentabel war. Die jährlichen Subventionen, die der Bund für den Kupferschieferbergbau zahlen mußte, erreichten 7 bis 8 Millionen DM und zwangen zu Überlegungen nach einem anderen Ausweg. Da die Kupferförderung nur etwa 1% des westdeutschen Kupferverbrauchs ausmachte, also wirtschaftlich gesehen keine Rolle spielte, lag der Gedanke nahe, die Anlagen stillzulegen. Doch bestanden allseitig Bedenken wegen der Weiterbeschäftigung der Belegschaft, die man in dieser politisch exponierten Grenzlage nicht der Arbeitslosigkeit preisgeben konnte, zumal, auch auf die Dauer gesehen, andere Arbeitsmöglichkeiten nicht gegeben waren.

Auf Grund einer Anregung des wirtschaftspolitischen Ausschusses des Bundestages entschloß sich die Bundesregierung Anfang 1954, dem Lande Hessen einen Kredit von 20 Millionen DM zu äußerst günstigen Konditionen zur Verfügung zu stellen, um mit diesen Mitteln die Neuansiedlung von Industriebetrieben zu betreiben, die geeignet sind, die Belegschaft des Bergbaues zu übernehmen.

Trotz der günstigen Kreditbedingungen und der Tatsache, daß hier in einer Zeit der Verknappung genügend Arbeitskräfte vorhanden waren, war die Neigung der westdeutschen Industrie, Betriebe in diesen Raum zu legen, erstaunlich gering. Es bedurfte großer Anstrengungen aller mit der Neuansiedlung befaßten Stellen, die nunmehr gefundene Lösung zu erreichen.

Durch Ansiedlung von je zwei größeren Betrieben in Eschwege und in Sontra und Unterstützung einiger kleinerer Unternehmen im Raum Sontra-Bebra ist es gelungen, die Voraussetzungen für die Schaffung von über 2000 Arbeitsplätzen zu schaffen. Da beim Kupferschieferbergbau nach Abwanderung von mehr als 300 Bergleuten in andere Bergbaureviere noch etwas über 1000 Leute zur Verfügung standen, wird auch der Arbeitsmarkt im Raum Eschwege-Sontra in Zukunft eine fühlbare Entlastung finden.

Darüber hinaus ist damit zu rechnen, daß diese starke Belebung der industriellen Wirtschaft sich auch auf andere Gewerbezweige und den örtlichen Handel ausdehnt. Es kann mit Berechtigung angenommen werden, daß durch die gemeinsamen Anstrengungen von Bund und Land das Gebiet Eschwege-Sontra nach den schweren Jahren der Nachkriegszeit einen wirtschaftlichen Aufschwung nehmen wird, der nicht auf der Kriegswirtschaft aufgebaut ist, sondern auf der Hoffnung der neuen Unternehmen beruht, daß sie für die Erschwernisse, die zur Zeit an der Zonengrenze in Kauf zu nehmen sind, nach der Wiedervereinigung durch die besonders günstige, zentrale Lage belohnt werden.

Trotz dieses erzielten Erfolges bedarf jedoch der Raum weiterer Unterstützung, vor allem im Wegebau und auch für die Landwirtschaft; einerseits müssen die Arbeiter aus den abgelegenen Gegenden an die Industriezentren herangeführt werden, andererseits ist anzustreben, eine übermäßige Abwanderung landwirtschaftlicher Kräfte in die Industrie durch Verbesserung der Arbeitsverhältnisse in der Landwirtschaft zu verhindern.

Ein deutsches Institut für tropische und subtropische Landwirtschaft

CURT WINTER

„Tropical Agriculture“, das „Journal of the Imperial College of Tropical Agriculture“ in Trinidad, brachte im letzten Jahrgang eine Aufsatzreihe „The Teaching of Tropical Agriculture in Europe“. Vertreter der einzelnen europäischen Länder berichteten darin über ihre Einrichtungen für die Ausbildung in der tropischen Landwirtschaft. Das Ergebnis dieser Berichtsreihe wird zur umfassenden Bestandsaufnahme aller in Europa vorhandenen Ausbildungsstätten auf diesem Gebiet.

Es ist nun durchaus nicht zufällig, daß man solche Bestandsaufnahme gerade heute für zweckmäßig, vielleicht notwendig, ansieht.

Umbruch der Weltwirtschaft

Die Welt steht heute im Zeichen der Revolutionierung der wirtschaftspolitischen Situation. Auf dem Gebiete der Weltwirtschaft zeigt sich dieser Umbruch in der Erhöhung des Produktionsvolumens, in der Inanspruchnahme neuer geographischer Gebiete als Ersatz oder Ergänzung alter Produktionsstandorte und organisatorisch in der Erkenntnis der Notwendigkeit einer Zusammenfassung der wirtschaftlichen Kräfte der einzelnen Nationen zu internationaler Kooperation. Das gilt auch für das Gebiet der tropischen und subtropischen Landwirtschaft.

Auf diesem Gebiet tritt nun neben den allgemeinen Schwierigkeiten das Problem der Beschaffung der notwendigen Fachkräfte immer deutlicher und dringender in Erscheinung — der Engpaß der fehlenden Experten. Es ist also erklärlich, daß man einerseits zur Bestandsaufnahme in den vorhandenen Ausbildungsmöglichkeiten schreitet und zum andern, daß man — soweit die Ausbildungsstätten nicht ausreichen — zur Einrichtung von Lehranstalten für die tropische und subtropische Landwirtschaft aufruft. Die Aufsatzreihe „The Teaching of Tropical Agriculture“ in der Zeitschrift „Tropical Agriculture“ ist Bestandsaufnahme und Aufruf in einem.

Das Beispiel Hollands

Bezeichnend und aufschlußreich ist hier das Beispiel Hollands, d. h. die Antwort auf die Frage, wie sich Holland, das alte, seines reichen Besitzes beraubte Kolonialland, auf die neuen Verhältnisse einstellt.

Holland baut planmäßig und großzügig in fremdem „Kolonialland“ neu auf und sucht die Mitarbeit bei den großen internationa-

len Erschließungsvorhaben auf dem Gebiet der tropischen Landwirtschaft. Es zeigt damit, daß es sich der Bedeutung „kolonialer“ Arbeit für die holländische Wirtschaft bewußt ist. Der Gedanke, daß jetzt — nach dem Verlust des Kolonialreichs — das tropenlandwirtschaftliche Ausbildungswesen überflüssig geworden sei, ist in Holland wohl niemanden gekommen. Im Gegenteil, Holland ist dabei, seine beiden allgemein geachteten Ausbildungsstätten, die tropenlandwirtschaftliche Fakultät der Hochschule Wageningen und die Höhere Lehranstalt für tropische Landwirtschaft in Deventer, noch weiter auszugestalten.

Dieser Hinweis auf die „koloniale“ Wirtschaftspolitik im allgemeinen und auf die Wirtschaftspolitik Hollands im besonderen erscheint zweckmäßig, wenn es darum geht, für uns darüber Klarheit zu schaffen, ob es im volkswirtschaftlichen Interesse Deutschlands liegt, wenn draußen wieder deutsche Pflanzungen entstehen, wenn wieder deutsche Menschen als Farmer und Pflanze in alle Welt hinausgehen, wenn sich Deutschland mit seinem Anspruch auf Beteiligung bei der Durchführung der internationalen Planungen auf dem Gebiet der Tropischen Landwirtschaft durchsetzt.

Kann man das bejahen, muß man dafür sorgen, den dafür in Frage kommenden jungen Menschen eine Ausbildung zu geben, die sie insbesondere neben englischen und amerikanischen Fachkräften auf dem Gebiete der tropischen Landwirtschaft bestehen läßt. Deutschland benötigt dann wie alle europäischen Länder seine Lehranstalt für die tropische und subtropische Landwirtschaft.

Deutsche Kolonialschule

Deutschland braucht diese Anstalt nicht erst aus dem Nichts zu schaffen; sie ist vorhanden in der ehemaligen Deutschen Kolonialschule in Witzenhausen, dem „Deutschen Institut für die tropische und subtropische Landwirtschaft“, von der behauptet werden kann, daß sie in aller Welt bekannt und in ihren Leistungen anerkannt war.

Die Gründung der Deutschen Kolonialschule im Jahre 1898 verfolgte den Zweck, die für eine gesunde Entwicklung der deutschen Kolonien notwendigen Menschen so heranzubilden, daß sie ihrer Aufgabe fachlich und charakterlich gewachsen waren. Diese enge Begrenzung fiel jedoch schon in den ersten Jahren. Die Deutsche Kolonialschule war

bereits um die Jahrhundertwende ganz allgemein zu der höheren Lehranstalt für die tropische und subtropische Landwirtschaft geworden, die ihre Absolventen in alle Erdteile hinausgehen sah und zu der neben deutschen junge Menschen aus aller Herren Länder kamen, um sich für die landwirtschaftliche Arbeit in Übersee vorzubereiten.

Der Verlust der deutschen Kolonien nach dem Ersten Weltkrieg erforderte daher keine Umstellung. Der Andrang zu der Lehranstalt übertraf sogar den der Vorkriegszeit sehr beachtlich, und draußen in der tropischen und subtropischen Welt gewann der „Witzenhäuser“ wieder Raum und Einfluß, anfangs insbesondere in Ostasien, in Mittel- und Südamerika, dann aber auch bald wieder in den den Deutschen zunächst verschlossenen ehemals deutschen Kolonialgebieten.

Der Zweite Weltkrieg brachte für die Deutsche Kolonialschule und ihre ehemaligen Schüler einen weit stärkeren Rückschlag. Und trotzdem befinden sich heute noch, bzw. wieder, rund 100 Witzenhäuser Koloniallandwirte in aller Welt.

Der Lehrbetrieb konnte noch nicht wieder aufgenommen werden. Es bedurfte zunächst einmal längerer Zeit, um die durch Kriegs- und Nachkriegsmaßnahmen für fremde Zwecke in Anspruch genommenen Grundstücke, Gebäude und sonstigen Einrichtungen wieder in eigne Hand zu bekommen, sie wieder herzurichten.

Bestandsaufnahme

Die wissenschaftlichen und schulischen Einrichtungen sind im wesentlichen erhalten geblieben und auch schon wieder in den Dienst der Allgemeinheit gestellt worden. Die Deutsche Kolonialschule hat die wissenschaftliche Grundlegung ihrer Arbeit — Bücherei, Archiv und Seminar — in einem eigens dazu geschaffenen Institut, dem „Kolonialkundlichen Institut“, zusammengefaßt, das auch in- und ausländischen Interessenten der tropischen Landwirtschaft, der Wirtschaft, insbesondere der Exportindustrie als Auskunfts- und Beratungsstelle zur Verfügung steht. Die Bücherei ist wieder aufgestellt und geordnet worden; es ist wertvolle ausländische Literatur aus dem Jahrzehnt des Abgeschlossenseins beschafft worden, und schon seit 1946 gehen die wesentlichen ausländischen Fachzeitschriften wieder regelmäßig ein. Das Kolonialkundliche Institut dürfte den Rückstand, in den es in den Kriegs- und Nachkriegsjahren geraten war, wieder aufgeholt haben.

Die dem Institut angeschlossenen umfangreichen völkerkundlichen und kolonialwirtschaftlichen Sammlungen haben nur wenig Verluste gehabt, und die durch Beschuß und folgenden Frost stark in Mitleidenschaft gezogenen Bestände der tropischen Gewächshäuser konnten auch schon wieder zu einem beachtlichen Teil ergänzt werden.

Die Deutsche Kolonialschule verfügt heute wie früher über ein weltweites Netz von Mitarbeitern. Dieser Mitarbeiterstab setzt sich vorzugsweise aus den Hunderten im Verband Alter Herren der DKS zusammengeschlossenen ehemaligen Hörer zusammen, deren Hilfe in der wissenschaftlichen Arbeit, besonders für die Auskunft- und Beratungsarbeit des Kolonialkundlichen Instituts, außerordentlich wertvoll ist.

Wenn man die Frage der finanziellen Sicherung beiseite läßt, wären somit alle Voraussetzungen für die Aufnahme des Lehrbetriebs nunmehr wieder gegeben. —

Alte und neue Aufgaben

Die Deutsche Kolonialschule sieht mit Vertrauen in die Zukunft; sie kennt ihre Aufgabe: Sie wird wie in den vergangenen Jahrzehnten die Stätte sein für die fachliche Ausbildung von Pflanzern und Farmern für Übersee bei betonter Erziehung zu Menschen, die bei allem nationalen Bewußtsein Verständnis für die Belange und Gefühle fremder Völker und Achtung vor fremder Überzeugung haben.

Sie wird auch in Zukunft die Fachschule sein, in der die Söhne auslandsdeutscher Familien sich die Ausbildung für die Arbeit in Übersee holen und deutsches Land und deutsches Wesen erleben. Mit dem Auslandsdeutschen wird wieder der junge Ausländer kommen, insbesondere der Süd- und Mittelamerikaner, auch der Türke und Iraner, der Afrikaner. Deutsche und Fremde werden ungewollt die Ausbildung und Erziehung in der DKS unter weitere Horizonte stellen.

Ihren Namen jedoch, der ein halbes Jahrhundert lang in aller Welt mit Achtung genannt wurde, wird die Deutsche Kolonialschule aufgeben müssen. Sie muß der Tatsache, daß das koloniale Zeitalter endgültig vorüber ist, insbesondere der Mentalität der souverän gewordenen und souverän werdenden Nationen und Völker dieses Opfer bringen. In Anlehnung an die im Ausland für solche Anstalten gebräuchliche Bezeichnung wird sie als das „Deutsche Institut für tropische und subtropische Landwirtschaft“ an die Arbeit gehen.

Zum Problem des Atomsoldaten

Eine Zuschrift

WERNER PICTH

Wenn die Atmosphäre unseres öffentlichen Lebens noch fähig ist, Schallträger echter Töne zu sein, so müßte Ihr Heft „Soldat im Atomzeitalter“ Resonanz finden¹⁾. Hier wird — endlich — ein energischer Versuch unternommen, die Konsequenzen der atomaren Kriegführung für Krieg und Kämpfer zu durchdenken. Damit ist mit der kriegesischen Wirklichkeit, auf die ein künftiges Soldatentum zu beziehen ist, jener Ernst gemacht, den dessen Erörterung und Planung in der Bundesrepublik so erschreckend vermissen läßt. Es ist die Position bezogen, von der aus die Problematik dieses Soldatentums und sein wehrgeschichtlicher Standort erkennbar werden.

Die Wahl der Perspektive, die nicht willkürlich, sondern durch die Sache selbst vorgeschrieben ist, ergibt wesentliche Erkenntnisse. Es wird deutlich, daß die Perversion des Krieges, der durch Vernichtungsmittel statt durch Waffen entschieden werden soll und so den Charakter einer kämpferischen Begegnung verliert, zu einer Auflösung des Kriegsbegriffes geführt hat. Die Abfolge Kampf — Sieg — Frieden ist aufgehoben. So kann hinfür weder vom Krieg noch vom Soldaten im bisherigen Wortsinn die Rede sein. Wir durchleben eine revolutionisierende Wende der Wehrgeschichte, die ein radikales Umdenken im militärischen Bereich fordert.

Das betrifft nicht nur Organisation und Ausbildung der Streitkräfte, Strategie und Taktik ihrer Verwendung, Geist und Gestalt des Kämpfertums. Auch der Politiker, der Völkerrechtler, der Moraltheologe hat die Folgerungen aus der neuen Lage zu ziehen. Ja jeder Einzelne ist als mitverantwortlicher Bürger, als sittliche Persönlichkeit wie als ein im Ernstfall Mitbetroffener vor diese Aufgabe gestellt. Das Bewußtsein dieses umfassenden Charakters der Wandlung, das sich selbst bei den mit der Wiederbewaffnung verantwortlich Befassten noch keineswegs durchgesetzt hat, kommt in der Thematik des Heftes wie in den Beiträgen der Redaktion zu höchst wirksamem Ausdruck. Die Verbindung von sachlicher Information, verantwortungsbewußter, an einer sittlichen Wertordnung orientierter Kritik und der Bemühung um eine „Metaphysik der Lage“ ist ebenso

vorbildlich wie der Mut, ohne Rücksicht auf approbierte Meinungen eigene Wege zu gehen. Die Urteilsbildung ist durch kein Ressentiment, durch kein pro- oder antimilitärisches Vorurteil, durch keine „reaktionäre“ oder „fortschrittliche“ Tendenz beeinflusst.

Warum bleibt trotz so günstiger — und seltener — Voraussetzungen sachlicher Erkenntnis die Frage nach dem Soldaten im Atomzeitalter, um welche die Publikation kreist, ohne befriedigendes Ergebnis, ja letzten Endes überhaupt ohne Antwort? Die Absicht dieser Zeilen ist keine polemische. Den Herausgebern wie mir geht es um die Sache, und zwar, wie aus dem Gesagten hervorgeht, auf Grund einer Gemeinsamkeit, die man wohl als Bereitschaft zu unbedingtem Wirklichkeitsgehorsam bezeichnen könnte, „Wirklichkeit“ im umfassenden Sinne einer menschlich-kosmischen Gesamtordnung verstanden. Dies vorausgeschickt, mag es die Klärung der Divergenz der Auffassungen erleichtern, wenn ich mich auf die Kritik meines Buches „Wiederbewaffnung“ in *Gemeinschaft und Politik* beziehe²⁾.

Meine Etikettierung als Romantiker der Kriegsphilosophie im Gegensatz zum Klassiker Clausewitz — eine Gegenüberstellung, die das vorliegende Heft durch Textwiedergaben bekräftigt — überrascht mich. Mein Versuch einer Deutung der deutschen Wehrgeschichte mündet in die Feststellung, daß Krieg und Soldatentum in der Begriffe eigentlicher Bedeutung ihr Ende gefunden haben. Sie sieht nicht nach einer romantischen „Flucht nach rückwärts“ aus³⁾. Meine Veröffentlichung wurde vorgelegt, als ein so radikales und das verständnislose Mißfallen vieler Soldaten herausforderndes Fazit der Entwicklung der Kampftechnik und anderer Faktoren noch weit befremdlicher wirken mußte als heute. Sie entspricht der Aussage in *Gemeinschaft und Politik*, durch die Pervertierung des

¹⁾ Vgl. *Gemeinschaft und Politik* Nr. 8—9/1955 (Atomkrieg — Grundlegende Informationen)

²⁾ Vgl. *Gemeinschaft und Politik* Nr. 3/1955 Klassik und Romantik des Krieges, S. 34 ff.

³⁾ Vom Wesen des Krieges und vom Kriegswesen der Deutschen. Friedrich Vorwerk Verlag, Stuttgart 1952.

totalen Krieges sei der Krieg kriminalisiert und der Soldat zerstört worden. In der Beurteilung der Lage herrscht also Übereinstimmung.

Meine Folgerung, der Soldat müsse sich als Träger der Handlung im Vernichtungskrieg zu einer Besinnung auf Wesen und Zweck der Kriegführung genötigt sehen, führt zu der Forderung, „die Technik in Grenzen zu verweisen, wie sie das Sittengesetz, der in der Totalität der Zerstörung nicht zu verwirklichende Kriegszweck und die Menschenwürde des Kämpfers vorschreiben“. Das wird als Romantik abgelehnt. Im gleichen Atemzug aber wird erklärt, es bleibe die Möglichkeit, „daß im soldatischen Bereich ein neues Kampftum erwacht, dessen revolutionierender Griff jener Griff in den Arm der Atombarbaren und der zivilen Vernichtungsauflöser ist, um denen das Handwerk zu legen, die die Existenz von Gemeinschaft, den Sinn aller Politik, das Leben in seiner Ganzheit und selbst das Dasein der Erde von Grund auf bedrohen“. Damit scheint der Rezensent sich selbst zu widersprechen. Wie läßt sich dieser Widerspruch auflösen?

Die Besprechung selber beantwortet diese Frage nicht, aber sie enthält Hinweise, vor allem in dem Versuch meiner „Verortung“. Dabei sind Mißverständnisse unterlaufen. Aus der Altersstufe des Verfassers und dem Zitieren eines Schriftstellers von der zeitgeschichtlichen Bedeutung Ernst Jüngers lassen sich keine summarischen Schlüsse auf meinen geistigen Standort ziehen. Die Einordnung meines Buches „Wiederbewaffnung“ in den „Bereich nationalrevolutionärer Mythologie und Mystik“ ist mir schlechthin unverständlich. Wie ich zu keiner Zeit in der Nachbarschaft der „alten Nationalrevolutionäre“ zu finden war, liegt mir auch der „heroische Pessimismus der konservativen Revolutionäre“ denkbar fern. Das dürfte schon aus meinem Buch „Jenseits von Pazifismus und Nationalismus“ hervorgehen, im besonderen aus der dort zu findenden Kritik des Jung-Nationalismus¹⁾. Ebenso wenig ist die generalisierende Feststellung haltbar, es sei das geistige Schicksal meiner Generation, in der „Romantik der Ahnungen und Sehnsüchte gebunden zu bleiben“ und nicht über die Horizonte Nietzsches hinauszusehen. Wer so urteilt, unterschätzt die Freiheit des Geistes und übersieht die Vielschichtigkeit einer geistigen Epoche, deren Reichtum den Jüngeren kaum noch gegenwärtig ist. Er folgert aus dem Datum der Geburt eine Taubheit gegenüber den Posaunensignalen der von uns durchlebten Geschichte, die dem ge-

übten Ohr bisweilen wohl vernehmbarer sind als der Jugend. Ein Blick in die Runde müßte davon gerade die Sprecher des Instituts für Geosozio- und Politik überzeugen, die den Mut haben, als Rufer in der Wüste aufzutreten.

Was ergibt sich daraus zur Sache? Welche Voraussetzungen sind zu erfüllen, damit man der Zuerkennung eines „schicksalbildenden revolutionären Ranges“ für würdig befunden wird? Welche „Wandlung im soldatischen Sinnauftrag“ glaubt man zu erkennen? Die erläuternde Aussage, dieser habe „das neue Kampftum zu einer Gewährleistung völkischer und übernationaler Gemeinschaftskultur zu berufen“, besagt wenig. Der Soldat hat noch nie eine Kultur „gewährleistet“. Er hat ihr bestenfalls den Schild vorgehalten.

Will man dahinterkommen, worauf der revolutionäre Wille abzielt, der sich hier zu Worte meldet, so muß man seinen Ursprüngen nachgehen. Dabei trifft man auf Richard Euringer als den Vater der atomaren Logik. Sie wurzelt in einem menschlichen Schicksal, das die Dignität des Typischen hat. Ein soldatischer Mensch und gläubiger Christ, dem Volke verbunden und dem Dienst an der Gemeinschaft verschrieben, durchlebt der Dichter zwei Weltkriege und die Leiden der Gefangenschaft. Er schreibt nicht, wie viele es tun, unter dem Eindruck der Schrecken den Soldaten ab, sondern wird zum soldatischen Friedenskämpfer²⁾. Das ist ehrwürdig. So transzendiert er, in dem die Freunde die Verkörperung der Einheit von Soldat und Priester sehen, den Begriff des Soldaten. Er fordert von ihm den „absoluten Willen zur Selbstverleugung, zur Selbstopferung“. „So fasse ich den Soldaten auf: als den Vorkämpfer von Gerechtigkeit gegen Selbstsucht.“ Die Grenzen des Begriffes verwischen sich. Er wird zugleich idealisiert und generalisiert. „Ob Soldat ob nicht Soldat, darum geht es überhaupt nicht. Es geht um Sühnewillige.“ Daraus folgern die Jünger, als deren Sprecher Ernst van Loen auftritt, der Soldat habe eine neue Rolle im Leben der Völker erhalten. Unter ihm ist der „sittliche Wir-Verhaltens-Typus“ zu verstehen. Er ist „vielleicht als letzter menschlicher Typus überhaupt noch für objektive Werte ansprechbar“. Er ist „zum letzten ‚Humanisten‘ unserer Tage aufgerufen“.

¹⁾ Erschienen bei Georg D. W. Callwey, München 1932.

²⁾ Vgl. Richard Euringer, *Der Soldat und der Friede*, Verlag des Instituts, Bad Godesberg, 1954. Mit einem Beitrag von Ernst van Loen, Die größere Passion.

Die „atomare Logik“ ist nichts anderes als die Anwendung dieser Lehre auf die heutige Lage. So wie Adelbert Weinstein (über dessen militärische Folgerungen aus den „atomaren Tatsachen“ nicht zufällig ausführlich referiert wird), seit er Zeuge der Luftmanöver Carte Blanche war, als Militärkritiker unter dem Einfluß dieses Traumas steht, ist auch der soldatische Mensch Euringerscher Prägung, der sich für den Bestand der Gemeinschaft verantwortlich fühlt, der Hypnose des atomaren Schlangengleichnisses verfallen. Das Schicksal unserer Generation — eine bedenkliche Einengung des Blickfelds — scheint nur von einer einzigen Frage, nämlich der Atomfrage abzuhängen. Die Verwendung aller verfügbaren Atomwaffen im Kriegsfall gilt als unwiderrufliche Fatalität. Aus dieser „Atomsackgasse“ gibt es nur einen Ausweg: den „Umschlag in die fällige Selbstbesinnungsepoche der Welt“, „die Selbstrevision der Machtblöcke in der Vernunftwende nach innen zum Abbau ihres orthodoxen Materialismus.“ In dieser Lage wird der Soldat zum absoluten Feind des heißen Krieges. Für ihn gibt es nur die Alternative, entweder die Rolle des Henkers oder diejenige des Rebellen zu übernehmen. Er tritt in die elementare Ausgangsstellung seiner geschichtlichen Herkunft zurück. Damit sind wir alle zu Rittern eines geistigen Soldatentums geschlagen, zu Widerstandskämpfern gegen den ausbrechenden Nihilismus. Der entartete Krieg verlagert sich in den Gewissensbereich des Menschen.

Für diesen Radikalismus spricht nicht nur sein sittlicher Ernst, der auf einen anderen Ton gestimmt ist als die halbherzigen Äußerungen der Politiker gegen die Barbarisierung der Kriegführung. Wird hier von dem soldatischen Friedenskämpfer gesprochen, so besagt das etwas anderes, als wenn die amtliche Planung es als Aufgabe des künftigen deutschen Soldaten bezeichnet, den Frieden zu gewinnen. Idem non est idem. Die defensive Orientierung der gegenwärtigen Aufrüstung ist nicht vergleichbar mit diesem ethischen Aktivismus. Den Initiatoren dieser Aufrüstung sind der soldatische Mensch wie der Kampf antipathisch. Sie unterlassen es jedoch, die Wiederbewaffnung von dem Verzicht des Einsatzes von Atomwaffen auf deutschem Raum abhängig zu machen¹⁾.

Der ethische Aktivismus der Verfasser ist auch nicht damit abzufertigen, daß man die Schlüssigkeit seiner Argumentation bestreitet. Dieses einleisige Denken, das gleichsam unter atomarem Antrieb seine Bahn verfolgt, ist den Überlegungen der Prak-

tiker darin überlegen, daß es unbeirrbar auf das Wesentliche gerichtet ist. So enthüllt sich ihm der „offenkundige Nihilismus“ der Beurteilung des Krieges in den Kreisen des amerikanischen Generalstabs (in der Besprechung des Buches „Atomic Weapons in Land Combat“). So enthüllt sich ihm die unhaltbare Paradoxie einer Strategie, die plant, was nicht vollstreckt werden darf, und damit der innere Widerspruch, in den ein künftiges Soldatentum hineingestellt wird. So enthüllt sich die Schwäche einer Wehrreform, die ein Randproblem — das des „Inneren Gefüges“ — zu ihrem zentralen Anliegen macht. So endlich die Tatsache, daß das Auftauchen der neuen Armee die Demokratie in ihre entscheidende Gewissenskrise führt, wovor sie keine Demokratisierung des Soldatentums bewahren wird.

Aber die Unbedingtheit, welche die Stärke dieses Denkens ist, wird zugleich zum Fallstrick. Geschichtliche Abläufe vollziehen sich nicht mit der Logik eines Rechenexempels, und ebenso wenig läßt sich eine menschliche Situation in mathematischer Abstraktion umschreiben. Der Soldat von morgen wird nicht unter dem vermeinten Entweder-Oder stehen.

Es ist eine wenn nicht romantische, so doch utopische Überforderung, den Soldaten, die heute eingestellt und geschult werden, die Rolle von Widerstandskämpfern gegen den nihilistischen Materialismus zuzuschreiben, auch wenn dieser Ost wie West, ja die Existenz der Menschheit bedroht. Es ist eine Illusion zu meinen, eine Selbstbesinnung der Welt könne durch eine Gefährdung ausgelöst werden, die jene Selbstbesinnung „fällig“ mache. Die christliche Wurzel dieser soldatischen Metaphysik müßte darüber belehren, daß der Weltanschauung des nihilistischen Materialismus nur durch einen Glauben zu begegnen ist, der Sinn und Bestimmung des menschlichen Daseins definiert.

Dem Soldaten ist nicht damit geholfen, daß man ihn vor die Alternative „Henker oder Rebell“ stellt. So entwürdigt man seinen Beruf, der ihn nun einmal auf den Einsatz im Kriege verpflichtet, und fordert ihm einen „militanten Pazifismus“ ab, der sich praktisch doch wohl nur in Form einer Sabotage dieses Berufs, also in einer Pflichtverletzung und Selbstverneinung auswirken könnte. Man stelle sich mit der gleichen Entschiedenheit wie den atomaren Tatsachen der soldatischen Wirklichkeit

¹⁾ Vgl. Weinstein, Keiner kann den Krieg gewinnen. Verlag Schimmelbusch & Co., Bonn 1955, S. 62.

und beantworte die Frage, wie der Landser sich in dieser Zwickmühle verhalten solle. Man verwirft mit Recht das „unpolitische Kämpfertum einer positivistischen Epoche“. Damit ist gesagt, daß dem Soldaten auch der mit seiner Funktion als Kämpfer im Atomkrieg gegebene Konflikt nicht zu ersparen ist. Diese Spannung hat er auszuhalten. Sie kann fruchtbar werden, wenn sie im Rahmen des Soldatentums sittliche Kräfte weckt, die den Tendenzen zur Bändigung der Vernichtungswaffen im politischen Raum zu Hilfe kommen, und die vor allem dem höchst bedrohlichen nihilistischen Materialismus der Strategen entgegentreten. Dies entspricht dem Wesen jener soldatischen Ethik, von welcher die Planer des künftigen (west-)deutschen Soldaten nichts wissen wollen, womit sich ihr „Humanismus“ in unbegreiflicher Verblendung seiner stärksten Stütze begibt. Die Erfüllung der Ur-Sehnsucht des Menschengeschlechts nach Gewinnung des Friedens ist ein anderes Ding. Sie ist nicht in die Hände des Soldaten noch des soldatischen Menschen als solchem gelegt. Sie erfolgt nicht unter atomarem Zwang. Der wirkliche Frieden — hier darf an ein Wort von Nietzsche erinnert werden — „muß immer auf einem Frieden der Gesinnung beruhen“. Den Geist des Friedens „kann

man nicht in unsere Mitte bannen, wenn man sich ihm nicht ausliefert. Die Politiker fürchten ein solches Wagnis, ohne zu bedenken, daß es keine lebensgefährlichere Politik gibt als das Jonglieren am Abgrund, über das sich die Staatskunst der Welt seit dem (Ersten) Weltkrieg nicht zu erheben vermochte. Das Reden über den Frieden, das Feilschen um den Frieden, das Organisieren von Friedensapparaten wird den Krieg nicht verhindern. Den Frieden gewinnt der Welt nur, wer sich durch einen Akt des Glaubens zu ihm bekennt — der durchaus jenseits der umstrittenen Positionen von Pazifismus und Wehrhaftigkeit, von Patriotismus und Internationalismus läge. In seiner Verwirklichung könnte die zerrissene Nation der Deutschen zu neuer Einheit zusammenwachsen. Sie würde eine Sinngabe gemeinsamen Handelns jenseits trennender Überzeugungen finden. Sie würde den Grund zu neuer Größe legen — zwar nicht im Zeichen des Pazifismus, aber in dem des Friedens.“¹⁾ Diese 1932 geschriebenen Worte haben eine neue Aktualität gewonnen. Sie dürften belegen, daß mein Ziel von dem der atomaren Logiker nicht allzu verschieden ist.

¹⁾ Picht, Jenseits von Pazifismus und Nationalismus, a. a. O., S. 181 f.

Der Krieg ist nicht mehr zu retten

Unsere Antwort

Haben Sie Dank für Ihre wertvolle Zuschrift. Erlauben Sie uns bitte, auf zwei Punkte besonders einzugehen. Romantisch muß die Vorstellung erscheinen, daß „dem Soldaten, der heute die Uniform anzuziehen hat“, die Alternative „Henker oder Rebell“ noch erspart bleiben könne. Man stellt sich nicht dadurch der soldatischen Wirklichkeit, daß man den rasanten Militarisierungsbetrieb der werdenden Kriegsdemokratie als das einzig Wirkliche betrachtet, bloß weil inzwischen die Tatsache der uniformierten Atomtruppen geschaffen wird. Die Hoffnung, aus dem „Inneren“ der Truppe zur sittlichen Verwandlung der kämpferischen Vorgänge zu gelangen, resultiert aus Ihrer geistigen Distanz zu den politischen Entscheidungen und aus der Einsicht in die Ohnmacht gegenüber dem Ablauf der demokratischen Militärmaschine. Diese Hoffnung wird aber nicht erst zerschellen, wenn die Gewalt der kriegerischen Mechanismen ausgelöst ist und alle aus dem Inneren der Truppe kommenden

Versuche einer Versittlichung des Kampfes sich als ohnmächtig erweisen. Die Hoffnung ist bereits gegenstandslos durch ihre Voraussetzung, den Glauben an den Wirklichkeitscharakter der faktischen Militärpolitik. Diese ist nicht in erster Linie wirklich, sondern tatsächlich. Als wirkliche ist sie verbrecherisch. Man hat sich ihr nicht zu stellen, sondern man hat sie zu stellen! Von daher glauben wir berechtigt zu sein zu der Behauptung, daß unser Heft „Soldat im Atomzeitalter“ dem einzelnen Deutschen, ob zukünftig Soldat oder nicht, klare Antworten erteilt. Indem wir den verbrecherischen Charakter der Atomstrategie und die Kriminalisierung des Krieges im Atomzeitalter herausgearbeitet und überzeugend dargelegt haben, verfügt der aufmerksame Leser über die Voraussetzungen zu seiner persönlichen Entscheidung, diese selbst kann man ihm nicht abnehmen. Wir halten zu viel von der Würde der Einzelperson, als daß wir die sittliche Entscheidung des Einzelnen unter den Zwang einer

Gesetzgebung beugen ließen, die den verbrecherischen Charakter der Massenvernichtungen ignoriert. Die Tatsache, daß die moderne Militär- und Kriegsgesetzgebung Verbrechen zu gesetzlichen Verpflichtungen macht, kann uns nicht der Aufgabe entheben, das Verbrecherische als solches zu kennzeichnen. Wenn anderen die sittlichen Maßstäbe für die Unterscheidung von Massenmord und sittlicher Kampfführung abhanden gekommen sind, so können wir uns diesen Tatsachen nur dadurch stellen, daß wir die Unterscheidung treffen und die Maßstäbe, wo sie zerfallen sind, wieder aufrichten.

Mehr aber können wir nicht tun. Oder verlangen Sie von uns, daß wir die Sinnlosigkeiten der anderen auf Umwegen doch noch für sinnvoll erklären? Glauben Sie, diejenigen, die das nicht können, weiterhin mit dem Vorwurf belasten zu müssen, daß auch sie keine Antwort auf die atomare Ausweglosigkeit wüßten? Sie würden uns damit eine Beweislast zumuten, die uns nicht zukommt. Ihre über unsere Antwort hinausgehenden Fragen sind daher an diejenigen zu richten, welche den Soldaten in seinen sittlichen Notstand stürzen.

Solange Sie nicht angesichts der atomaren und nuklearen Tatsachen eindeutig eine Rückkehr zur konventionellen und klassischen Kriegführung als ausgeschlossen betrachten, befinden Sie sich eben doch in gewisser Weise auf einer Flucht in die Vergangenheit. Ähnlich wie die Atom-Ignoranten, die analog der Gaskrieg-Entwicklung von der Annahme ausgehen, daß die atomare Kriegführung weitgehend paralysiert sei durch das Vorhandensein von atomaren Vernichtungsmitteln auf allen beteiligten Seiten. Sobald Sie sich aber durchringen zu der Erkenntnis, daß ein Zurück in die konventionellen Formen eines versittlichten Krieges nicht mehr möglich ist, weil eben die atomaren Tatbestände die Chance größerer Vernichtung bieten und das Bewußtsein des Menschen unabwendbar bedrohen, müssen Sie auch zu der Erkenntnis gelangen, daß wir dem Soldaten nichts anderes als den objektiven Verbrecherscharakter des modernen kriegerischen Massakers mitteilen müssen.

Der deutsche Soldat im Atomzeitalter versteht sich entweder als Kämpfer gegen den Atomkrieg, oder er ist an Handlungen mitbeteiligt, denen man den Charakter von Verbrechensvorbereitung und Kriegsverbrechen nicht mehr absprechen kann. Betrachtet er sich als Kämpfer gegen den Atomkrieg, so darf er nicht von der Annahme einer Rück-

kehr zu den konventionellen Formen des Krieges ausgehen. Er muß vielmehr einsehen, daß die atomaren und nuklearen Tatbestände ein moderner Sündenfall des Menschen sind, ein überschrittener Rubikon, über den es kein Zurück mehr gibt. Unser Doppelheft „Soldat im Atomzeitalter“ belegt auch dieses Nichtmehrzurückkönnen und widerlegt damit jeden Romantizismus, wie er heute von bestimmten Traditionsverbänden und Soldatenvereinigungen gehegt wird. Vorwärts über das Atomzeitalter und das Massaker-Wissen hinaus heißt aber für den deutschen Soldaten Einsatz aller soldatischen Tugenden, nicht Pflichtverletzung und Selbstverneinung, wie Sie annehmen. Denn wie sollte der Kampf gegen Vorbereitung und Ausführung des Massenmords in Ost und West und der Vernichtung unseres Volkes und unserer Kultur anders als durch Einsatz aller soldatischen Tugenden gewonnen werden. Daß der Soldat bislang in seiner Geschichte auf andersartigen Kriegsschauplätzen gekämpft hat, besagt gar nichts gegen diese seine neuen Kampfpplätze. Daß der Soldat neue Formen der Kampfführung übernehmen muß, resultiert gerade aus den völlig neuen Bedingungen, unter denen deutsches Soldatentum heute verwirklicht werden muß. Neue Zeiten bedingen neue Formen.

Es hieße den Soldaten, seinen Sinnauftrag und seine Würde zu verkennen, würde man ihn zum sturen Befehlsempfänger von Managern degradieren, die über Zweck und Ziel der Einsätze bestimmen, Soldatentum im Zeitalter der Volkskriege war schon eingebunden in die Sinnhaftigkeit des kriegerischen Geschehens, in die gemeinschaftliche Befreiung des Volkes und Sicherstellung der nationalen Existenz. Wenn wir heute in die Vorstellungen der Söldnerzeit zurückfallen, dann werden die Soldaten zu ausführenden Handlangern verbrecherischer Gesellschaftsmächte und von diesen gesteuerter Staatsapparaturen herabgewürdigt. Dann wird zumindest eine schismatische Spaltung im soldatischen Raum auftauchen: die Aufspaltung der Soldaten in die Atomroboter der militanten Demokratie und in die Schildträger der Völker und Kulturen. Schildträger der Völker und Kulturen ist jeder Kämpfer gegen die Planungen und Ausführung der atomaren Verbrechen in Ost und West. In diesem Sinne ist heute jeder Deutsche zum Kämpfer aufgerufen, gleichgültig ob er im „zivilen“ Leben steht oder eines Tages „zu den Waffen“ gerufen wird, die den Charakter der Waffe verloren haben.

Die Schriftleitung

Atompanik — Atomignoranz

Franz Borkenau verbreitet sich über Entwicklung und Hintergründe der gegenwärtigen sowjetischen militärischen Planungen.¹⁾ Er wendet sich dabei gegen diejenigen, welche unter dem Eindruck von „Carte Blanche“ den Standpunkt vertreten, daß angesichts der Atomgefahr konventionelle Kriegführung und jede normale Bewaffnung ihren Sinn verloren habe. Borkenau zieht einen Vergleich mit der Gaspanik in England in den Jahren 1938/39 und diffamiert diejenigen als „Atompaniker“, die solchen Vergleich als gegenstandslos bestreiten. Indessen nimmt er für sich in Anspruch, mit seiner Bagatellisierung des Atomproblems als Realist zu gelten.

Borkenau scheint die Atomfrage noch immer nicht in ihrem weltgeschichtlichen Rang begriffen zu haben. Er glaubt, ihre existentielle Problematik durch politische Analysen entwerthen zu können. So versucht er in dem vorliegenden Aufsatz die Bedeutung der atomtechnischen und atommilitärischen Tatsachen mit der Begründung herabzusetzen, daß sich der Osten der Furcht vor diesen Tatsachen in seiner psychologischen Kriegführung bedienen könne. Wir müssen uns jedoch zu der Einsicht durchringen, daß vor der Atomfrage ideologische Gesichtspunkte nur noch zweitrangige Bedeutung haben. Alle inneren und äußeren Entwicklungen in Ost und West unterliegen der Erstrangigkeit der atomaren und nuklearen Tatbestände. Diese zwingen sowohl dem Westen wie dem Osten das Gesetz des Handelns auf.

Atomrealistik

Borkenau glaubt in seiner vordergründigen Beurteilung der atomaren Lage zwischen nasser und echter Atombeurteilung unterscheiden zu müssen. Der begreiflichen Apathie der Massen müsse man die Atomrealistik der Militärs gegenüberstellen. Die Militärs allein seien sich der wirklichen Bedeutung der atomaren Tatsachen bewußt. Indessen müssen wir feststellen, daß gerade die sogenannten Realisten unter den Militärs vor den atomaren Tatsachen kapituliert haben. Denn sie sind es, die sich inzwischen einfalllos mit der Strategie des Massenmords abgefunden haben. Sie sind die Narren ihres eigenen Realismus geworden, während die von Borkenau als dumpf und apathisch bezeichneten Massen als Opfer einer gesteuerten Atompropa-

ganda noch den echten Spürsinn für die ungeheuerliche Bedrohung besitzen. Diesen untrüglichen Instinkt scheinen sie jetzt gerade durch ihre Passivität und ihren ans Neurotische grenzenden Fatalismus zu beweisen, den Borkenau unter Umkehrung der Beweislast denen aufhalsen möchte, die er als Atompaniker brandmarkt, weil sie den Mut haben, allen Bagatellisierungsversuchen der Atomignoranten zum Trotz auf den Ernst der Lage hinzuweisen.

Folge der Panikmache

Borkenau geht es um die Frage, ob Moskau nicht bereits durch den Erfolg der Atompropaganda der halbe Sieg in die Hand gespielt werde. Wie liegen die Tatsachen in Wirklichkeit? Woher kommt die Atomresignation? Sie ist das Ergebnis einer jahrelang von oben systematisch betriebenen Panik-Propaganda, die in infernalischer Absicht jede Möglichkeit abgewürgt hat, die täglichen Hiobsbotschaften vom Stande der Atomrevolution zu Ende zu denken. Einseitige Mitteilung barbarischer Tatsachen und radikales Abwürgen jeder Vernunftprüfung hat erst die vollständige Lähmung in den Massen bewirkt. Diese sind heute weder aktiv für die Vollstreckung einer atomaren Strategie zu gewinnen, noch sind sie in eine Widerstandsbewegung gegen den Atombolschewismus einzukalkulieren.

„Bürgerliche“ Kriegsauffassung

Borkenau versucht, die von der „bürgerlichen“ Kriegsauffassung abweichende Doktrin des kommunistischen Bürgerkriegsbegriffes für die Klärung der gegenwärtigen Lage heranzuziehen. Nicht der technische Charakter einer Waffe an sich besage etwas über Art und Bedeutung ihrer künftigen Verwendung, vielmehr nur die strategische und politische Gesamtplanung derer, die sich im Besitze solcher Waffen befinden und sich ihrer bedienen. Borkenau übersieht die Tatsache, daß durch die Atomrevolution alle dogmatischen Festlegungen und Anweisungen der kommunistischen Strategie und Taktik des permanenten Bürgerkrieges ebenso fragwürdig geworden sind wie die sogenannte bürgerliche Kriegsauffassung des Westens. Auch diese ist mit der Atomrevolution zusammengebrochen. Oder will Borkenau die totalitäre Massenvertilgungstechnik der Westalliierten im Zweiten Weltkrieg und die neueste Kammerjäger-Strategie der

¹⁾ Nation Europa Nr. 11/1955, S. 9 ff.

Wasserstoffbomben-Planungen etwa als eine „bürgerliche“ Veraschungs-Doktrin in einen moralischen Gegensatz stellen zu der haargenau gleichen Vertilgungs-Doktrin der kommunistischen Atomstrategie?¹⁾ Alle „bürgerlichen“ und „proletarischen“ Plakatierungen sind angesichts der atomaren und nuklearen Sachlage überholt. Die Barbarei der einen Seite ist die gleiche wie die der anderen. Es ist den Völkern völlig gleich, welche Embleme man morgen über ihre Massengräber setzen würde.

Partisanen-Doktrin

Borkenau verweist auf die bolschewistische Theorie, daß der Krieg zu 90% mit der politischen Waffe verrichtet werde und nur die restlichen 10% der militärischen Strategie überlassen bleiben. Den Übergang von der „totalen Politik“ zur „totalen Militäraktion“ bilde der Partisanenkrieg durch schrittweise Erweiterung zum Großkampf. Erst zuletzt solle dieser dann in den Atomangriff übergehen. Dem steht die Tatsache entgegen, daß jeder totale Krieg als Endauseinandersetzung zwischen Atomgiganten beide Seiten zum sofortigen Einsatz aller Kaliber zwingt. Die kommunistische Partisanen-Doktrin würde also bereits an der inneren Logik der für alle Seiten geltenden atomaren Strategie scheitern, wonach keiner es sich erlauben kann, eine schleichende Entwicklung zur Großauseinandersetzung sich erst entwickeln zu lassen. Der Westen jedenfalls würde solchen Versuch bereits im Keime erkennen und direkt atomar stellen.

Atombolschewismus

Nach Borkenau gehen die Kommunisten davon aus, daß massive Bewaffnung und permanente Drohung Faktoren ersten Ranges zur politischen Zersetzung des Gegners seien. Aber zersetzt wird nur, wer zersetzungsreif ist. Borkenau glaubt seine Formel, daß Atomfurcht der Schrittmacher des Bolschewismus sei, durch neueste Konzeptionen und Formulierungen russischer Militärs belegen zu können. Die „nicht eingesetzte“ Atomwaffe, sagt er, sei ein unvergleichlich stärkerer Faktor der kommunistischen Strategie als die eingesetzte. Moskau wisse, daß die nur politisch eingesetzte Atomwaffe (Atomfurcht) zu keiner militärischen Gegenaktion führen könne, dennoch aber die Zersetzungs-chance beim Gegner erhöhe. Moskau würde daher nur für die letzte Entschei-

dungsschlacht den Einsatz der Atomwaffe vorsehen, nachdem die militärische Gegenwehr des Westens durch dessen politische Zersetzung bereits gelähmt sei.

Die Sowjetmarschälle Wassiljewski und Rostmisstrow hätten im Frühjahr 1955 die Vorteile eines Vorgehens nach der Pearl-Harbour-Methode offen diskutiert, natürlich unter der feierlichen Bekundung, sie täten es nur im Hinblick auf die offenkundigen amerikanischen Aggressionsabsichten. Indessen sei den Verlautbarungen der beiden Militärs nur der Charakter eines unverfrorenen Bluffs beizumessen. Die Sowjets würden diese These nicht vertreten, wenn sie auch nur die leiseste Absicht hätten, in absehbarer Zeit einen Angriff durchzuführen. Die Verlautbarungen sollten nur dazu dienen, die Atompanik im Westen zu verstärken. Es könne, so meint Borkenau, sogar nichts Beruhigenderes geben als die Sowjetdrohung, demnächst mit dem Atomkrieg ernst zu machen. Dann könnten wir also beruhigt sein. Solange man im Westen der sowjetischen Panikmache kühl gegenüberstehe, bestehe nach Borkenau keine Gefahr. Gefährlich sei nur, wenn man sich der Atompanik hingebe. Wer sich in Furcht versetzen ließe, sei einfach das Opfer einer Irreführung. Jedes Wort über die Atomgefahr, das im Westen gesprochen werde, sei daher „ein Ton in einem letzten Endes von Moskau dirigierten Konzert“. Niemand könne sich entschuldigen.

Demgegenüber müssen wir uns gegen solche Einschläferungsversuche in der Atomfrage verwahren. Wer wie Borkenau die sowjetische Atompropaganda lediglich als Bluff abtut, ist in Gefahr, eines Tages von den Realitäten überrascht zu werden. Wir können es uns nicht leisten, im Stile Borkenaus schlaftrunken den Ereignissen entgegenzutaumeln. Solche Einschläferungsversuche können der sowjetischen psychologischen Kriegführung leicht in die Hände spielen.

Tatsachen totsichweigen

Was will Borkenau überhaupt? Er bagatellisiert sowohl die Atomvorbereitungen des Ostens wie diejenigen des Westens und fordert uns auf, ihnen mit Gelassenheit und Fatalismus entgegenzusehen. Damit erweist er sich als Atom-Ignorant, in dem gleichen Maße wie er seine „Entlarvung“ der Atom-Panik als Atom-Realismus hinstellt. In Wirklichkeit geht es heute um die nüchterne Feststellung der Tatsachen auf beiden Seiten und um die Erkenntnis der Unvollstreckbarkeit des verbrecherischen Wahnsinns, der weder von

¹⁾ Vgl. *Gemeinschaft und Politik* Nr. 8—9/1955 und Nr. 1/1956 sowie in diesem Heft S. 15 ff.

der bolschewistischen Strategie und Taktik noch von der westlichen Atom-Arroganz ignoriert werden kann. Jedes Leugnen dieser Zusammenhänge, insbesondere das Übersehen des Dilemmas zwischen hochgerüsteten Atomgiganten, führt zur Irreführung der Welt über die tatsächliche Lage. Jedes hier nicht ausgesprochene Wort der Klärung vergrößert die Gefahr. Denn es ermutigt die Strategen in Ost und West, das Risiko ihrer Planungen vor den nicht aufgeklärten Völkern einzugehen. Nach Borkenau bleibt auch im Atomzeitalter konventionelle Bewaffnung sinnvoll und richtig, da ohne Wehrmacht weder eine politische Abwehr gegnerischer Zersetzung möglich noch ein europäisches Korea ausgeschlossen sei. Im deutschen Bereich sei ohnehin ein Atomkrieg die „weitaus unwahrscheinlichere Form des Krieges in naher Zukunft“¹⁾. Jede konventionelle Rüstung ist im Atomzeitalter nur solange sinnvoll, als sie in der Lage unseres Volkes nicht mehr bezweckt als eine polizeiliche Sicherung der Integrität von Volk, Staat und Gebiet unter den Bedingungen, die uns durch das Übergewicht der beiderseitigen Atomglocken ohnehin aufgezwungen sind. Ob ein europäischer Atomkrieg morgen möglich ist oder nicht, wird eine deutsche Aufrüstung im konventionellen Stile weder entscheiden noch ausschließen.

Politische „Wachsamkeit“

Borkenau bezeichnet es als das Leitprinzip des Ostens, daß er die Widersprüche in der Dialektik seiner Wege und Ziele nicht nur sehe, bejahe und suche, sondern sie sogar wage und erzwingen. Was Borkenau aber als Spezifikum nur des Bolschewismus ansehen möchte, ist längst als durchgängige Erscheinung in allen Formen des totalitären Materialismus erkannt. Muß der Westen noch deutlichere

Beweise seiner geistigen Zersetzung und Selbstlähmung liefern, als er sie täglich bietet? Zwischen den Managern herrscht immer Krieg. Jeder wartet hier nur auf das Handicap, das er dem anderen bereitet. Der Kampf aller gegen alle ist nirgendwo so im System verankert wie in der kapitalistischen Gesellschaft. Ebensowenig ist die Übersteigerung der Kriegsziele, von der Borkenau spricht, — von der Brechung des feindlichen Widerstandes bis zur physischen Vernichtung im Bestande — nur ein Merkmal der kommunistischen Kriegsauffassung. Die westliche Kriegsauffassung argumentiert heute nicht anders. Sie ist im Kern bereits bolschewistisch.

Sind wir noch zu retten?

Man hält sich in der Atomfrage noch für normal, während man auf Selbstmord und Massenmord hin plant. Es wird von Sicherheit geredet, wo nur der Untergang in Frage steht. Vielleicht steht bald der gesunde Menschenverstand unter Anklage. Die Verteidigungsbegriffe stehen auf dem Kopf. Durch keinen Einwand fühlt man sich getroffen. Man weiß sogar, daß diejenigen recht haben, die die Atomstrategie mit ihren Folgen als Wahn und Verbrechen bezeichnen. Man weiß sogar, daß dies keine Polemik, sondern die nüchterne Darstellung der Lage ist. Aber es gibt für die Planer des Massenmords keine Sinnfrage mehr. Während sie mit heraushängender Zunge hinter den Ereignissen herlaufen, um ihre Kriegstheorien der jeweiligen Lage anzupassen, ziehen die Völker ihre Köpfe ein. Man ignoriert die Panik, die man selber schafft, die Ursachen und Folgen, für die man verantwortlich ist. Man bagatellisiert die Barbarei und beklagt die Reaktion der Apathie in den Massen. Aber man wird sein blaues Wunder erleben, wenn diese Massen morgen in die Katakomben steigen. Im Geiste haben alle bereits ihr Erdloch gegraben. Was wird man tun, wenn das Schweigen der Massen morgen die Form eines physischen und metaphysischen Generalstreiks annimmt? Dann werden keine juristischen Tricks mehr helfen, um die abnorme Situation aufzufangen. Inzwischen weiß die Welt, daß diese Strategie in ihrer Selbstrechtfertigung mit kriminellen Legalitätsbegriffen arbeitet.

¹⁾ Erst vor kurzem, am 19. Januar 1956, hat der Staatssekretär im Bonner Auswärtigen Amt in einem öffentlichen Vortrag in Bad Godesberg ausdrücklich betont, daß mit einem heißen Krieg in jedem Falle der Einsatz atomarer Kampf- und Vernichtungsmittel verknüpft sei. Hallstein zitierte auch einschlägige Äußerungen westlicher Politiker und erklärte es als töricht, anzunehmen, daß im Kriegsfall wegen des Vorhandenseins atomarer und nuklearer Waffen „auf beiden Seiten“ nur konventionell gekämpft würde. Der bekannte Einwand mit dem Gaskrieg-Argument wird heute nur noch von militärischen Laien vorgebracht.